

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 24. August 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Anzeigen oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnement: 1,10 Mark pro Monat
eingetragen in die Post-Zeitungs-
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Duma und die Polizei.

Petersburg, 21. August.

Ein Jahr des Krieges und unerhörter Niederlagen. Hunderttausende Gefallener auf den Feldern der Wandschüre, laufende in Gefangenschaft im fernen Asien, unter strenger Aufsicht eines rastlosen, harten Feindes. Die Flotte zerstreut und zertrümmert von Fremdlingen aus dem Lande der aufgehenden Sonne. . . . Ein Jahr blutiger Anarchie; überall ein Niedermetzeln von Männern, Frauen und Kindern; auf den Straßen blutige Leichen von Arbeitern, Studenten, von Juden, Polen, Deutschen und Russen — in Groß, in Klein, in Weichrußland. . . . Bombenexplosionen, Revolvergeschüsse, Straßenschlachten und Barrikadenkämpfe, Bestialitäten der zügellosen Soldateska, Ueberfälle auf Unbewaffnete, Juden- und Armeniermorde, Massaker der russischen Intelligenz. . . . Greuelthaten der schwarzen Bande der Hooligans, Aufstände der Bauern, — der russischen, zu Tode gehungerten Bauern. Heeresmartereien, unaufhörliche verzweifelte Massenschießereien der Arbeiter. . . . Belagerungszustand, Todesurteile — der Galgen für Revolutionäre, das Standrecht für das Militär — ganze Regionen der intelligenten Arbeiterschaft, die Blüte der russischen Jugend, hinter denen die eisernen Türen der Gefängnisse — wer weiß auf wie lange! — ins Schloß fallen. . . . Der Hunger, der im Innern — im Herzen Rußlands — seinen häßlichen Stiß aufgeschlagen hat; der Hunger, der in den Residenzen, wo die Fabriken schweigen, die Raschinen stille stehen, einzig und allein unbeschränkt herrscht; grausame Epidemien, die ihren immer engeren Todesring um die ausgehungerte, ermattete Bevölkerung ziehen. . . .

Die Folgen einer jahrhundertelangen Lüge sind vor unseren Augen deutlich an den Tag getreten: ein rechtsloses, unwissendes, durch die Habgier eines rüchlosen Schwinownikentums ausgebeutetes Land, stellt Rußland jetzt ein Bild dar, welches den indifferentesten Zuschauer erschüttern muß. . . . Die Geschichte nimmt selbst Mache!

Sie rächt an den Kindern die Sünden ihrer Väter, sie fordert Sühneopfer, für Verbrechen, die Jahrhunderte gedauert, in den Abgrund treibt sie alle die, die in sich nicht Kraft genug zur Wiedergeburt gefunden, die sich den Reichen der Kämpfer für die heilige Sache der Freiheit nicht angeschlossen haben. . . . „ein Sühneopfer verlangt das Geschick!“ . . . Die Weltgeschichte hält ihr großes Richtgericht, — aber nicht am legendarischen „jüngsten Tage“. Sie richtet durch ihre Schöpfungskraft, — unter dem Donner der Kriegskanonade werden neue Menschen geboren, in der Stille reifen neue Formen des gesellschaftlichen Lebens, feuerfliehende Lavaströme, die das ganze Land mit dem Flammenrot der Revolution beleuchten, was dann allmählich zu Kristall. . . .

Zur Wirklichkeit sind die Strophen des russischen genialen Volksdichters Puschkin geworden, die er vor einem Dreiviertel-Jahrhundert der Freiheit gesungen und dafür nicht wenig gelitten hat:

Freiheit! Ich grüße dich, leuchtender Stern!
Als du, ein Fünfling noch, weit — ach! — und fern
Hoch an dem Himmel einsam geblüht,
Da sang ich dir schon mein begeistertes Lied.

Und als du in deiner Begeisterung Feuer
In einer stürmischen Winternacht
Das alte scheußliche Ungeheuer
Zu Schutt und zu Spott, und zu Schande gemacht,
Da hab ich, weil du, wie das Leben, mir teuer,
— Von Feinden der Heimat verhöhnt und verlacht, —
Mein heißes Herzblut dir dargebracht.

Der Troß der Tyrannen — er war vorbeil!
Die Nacht der Bedrücker — sie war entzweit!
Sie knebelten grausam das ganze Land
Und wurden — ich sag es — zu Spott und zu Schand.

Und deiner Söhne Heldenmut, —
Ich war so glücklich, ihr zu sehn!
Sie gaben hin ihr edles Blut
Für ihres Landes Auferstehn.

Sie leisteten alle den heiligen Eid,
Sie hielten fest ihr stolzes Wort.
Es tue Euch um die Teuern nicht leid, —
In den Herzen der Besten leben sie fort!

Ja, diese Helden bedt kein Grab!
Sie leben! Und laut vom Galgen herab
Verkünden sie in stolzer Pracht:
Vorbei ist die Tyrannenmacht!

Wie merkwürdig aber manchmal die Ironie des Lebens ist! Gleichzeitig mit diesem tragischen Abschluß einer großen Geschichtsepisode entwickelt sich eine lächerliche Komödie, in welcher ein diebischer Beglückung sich Mühe gibt, eine ganze Nation zu betrügen, durch elende, papierne „Erlasse“ diejenigen gewaltigen welt-historischen Kräfte irreführen will, die das Geschick der Menschheit bestimmen. Das vom Zaren am 10. August verkündete Manifest der sogenannten „Vollvertretung“ ist einem gefälschten Wechsel täuschend ähnlich; und dadurch will die bankrotte despotische Regierung das Debet ihrer blutigen endlosen Verbrechen decken. Sie handelt genau so, wie seit jeher alle verschuldeten Spekulanten und Würfelschwinder handeln. — Eine tatsächlich nicht existierende Regierung verkündet mit großer Parade eine ganze Staatsaktion. Der in die Enge gejagte Zar gewährt seinen zahllosen siegreichen Feinden „eine“, „allerhöchste Gnade“. . . . Er „schenkt“ „allergnädigst“ eine Verfassung seinem Volke, das einen Selbentkampf um

sie führt; er „geruht“ den Vorstehern des Volkes Gehör zu geben, er hat dabei aber vergessen, daß „sein“ Volk ihn selbst — seinen „Alleinherrscher“ — nicht mehr hören will und daß nicht durch höfische Ansprachen, sondern durch erbitterten Kampf die proletarische Bewegung sich freie Bahnen schafft. Dem Leben Rußlands diktiert jetzt der Wille des Volkes neue Gesetze, Armeen des Volkes erheben sich zum Kampf. Für die breitesten Schichten des russischen Volkes ist der Jar seit dem 9. (22.) Januar 1905, und nimmermehr wird er aufsteigen! Und wieviel phrasenreicher Manifeste er noch aus seinem Carstolze Eselo, wo er lebendig begraben liegt, „seinem“ Volke verkünden sollte, — es wird niemand mehr der trügerischen Stimme des gewesenen Zaren Gehör leisten. Und wenn er allen Bettlern des Landes goldene Gewänder, den Hungerigen — Brot, den Gefangenen — Freiheit versprechen würde, — niemand wird ihm je mehr trauen! Aus seinen Händen — wer sieht nicht unschuldig Menschenblut darauf?! — wird das Volk weder Gnaden noch Opfer annehmen. Von einer Regierung, die nichts ist als Raub und Vergewaltigung, wird ein Volk seine heiligsten Güter der Menschengleichheit und Freiheit nicht annehmen. Das Volk selbst hat seine Jahrtausende alten Ketten der Sklaverei zerissen und durch keinerlei Manifeste wird es sich von neuem in sie einschmeiden lassen.

Und wie elend und kindisch naiv ist die unsinnige Lüge, durch welche die Regierung die stürmischen Wellen des Volksaufstandes zähmen will! Wie durchsichtig alle die gekünstelten Feigenblätter sind, mit Hilfe derer die Regierung die Mängel ihrer Spottgeburt von einer elenden Polizeiverfassung zu bedecken sucht. In allen Punkten des Erlasses über die Duma sehen wir nichts als alte, längst erprobte Polizeitricks und Spießbüchsenstücke. Einem geübten Auge ist es nicht schwer, in diesem so prunkhaft verkündeten „all-russischen Parlament“ eine Schlinge für jede politische Unzuverlässigkeit, eine neue Maßnahme zur Ausrottung der Revolution zu erkennen.

Sehen wir uns aber näher die Kniffe und Finten dieser polizeilichen Volksvertretung an, die dazu bestimmt ist, ein Ende der vielköpfigen revolutionären Hydra zu machen.

Die eigentliche Repräsentation ist selbstverständlich nur durch „zuverlässigen“ Elementen der Bevölkerung anvertraut, — reichen Landwirten, Kaufleuten, Fabrikanten, Beamten und dem eingeschüchelten, niedergedrückten Bauernstand. Dem Agrarier ist ein gewaltiger Vorzug vor der städtischen Bevölkerung gegeben; hinter dem Gitter der Wahlurne sind Millionen Proletarier geblieben, auch die beschloßene Intelligenz, die politisch unzuverlässigen städtischen Handwerker, kleine Handelsleute und deren Angestellte, — alle diese sind aus dem politischen Leben des Landes ausgeschlossen.

Der erste Rang der „Unzuverlässigen“ beginnt bei den Wahlen selbst. Wie bekannt, sind die Wahlen unter Aufsicht des Ministers des Innern, der Gouverneure und der örtlichen Polizeichefs gestellt. In den Dorfgemeinden werden die Gouverneure durch die Semstje Ratshaltnik vertreten; in den Städten die Polizeichefs — durch niedere Polizeibeamte. Dieses System der „Aufsicht“ ist um so mehr verhängnisvoll für die Wahlen, da die Bauern ihrem Semstje Ratshaltnik gegenüber völlig rechtslos sind und von ihm nach seinem eigenen Ermessen auf disziplinarischem Wege bestraft werden können. Und da in Rußland eine persönliche Unverletzlichkeit überhaupt nicht existiert, kann die Ortspolizei, unter deren „Aufsicht“ die städtischen Wahlen gestellt sind, zu jeder Zeit D r i e f e unter-schlagen, nach eigenem Gutachten jeden ihr unbedeutenen Bürger ins Gefängnis werfen, ja ihn sogar auf administrativem Wege (ohne Gerichtsverhandlung) in die Verbannung schleppen lassen. Und sollte der gegenwärtig fast über das ganze Land verhängte Kriegszustand bis dahin nicht aufgehoben werden, so steht es ihr frei, nach ihrem Gutachten schwere Strafen aufzuerlegen, ja sogar das Standrecht herrschen zu lassen.

Die Spekulation der Regierung ist klar: es ist immer schwerer, die Revolution im Lande niederzuschlagen; dem Polizeidepartement wird es immer schwerer, alle so eng verschlungenen Fäden der geheimen Organisationen zu lösen. Und es bleibt ihr die Hoffnung, daß, von den Wahlen angelockt, das Edelwild der Revolution voranschreitend seine geheimen Schlupfwinkel verlassen und hoch auf den Bergen des gesellschaftlichen Kampfes sich zeigen werde. Und sie hält ihre Schlingen zum Fange bereit. . . . Dieselbe Regierung, die die polizeilichen Verfassungsbestimmungen ausgearbeitet, hat gewiß auch gleichzeitig fürsorglich neue Galgen für Revolutionäre von Polizeihenkern anfertigen lassen. Andererseits ist es auch klar, daß die Wahlen den gewissen russischen „Awass“-Patrioten, den „wirklich zuverlässigen“, einzig und allein echten russischen Patrioten, reichliche Gelegenheiten geben werden, ihre berüchtigte Treue zu Thron und Vaterland hell ausleuchten zu lassen. . . .

Keuige Liberale werden vom Polizeirevier an den Wahlurnen angestellt werden, — allerdings mit einer gewissen Vorsicht, aber zugleich mit einer großen Erkenntlichkeit, dagegen wird sie den „Awass“-Patrioten, voller Vertrauen, wie jetzt den Hooligans, ein großes Feld der Tätigkeit frei überlassen. . . . Berüchtigte Henker werden ihr, immerhin unsicheres Handwerk mit dem zuverlässigeren eines „Wolks“-vertreter ersintauschen. Unständige Diäten, die Möglichkeit eines großen Zuflusses Bestechungs- und Kaufschlingelnder, in gewissen Fällen eine gefällige „Unterstützung“ von Seiten der Regierung und eine für die gewesenen Henker, denen es in ständiger Befürchtung der Volkstrache nicht gut zu Mute sein mußte, verhältnismäßig „ruhigere“ Beschäftigung, — dies alles wird wohl ausreichen, so manchen Schergen zum Berufswechsel zu veranlassen. Dies ist die erste Etappe in den Bestrebungen der Regierung, die Revolution zu vernichten und einen „allein echten“ russischen Patriotismus im Lande einzubürgern.

Die zweite Etappe ist eine Ergänzung der ersten. Nehmen wir an, daß, ungeachtet der Polizeiaufsicht über die Wahlen, sich trotzdem in die Duma einige Liberale oder — schrecklich zu denken — sogar Radikale einschmuggeln. Es ist dies alles vorgesehen, und die Duma ist vor dem Eindringen solcher Elemente gut genug geschützt. Auf Grund der Instruktionen der zarischen Verfassung kann ein Mitglied der Duma zu jeder Zeit ohne weiteres dem Gericht ausgeliefert werden, — und dadurch verliert es bis auf weiteres die Möglichkeit, an den Sitzungen der Duma teilzunehmen. Betrachte dabei noch der Belagerungszustand, so ist dieses um so leichter. Es gibt aber auch schärfere Mittel, einen unbedingamen Deputierten unschädlich zu machen. Er kann zu jeder Zeit einem höheren Staatsgericht übergeben werden — für Handlungen, die er als Abgeordneter begangen haben soll. Bei einiger Unterstützung des Ersten Departements des Senats oder der Abteilung desselben für administrative Angelegenheiten wird das um so leichter, und es ist selbstverständlich, daß diese völlige Abhängigkeit der Deputierten von der Regierung ihr eine Auswahl von Vertretern im Voraus sichert, deren „tief“monarchistische und „hoch“patriotische Gefühle sowie völlige Loyalität keinem Zweifel unterliegen werden, — mit einem Worte, ein Kollegium stets und in allem mit der Regierung zufriedener und einverständiger Durra-Vertreter.

Ein rührendes Bild wird diese, einzig in der Geschichte dastehende Duma vorstellen: keine Debatten, kein Streit, keine Opposition, keine Kritik! Eine freudig weheerende Herde, die nur Laute der begeisterten Zustimmung von sich geben kann; völlige Einigung des Throns mit seinem „geliebten“ Volke — in der Person von Polizeispießeln, ehemaligen Henkern, heispatriotischen Großkapitalisten und Vorstehern der triumphierenden „schwarzen Bande“. Was jetzt haben wir die Polizei friedliche Bürger auf den Straßen niedermetzeln oder Verbrechergesinde zu Massakern organisieren gesehen, — von nun an finden wir dieselbe Polizei im Wunde mit der Elite des echt russischen Agrarierums und den Industriellen in der Eigenschaft von Vertretern des russischen Volkes! Wahrlich, ein großer Fortschritt auf dem Wege der russischen Konterrevolution!

Die Schöpfer dieser Duma wußten nur zu gut, mit wem sie zu tun haben, als sie beschloßen, ein ganzes Heer polizeilicher Reaktionsbanditen um den Thron zusammenzuscharen. Es wurden Maßregeln bestimmt nicht nur gegen den fast gänzlich ausgeschlossenen Liberalismus, sondern auch gegen allzu großen Eifer der „treu-untertänigen“ Hooligans. In richtiger Voraussicht, daß die Opposition — angenommen, daß sie überhaupt vorhanden sein wird, — niemals zwei Drittel der Gesamtzahl der Stimmen erreichen wird, wurde von vornherein jede mindere Stimmenzahl als nicht beschlußfähig erklärt. Und dies nicht nur in Beratungen über Gesetzentwürfe und dergleichen, sondern auch in Fällen, wo es sich handelt, verbrecherische Minister dem Gericht zu übergeben. Auch dann entscheiden nur zwei Drittel der Gesamtzahl der Stimmen!

Das eine bloß — sprechen können die Herren Mitglieder der Duma nach Herzenstun, wieviel ihnen nur beliebt ist, — aber selbstverständlich nur in einem „wohlwollenden“, höchst „anständigen“ Tone. . . . In seiner Rede darf niemand die bestehende Ordnung der Dinge angreifen und nicht minder auf eine etwaige Notwendigkeit der Umänderung des Systems der Volksvertretung hinweisen, ebensowenig dem Geldsack der Polizeibürokratie allzu nahe treten. . . . Aber auch mit allen diesen Maßregeln höchster Vorsicht begnügte man sich nicht. Man sagte sich: die Deputierten können ja in ihren Reden große Geheimnisse der Staatsdiebereien, oder die abenteuerliche Raubwirtschaft des asiatischen Feldzuges, oder so manches andere aus den Geheimnissen der verräterischen „Politik“, die im Innern des Landes betrieben wird, entdecken; man kann auch schließlich niemals gesichert sein, ob nicht irgend ein tollhühner Deputierter, dem die Regierungssubsidien nicht ausreichen, nicht eines schönen Tages alles offen herausragt, was er auf der Leber hat, und dabei noch seine Mitschuldigen entlarvt. . . . Es kommt ja durchaus nicht allzu selten vor, daß Diebe (e i n f a c h e Diebe meinen wir, nicht gewisse künftige Deputierte der Duma) und Einbrecher ihre Helfer und Teilnehmer der Polizei ausliefern, sobald die Beute nicht „ehelich“ genug verteilt wird. . . .

Mit großer staatskluger Sorgfalt ist daher ein Schleier des Schweigens gewebt worden, mit welchem die zarische Duma bei Bedarf bedeckt werden wird. Auf Verlangen irgend eines einzigen Ministers oder auf Befehl des Vorsitzenden bloß wird jede Öffentlichkeit aus dem Tempel des „allrussischen Parlaments“ verjagt; die Präventivensur, die auf dem Gebiete des russischen Druckwesens waltet, wird ihrerseits die Politik des Tot-schweigens glänzend vervollkommen. Aus dem Heiligum der Duma wird demgemäß kein freies Wort, kein freier Gedanke in die Öffentlichkeit dringen, die Herzen derjenigen, die noch Herzen haben, erwärmen und ihren Mut aufleben, — die inquisitorische Zensur wird Sorge tragen, dieses unmöglich zu machen.

Wir wollen nur noch resümieren. Die erste Reinigung von unzuverlässigen Elementen geschieht auf den Wahlen selbst. Und dies wird der Regierung durchaus nicht schwer fallen, — die Zahl der Wähler wird nicht groß sein. Die Gouvernements-Versammlungen geben im ganzen 5968 Mann; 42,7 Proz. fallen auf die elende Bauernschaft, 34,1 Proz. auf Landbesitzer, 23,1 Proz. — städtische Einwohner und — 0 Proz. auf die Arbeiterklasse, auf das Kleinbürgertum und die beschloßene Intelligenz.

Die zweite Reinigung geschieht in der Duma selbst, — denn es wird dort nur eine Sprache, und zwar die des echten Awass-Patriotismus und der bedingungslosen tiefen Loyalität zu führen gestattet sein.

Und endlich kann immer die Duma rechtzeitig überhaupt geschlossen werden. Eine neue Reaktion, und der Terrorismus wird wieder ausbrechen — als Schutzmittel gegen Schwärze; und Lauge-

* Die Strophen verherrlichen den Delabristenaufstand 24. Dez. 1825.

nische der Volkserziehung. Und wer weiß, ob nicht Europa einem solchen „verfassungsmäßigen Rechtsstaat“ neue Anleihen reichlich gewähren wird? ...

Es bleibt uns nur noch eine Frage: wird es Nikolaus dem Dritten gelingen, das Rad der Geschichte umzudrehen und die Freiheitsbewegung „seiner“ Landes durch diese jämmerliche Spottgeburt einer elenden Polizeiverfassung zu hemmen?

Rein! Wir zweifeln nicht daran, daß der Tag nicht mehr fern ist, wo der eiserne Schritt der Geschichte sein ganzes despotisches Regime siegreich zertrümmert, zerstreut, in Nichts verwandelt wird! ...

Fleischschwelgerei und Fleischwucher.

Die konservative Presse erfindet, um die Tatsache zu verhüllen, daß die deutsche Landwirtschaft den Fleischbedarf der deutschen Bevölkerung nicht zu decken vermag, die seltsamsten Gründe für die jetzige Fleischnot. Neuerdings hat sie, nachdem ihr schon vor einiger Zeit die „Kreuz-Zeitung“ die Richtung gezeigt hatte, eine allgemeine „Fleischschwelgerei“, einen Ueberkonsum des deutschen Volkes am Fleisch entdeckt, indem sie auf eine kürzlich vom „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichte Berechnung des deutschen Fleischverbrauchs in der Zeit vom 1. Juli vorigen Jahres bis 30. Juni laufenden Jahres hinweist. An und für sich ist diese Berechnung so wertlos, daß es sich kaum verlohnt, sie zu kritisieren; da aber die agrarische Presse sie als Trumpf ausspielt, sind wir gezwungen, die seltsame Rechnung näher zu beleuchten.

Nach der Schlacht- und Fleischbeschaustatistik sind in dem vorhin genannten Zeitraum 684 461 Ochsen, 477 994 Bullen, 1 007 981 Kühe, 867 457 Jungrinder, 4 514 843 Kälber, 14 900 401 Schweine, 2 313 872 Schafe und 441 787 Ziegen geschlachtet worden. Für diese einzelnen Viehgattungen nimmt nun der „Reichs-Anzeiger“ die durchschnittlichen Gewichtsziffern an, die 1900, als es sich um Einführung des Fleischbeschaugesetzes handelte, vom Deutschen Landwirtschaftsrat in einer Denkschrift als Normal-Schlachtgewichte angegeben worden sind, und berechnet daraufhin, daß im Jahre 1904/1905 aus getödteten Schlachtungen 2 536 002 396 Kilogramm Fleisch der deutschen Bevölkerung zur Verfügung gestellt worden seien. Dazu kämen noch die sogenannten Hausfleischungen, die nach der letzten Viehzählung vom 1. Dezember 1904 sich für das Jahr 1904 auf 81 800 Kälber, 69 361 Rinder, 628 271 Schafe, 5 933 124 Schweine und 734 151 Ziegen erstreckt hätten. Daraus ergäben sich weitere 582 354 895 Kilogramm Fleisch, zu denen ferner noch eine Mehreinfuhr von Fleisch und Fett von 134 493 800 Kilogramm hinzukäme. So daß der ganze Verbrauch sich auf 3 253 451 090 Kilogramm beläuft, d. h. bei einer Einwohnerzahl von rund 60 Millionen auf 50,4 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung.

Diese Berechnung ist es, die von der agrarischen Presse als „wissenschaftliche“ Leistung qualifiziert und als Trumpf ausgepielt wird. Tatsächlich zeigt die Leistung von einer derartigen Sachverständigkeit, daß man auf den Gedanken kommen könnte, unser Landwirtschaftsminister hätte sich das Rechenegumpel im Schweize seines Angesichts abgequält.

Erstens kann das Jahr 1904/05 überhaupt nicht als normales Schlachtjahr gelten, denn im Herbst und Winter vorigen Jahres erreichte infolge der Futtermittelnot die Zahl der Schlachtungen eine außerordentliche Höhe, während andererseits, wenn auch die Vorböden der Fleischnot schon Ende April dieses Jahres hervortraten, doch die eigentliche Fleischsteuerung erst im Juni einsetzte. Der vom „Reichs-Anzeiger“ für seine Berechnung ausgewählte Jahreszeitraum ist also ein besonders günstiger. Um das zu beweisen, genügt es, einfach die Schlachtziffern des zweiten Halbjahres 1904 denen des ersten Halbjahres 1905 gegenüberzustellen. So wurden z. B. im zweiten Halbjahre 1904: 298 542 Ochsen, 486 295 Jungrinder, 7 908 721 Schweine und 1 378 060 Schafe geschlachtet gegen 285 919 Ochsen, 401 162 Jungrinder, 7 051 680 Schweine und 985 812 Schafe im ersten Halbjahre 1905.

Zweitens ist das vom Deutschen Landwirtschaftsrat angegebene Durchschnittsgewicht keineswegs einwandfrei. Es ist die betreffende Denkschrift 1900 zu dem besonderen Zweck fabriziert worden, nachzuweisen, daß eine Zufuhr von fremdem Fleisch nach Deutschland nicht erforderlich ist, und bedarf es danach keines Beweises, daß die Gewichtsziffern nicht zu niedrig angelegt sind. Außerdem aber hat der Rechnungswise des „Reichs-Anzeigers“, obgleich jeder weiß, daß die im Haushalt geschlachteten Tiere häufig, vielleicht darf man sogar sagen meist hinter dem Gewicht der Marktware zurückbleiben, doch für die Hausfleischungen dieselben Durchschnittsgewichtsziffern bei seiner Berechnung angenommen.

Drittens verwechselt der Rechenkünstler in seiner Sachverständigkeit das Schlachtgewicht mit dem reinen Fleischgewicht. Unter Schlachtgewicht versteht man das Gewicht, das sich nach Abzug des Kopfes, der Haut, der Füße sowie der Organe der Brust-, Bauch- und Beckenhöhle ergibt; dagegen gehören die in den Tierkörpern befindlichen Knochen mit zum Schlachtgewicht. Bekanntlich sind aber die Knochen, wie auch die Gebehrten des „Reichs-Anzeigers“ wissen dürften, nicht eßbar; sie müssen also, wenn das reine Fleischgewicht ermittelt werden soll, abgezogen werden.

Viertens berechnet der „Reichs-Anzeiger“ wohl die Mehreinfuhr von Fleisch und Fett, nicht aber die Einfuhr von zubereiteten Fleisch- und Wurstwaren, von Fleischkonserven usw. Auch diese Einfuhr muß von der obigen Aufstellung abgezogen werden.

Diese Feststellungen genügen, um die Rechnung als im höchsten Maße tendenziös zu erweisen. Soll der wirkliche Fleischverbrauch ermittelt werden, müssen mindestens 25 Prozent von der Rechnung des „Reichs-Anzeigers“ gekürzt werden. Ungefähr 40 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung kann annähernd stimmen. Auch der Deutsche Landwirtschaftsrat, der sicherlich keinen Grund hatte, den Verbrauch zu niedrig zu berechnen, gelangte 1900 — allerdings ohne Berücksichtigung des Ziegenfleisches — nur zu einem Konsum von 33,8 Kilogramm pro Kopf. Und auch dieser Verbrauch bezieht sich natürlich nicht auf reines Fleisch — zu ihm gehören auch Fett, Schmalz und Talg sowie die übrigen aus Fleisch hergestellten Nahrungsmittel: Fleischkonserven, Fleischbrühen, Fleischsaucen usw.

Aber selbst, wenn die Berechnung richtig wäre, würde sie sicherlich nicht das Vorhandensein einer „Fleischschwelgerei“ beweisen. 100 Pfund Fleisch pro Kopf der Bevölkerung, also ungefähr 1/4 Pfund pro Tag (mit Einschluss von Schmalz, Talg, Fleischbrühe etc.) ist sicher nicht übermäßig, besonders wenn man in Betracht zieht, daß in den sogenannten besseren Kreisen, und zwar gerade in den Kreisen der Großgrundbesitzer das Bier-, Fleisch- und Schafschaf konsumiert wird, und dementsprechend sich das auf die ärmeren Volksschichten entfallende Viertel beträchtlich vermindert und zum Achtel wird.

Zudem kommt für die Frage, wie die jetzige Fleischnot zu befeitigen und ihre Wiederkehr zu verhindern ist, gar nicht in Betracht, wieviel im letzten Jahre konsumiert worden ist. Es handelt sich darum, die Fleischsteuerung zu beseitigen, die immer schwerer auf dem Haushalt des Arbeiters lastet. Selbst wenn die Arbeiterfamilie von vier, fünf oder sechs Köpfen ungleich befeideter ist, als der „Reichs-Anzeiger“ herausrechnet, wenn sie sich mit einem halben

Pfund Fleisch zum Mittagessen und einem viertel Pfund Wurst oder Fleisch zum Frühstück und Abendessen begnügt, kommt doch eine Mehrbelastung des Haushalts von einer Mark pro Woche heraus.

Deshalb die Grenzen auf! Was durch eine freie, nicht dem Profitinteresse der Agrarier dienende Einfuhr erreicht werden kann, beweist England, dessen Viehproduktion noch weit weniger als die deutsche den einheimischen Markt zu versorgen vermag — in den letzten Jahren bezog England ungefähr 60 Prozent seines Fleischbedarfs aus dem Ausland — das aber trotzdem weit niedrigere Preise hat als Deutschland. Im Durchschnitt der letzten Monate kostete z. B. auf dem Zentralfleischmarkt in London (die Preise in den Läden sind etwas höher) bestes schottisches Rindfleisch 54—57 Pf. pro engl. Pfund, Fleisch von amerikanischem gelichtetem Rindfleisch vom Vorderviertel 26—30 Pf., bestes gefrorenes australisches Rindfleisch 25—27 Pf.; ferner bestes schottisches Hammelfleisch 61—65 Pf., bestes englisches Hammelfleisch 57—60 Pf., bestes Schweinefleisch 46—50 Pf. Nun hat allerdings das englische Pfund nur 453 Gramm; es müssen also zu den Rind- und Schweinefleischpreisen noch 3—5 Pf. zu den Hammelfleischpreisen noch 6 Pfennig hinzugerechnet werden, aber immerhin stellen sich auch dann die Londoner Preise noch ganz beträchtlich niedriger als die Marktpreise in den deutschen Großstädten. Und doch hat auch England seine Einfuhrkontrolle, sogar eine sehr strenge. Allerdings verfolgt sie ausschließlich den Zweck, den englischen Käufer davor zu bewahren, daß er Fleisch von krankem Vieh erhält, nicht, wie der deutsche Seuchenschutz den Zweck, unter allerlei Vorwänden dem einheimischen Viehzüchter die fremde Konkurrenz vom Leibe zu halten.

Zu denselben Preisen könnte der deutsche Arbeiter auch seinen Fleischbedarf decken, wenn die Grenzabsperrungen und Zölle fielen; die Einfuhrverhältnisse stellen sich sogar teilweise noch günstiger für Deutschland als für England. Was der Arbeiter mehr bezahlen muß, bezahlt er zugunsten der Agrarier, derselben Menschenspezies, die ihm jede Verbesserung seiner Lebenslage verweigert.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 23. August.

Deutsche Soldner gegen den inneren russischen Feind.

Wir brachten kürzlich die Nachricht, daß in Königsberg eine Gefindevermieterin ehemalige Offiziere, Unteroffiziere, Jäger usw. für einen baltischen Baron suche. Eine Notiz der „Ostpreussischen Zeitung“ beweist deutlich, daß der Baron nur Soldner suchte, die auf die Aufständischen in Rußland schießen sollen. Wenige Tage darauf hat auch die „Ostpreussische Zeitung“ offen zugegeben, daß die baltischen Barone durch förmlich organisierte berittene Schuttruppen ihr Eigentum verteidigen lassen werden.

Jetzt sind wir in der Lage die für Deutschland sehr unwürdige Mitteilung machen zu müssen, daß der Gefindevermieterin die Soldner in heißen Häufen zugespritzt sind, so daß der eine Baron noch eine Anleihe unter den Leuten hat vornehmen können. Es sind in Königsberg für den baltischen Grafen Orlovski 75 Mann angeworben und auch vor einigen Tagen bereits nach Rußland abgereist. Der Baron Heydecker hat 100 Personen engagiert, die in diesen Tagen abgehen sollen. Schon hier hat man jeden mit einem Revolver und Patronen versehen. Dort erhält jeder noch ein Gewehr, einen Säbel und ein Pferd.

Nur ehemalige Soldaten hat man angenommen; auch einige ehemalige Offiziere befinden sich darunter. Als Lohn erhalten die Leute 50 M. pro Monat, ferner freie Kleidung und freie Station. Für je 15 Mann ist ein Führer vorgegeben, der 10 M. mehr pro Monat erhält. Selbst Familienväter haben sich anwerben lassen.

Man macht viel Hehlens davon und preist es als Zeichen des Patriotismus, daß sich für Südwestafrika zahlreiche Freiwillige melden. Was will diese Erscheinung besagen, wenn man diese deutsche Kulturthaten sich vergegenwärtigt, daß sogar „Freiwillige“ herbeiströmen, um im Solde russischer Junker wehrlose Menschen niederzuknallen! In welche furchtbaren Zustände, in welche Wirkungen der militaristischen Erziehung, in welche soziales, intellektuelles und moralisches Elend leuchten die Erfolge der Königsberger Gefindevermieterin!

Das Konzil zu Straßburg.

Straßburg, 22. August.

Heute hatte der Katholikentag einen großen Tag, denn neben der geschlossenen und der öffentlichen Versammlung und den Ausschusssitzungen war der „Volksverein für das katholische Deutschland“ in Gestalt seiner Generalversammlung vertreten, die in der großen Festhalle stattfand. Der „Volksverein“ bildet die eigentliche Organisation des Zentrums. Die offiziellen Zentrumsvereine, die sehr oft einen Ueberfluß an Mitglieder mangelt anweisen, die Leuten nur die politische Betätigung und sind meist in den Städten, nicht aber auf dem platten Lande zu finden. Der „Volksverein“ aber ist die Vereinigung der unter kirchlicher Fuchtel stehenden Bauern, die oft gar nicht wissen, wie sie die Pfarren in den Verein gebracht haben, die auch gar nichts zu sagen, aber sehr wohl zu bezahlen haben, — die Stütze des geistigen Einflusses des Zentrums auf breite Volksmassen.

Ein Kommerzienrat, wie er im Buche steht, Herr Brandt-München-Bladbach, der Leiter des Vereins, eröffnete die Generalversammlung, die von Bauern sehr zahlreich besucht war, mit einer nicht über das Gewöhnliche hinausgehenden Begrüßungsrede. Ihm folgte Abgeordneter Dr. Bonderscheer-Straßburg, der Landesvertreter für Elsaß, der viel Worte verlor, um mitzuteilen, daß der Verein in Elsaß-Lothringen 35 000 Mitglieder zählt. Das freilich teilte der Redner nicht mit, daß die „Mitglieder“ sich zum großen Teil ihrer Mitgliedschaft nicht bewußt sind, da sie als solche bereits aufgeführt werden, wenn sie, dem Drängen des Geistlichen folgend, einmal eine Karte zu 1 M. für eine Versammlung lösen. Der Generaldirektor Dr. Pieper-München-Bladbach erstattete dann seinen Jahresbericht in ruhiger, monotoner Sprache, sodas der anfänglichen Unruhe nunmehr die Ruhe der Ermüdung folgte. Herr Dr. Pieper ist keine unsympathische Erscheinung. Er weiß zuzugeben, daß die Ausbreitung der Sozialdemokratie nicht gehindert worden ist, die seiner Ansicht nach durch eine christliche Gewerkschaftsorganisation abgelöst werden kann. Der Volksverein hat nach seinen Mitteilungen 400 000 Mitglieder (Zuwachs von 70 000) und hat 7 1/2 Millionen Schriften ausgegeben. Wenn auch manches Zehntausend der Mitglieder nur auf dem Papier steht, so muß doch dieser Bericht eine Mahnung an unsere Parteigenossen sein. Mit einem größeren Aufwand von Phrasen sprach dann Abg. Fahrnbach-Freiburg i. Br. davon, die katholischen Arbeiter vor dem Abfall an die Sozialdemokratie zu schützen, und sang das Lied vom Ausgleich der Interessengegenstände. Den größten Erfolg bei dem Bauernpublikum hatte der Abg. Gröler-Heilbronn, der mit dem banalsten Witten hartete. Nicht weitschweifig war u der

Abg. Lill-Meh und Abg. Trimborn-Köln in ihren Ansprüchen, die aber sehr günstigen Eindruck machten.

Fast zu gleicher Zeit tagte der Katholikentag in seiner zweiten geschlossenen Versammlung, in der zuerst Danktelegramme des Kaisers und des Statthalters für Elsaß-Lothringen verlesen wurden. Dann wurden einige Anträge ohne interessantere Zwischenfälle erledigt. Hervorzuheben ist die Verhandlung über den Antrag, der den Ausbau der katholischen Arbeitervereine will. Der Berichterstatter Abg. Gerold-Loebelinke teilte mit, daß er im Ausschuss nach leibhafter Diskussion einstimmig angenommen wurde. Dann ergriff Arbeitersekretär Richter-Berlin das Wort, um die Fortschritte des „Verbandes katholischer Arbeitervereine“ zu rühmen, deren Verbandsorgan in einer Auflage von 86 000 erscheint und damit den „Vorwärts“ schlägt! Man denke sich! Das Blatt eines über ganz Deutschland sich erstreckenden Vereins hat eine Auflage, die so groß ist wie die des Berliner sozialdemokratischen Blattes! Damit renommiert der Mann! Dabei ist die Auflage des „Vorwärts“ doch noch erheblich größer! Die dumme Renommage ist also gar nicht mal berechtigt. Man denke auch an die Verbreitung der Gewerkschaftsblätter, die Auflagen von mehr als 200 000 erreichen. Nach ihm empfahl nocharrer Geibel-Wiesbaden ein Zusammengehen mit den protestantischen Vereinen!

Drei Vorträge wurden in der zweiten öffentlichen Versammlung gehalten, die heute nachmittag von 5 bis 8 Uhr in der Festhalle stattfand. Zuerst sprach der „Präses“ von Südwestafrika, P. N. a. c. t. w. e. y., über die katholischen Missionen. Der Vater ist der rechte Missionar, dem man trotz der äußeren Ruhe den fanatischen Glaubenseifer anmerkt. Er erinnert daher, namentlich aber in seiner Rede, sehr an den Heiligmenschen. Denn er hat nicht's Gewinnendes, nichts Eigenes, nichts Selbständiges — beinahe auswendig gelernt klingt sein Vortrag, der immerhin über die Ausbreitung der katholischen Mission gut informiert.

Ganz anders der zweite Redner, der Abg. de Witt-Köln, von dem man sich sehr gut vorstellen könnte — wenn man ihn sieht, meinen wir — daß er etwa konservativ wäre. In seinem Auftreten und seiner Rede ganz der Oberst a. D., der manches gelesen hat, furchtbar viel zitiert — Kant, Leibniz, Tertulian, Hilarius, Athanasius, Leo XIII., Bismarck usw. — mit Vorliebe die Worte „logisch und konsequent“ braucht, „geistvolle“ Wortspiele verbringt, ernst die Augenbrauen hochzieht, wenn er von „Bissenshaft“ redet und ironisch Einwendungen der Gegner wiedergibt. Der Mann redete über die „Toleranzfrage“ in dem bekannten Sinne des Zentrums. Er erntete wie alle Redner reichen Beifall.

Die bisher bedeutendste, markigste und selbständigste Erscheinung des Katholikentages war der dritte Redner, P. Kuracher, der — zum erstenmal auf einem Katholikentage geschah das — die „Frauenfrage“ erörterte. Daß das Zentrum die Frage zu behandeln gezwungen ist, beweist ihre Macht. Aber keinen besseren Referenten konnte es entdecken, als diesen Kapuzinermonch mit dem dunklen, ernsten, zuweilen fast bittern Gesicht, das ein großer wallender brauner Bart umrahmt. In seiner kunstvollen Rede vermochte er es, die Frage so zu behandeln, wie die Zentrumspolitik es erfordert: den unvermeidlichen Bedürfnissen entgegenzukommen und die alten Vorurteile durch Umgehen der gefährlichen Klippe aufrechtzuerhalten. Es chofierte nur anfangs, daß der welt- und weibfreundliche Monch von der Hälfte des Geschlechtes sprach, die „nicht die schlechtere“ sei; später konnte er mit ruhiger Sicherheit von den Ehebedürfnissen der jungen Damen im heiteren Sinne sprechen und für Leute seines Schlages sonst heikle Fragen berühren. Er gab die Berechtigung der Frauenbewegung zu, aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen, betonte aber, daß sie unter katholischer Leitung stehen müsse. Der stürmische Beifall, den ihm die Versammlung spendete, entsprang dem Empfinden, daß eine schwierige Frage gelöst sei.

Offizielle Budgetverdunkelungen.

Die Diskussion über die Budgetverlesung der Regierung veranlaßte bekanntlich den Fürsten B. I. o. w., einige seiner Leute mit der Aufgabe zu betrauen, in der „Nordd. Allg. Ztg.“ den Nachweis zu führen, daß trotz der Nachschube von 2200 Mann, die bis Ende August nach Südwestafrika abgegangen waren, während nach der Begründung des Nachtragsetats während dieses Zeitraums nur 1000 Mann abgehen durften, keinerlei Budgetverlesung eingetreten sei. Denn ersichtlich sei das für das Etatsjahr 1905 bewilligte Geld noch nicht völlig verputzt und zweitens sei trotz des Nachschubs von 2200 Mann der Sollbestand der Südwestafrika-Truppe nicht überschritten. Diesen überraschenden Darlegungen gegenüber bot die gesamte bürgerliche Presse ein Bild völliger Ratlosigkeit. Kein Mensch traute es sich zu, die Begründung der Offiziösen nachzuprüfen. Und kein Parlamentarier griff der bemitleidenswert hilflosen Presse unter die Arme. Es war einzig die sozialdemokratische Presse, die das Allowische Elaborat unter die Lupe nahm und dessen dreiste Taschenrechen nachwies. Darauf vergingen dann wieder eine Reihe von Tagen, bis die „Nordd. Allg. Ztg.“ sich soweit gesammelt hatte, um den Versuch zu machen, der vernichtenden sozialdemokratischen Kritik eine ihre Darlegungen rechtfertigende Antikritik entgegenzusetzen. Und nun wiederholte sich das lässliche Schauspiel noch einmal. Kein bürgerliches Blatt und kein bürgerlicher Parlamentarier wagte sich an eine Nachprüfung des erneuten offiziellen Schwindels heran. Die bürgerlichen Parteien haben sich damit ein Armutsergebnis ohne gleichen ausgestellt. Sie haben mit ihrem früheren Petern über die Budgetverlesung und ihrer jetzigen Unfähigkeit jeglicher Kritik bewiesen, daß sie für die Forderungen der Regierung gestimmt haben, ohne sich in geringsten darüber klar zu sein, was sie denn eigentlich bewilligten! Einer solchen Sorte von Volksvertretern gegenüber hat natürlich eine Regierung leichtes Spiel.

Einen Entschuldigungsgrund kann freilich die bürgerliche Presse für sich geltend machen, den nämlich, daß der Südwestafrika-Stat so unübersehlich und unklar abgefaßt ist, daß sein Studium einige Schwierigkeiten bereitet. Die Regierung hat ihrerseits natürlich keinen Grund, ihre Vorlagen nicht in der verworrenen und unübersichtlichen Weise abzufassen, wie das geschieht. Im Erösen läßt sich ja am besten sehen! Aber das Parlament, das doch wissen soll, wofür es stimmt, hätte um so kritischer Veranlassung, von der Regierung künftig eine klare, unabweisende Rechnungsabklärung zu verlangen, damit die Herren Abgeordneten später nicht der Blamage ausgesetzt sind, zu erklären, nur eine geheimräthliche Intelligenz habe sich in den Irrgängen eines solchen Etats zurecht. Im übrigen müssen wir aber doch nochmals betonen, daß „royalcedem“ eine Nachprüfung der offiziellen Rechenkunststücke bei einigem guten Willen doch möglich war. Es fehlte eben der

gute Wille, man wollte sich bemögen lassen, um die Wähler läuschen zu können!

Die neue Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ legt das Hauptgewicht auf den Nachweis, daß die Sollstärke der Südwesafrika-Truppe in der Tat für den Beginn des Jahres 14 004 Mann betragen habe. Sie wachse dann im Laufe des Jahres um 6×125 , also 750 Mann, so daß sie am Ende des Jahres auf 14 754 Mann angewachsen sei. Die Sollstärke sei nicht zu verwechseln mit der Iststärke. Diese habe nach Ausweis des 3. Nachtragsetats für 1904 allerdings nur 13 400 Mann betragen. Die Sollstärke aber betrage nach dem Etat für 1905 und dem Nachtragsetat für 1905, durch welche Etats ja die Mittel für diese Truppenzahl gefordert wurden — und die Sollstärke sei gerade „diejenige Kopfzahl, für welche die genehmigten Etats die Mittel zur Befolgung z. z. zur Verfügung stellen“ —

1. alte Schutztruppe	600 Mann
2. erstmalige Verstärkungen	7 848
3. zurückbehaltenen Mannschaften	448
4. neue Verstärkungen	5 606
Zusammen	14 004 Mann

Zu dieser Sollstärke kämen dann noch für je zwei Monate 125 Mann, bis Ende des Jahres also 750 Mann mehr. Es handle sich bei den Nachschüben eben nicht nur um einen Ersatz für Abgänge, sondern um eine wie oben angegebene Verstärkung, würden im Nachtragsetat für 1905 durch besondere Mittel für diese Mannschaften gefordert.

Gegen diese Darstellung ist zunächst einzuwenden, daß im dritten Nachtragsetat für 1904, der dem Reichstage am 18. März 1905 zugeht, also später als der Etat für 1905 und gleichzeitig mit dem Nachtragsetat für 1905, die Nachschübe von je 250 Mann für zwei Monate ausdrücklich als „Ergänzung“, als „Ersatz der Abgänge durch Krankheit und Tod“ bezeichnet wurden! Von einer Verstärkung über die Zahl der vorhandenen Truppen hinaus war keine Rede! Diese Erläuterung widerspricht demnach dem Etat für 1905, der doch dem Reichstage früher zugegangen war! Entweder also konnte sich der Verfasser dieser Erläuterung im Etat für 1905 selbst nicht aus, oder es war auf eine Täuschung des Parlaments abgesehen, das die Truppenmachtschübe denn auch nur im Sinne von Ergänzungen aufsaß!

Aber nicht nur hier begegnen wir der Täuschung. Auch die neue Darstellung der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“ über die Sollstärke ist irrtümlich und auf die Täuschung berechnet! Das offizielle Blatt erklärt, Sollstärke sei die Stärke, die sich aus den Bewilligungen der dafür vorgesehenen Mittel ergebe.

Wenn das richtig ist, so betrug die Sollstärke für Anfang des Etatsjahres 1905 nicht 14 004 Köpfe, sondern 14 429 Köpfe, da ja auch im Etat für „Eingezogene Reservisten, Landwehrlente u.“ in Kopfstärke von 425 Mann die Mittel zur Befolgung z. z. ausgeworfen sind. Der wirkliche Sollbestand beträgt also Ende des Etatsjahres $14 429 + 6 \times 125 = 15 179$ Köpfe. Da nun die „Nordd. Allg. Ztg.“ den derzeitigen Sollbestand auf 13 908 Köpfe beziffert, hätte die Regierung danach das Recht, noch weitere 1273 Mann nach Südwesafrika zu schicken, eine Zahl, die durch die noch entstehenden Abgänge entsprechend vergrößert werden würde!

Und angesichts dieser Situation redet das offizielle Blatt noch davon, daß ja noch nicht alle Mittel für das Etatsjahr 1905 verbraucht seien. Das wäre ja auch noch schöner, sind doch erst 5 von den 12 Monaten dieses Jahres verstrichen! Daß eine ganz gewaltige Etatsüberschreitung entstehen muß, liegt für jeden, der rechnen kann, auf der platten Hand!

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ mag sich also drehen und winden wie sie will, sie redet die Tatsache nicht aus der Welt, daß die Volksvertretung durch allerhand Taschenspieler-Kunststücke geblüht ist. Während das Parlament der festen Ueberzeugung war, daß während des Etatsjahres 1905 nur 1500 Mann Nachschübe erforderlich wären, wird ihm jetzt von der „Nordd. Allg. Ztg.“ Narremacht, daß ein Nachschub von — vorläufig, ohne Berücksichtigung weiterer Abgänge — 3098 Mann (nämlich von April bis August abgegangen 1825, dazu die zur Erreichung der Sollstärke noch nötigen 1273 Mann) gerade ausreicht, um die Sollstärke zu erreichen!

Man wird zugeben, eine größere Täuschung ist kaum möglich. Diese Täuschung ist hervorgerufen worden einmal durch die Unübersichtlichkeit der Forderungen des Etats für 1905, dann aber hauptsächlich durch die nimmermehr als unrichtig bezeichnete Erläuterung zu dem 3. Nachtragsetat für 1904. Der Reichstag wird also künftig eine absolut klare und eindeutige Auffassung des Etats verlangen müssen, um vor ähnlichen unangenehmen Ueberraschungen gesichert zu sein! —

Deutsches Reich.

Andechnung des Aufstandes in Deutsch-Ostafrika.

Ein amtliches Telegramm meldet:

Der Kommandant S. M. S. „Buffard“ meldet unter dem 22. August: Oberleutnant zur See Paasche hat den Angriff der Ntshi-Lente auf sein Lager am 19. und 20. August erfolgreich zurückgeschlagen. Er meldet, daß alles wohl ist und er nordwestlich nach Komoni weiter vorgeht. Am 25. August trifft voraussichtlich eine Abteilung der Schutztruppe in Nyambwiti ein. Der Aufstand hat sich südlich von Kilwa bis zum Mbenkuru-Fluß an der Grenze des Lindi-Bezirks ausgebreitet.

Diese Nachricht beweist, daß der Aufstand in dem Matumbi-Gebiete noch keineswegs gebrochen ist; sind doch die Eingeborenen neuerdings zum Angriff übergegangen!

Ferner hat sich der Aufstand bis zur Grenze von Lindi ausgebreitet. Wahrscheinlich wird er also auf den Bezirk Lindi überspringen! —

Noch nicht genug Kolonialkrieg!

In der „Zeitschrift für Kolonialpolitik“ fordert ein Kurt Schwabe die Entwaffnung der Ovambo. Er schreibt:

Die Zahl der Ovambo auf deutschem Gebiet wird geschätzt, von 80 000 bis zu 120 000 Seelen angegeben, die Zahl der Krieger von 15 000 bis 25 000, wovon mindestens 8000 bis 4000 mit Hinterladern Bewaffnete, doch ist es möglich, daß diese Zahl noch zu gering angesetzt ist. Dr. Sching, einer der wenigen und besten Kenner der Ovambo, sagt schon im Jahre 1891, daß die Wäpfe den nationalen Waffen bereits starke Konkurrenz gemacht habe, und daß es nur noch weniger Jahre bedürfen werde, um den Wogen bei den Ovambo so selten zu machen wie bei den Herero, bei denen er bereits zum Rinderstapel geworden war. Endlich sei noch bemerkt, daß die größeren Dörfer der Ovambo durch weiße übermannshohe Baumpalisaden, die in mehreren Reihen hintereinander stehen und in die Schießscharten geschnitten sind, sowie durch Erdwälle und Dornbuschhecken geschützt sind, so daß ein Angriff auf dieselben ohne die Mitwirkung von Artillerie, wenn überhaupt, dann nur unter übergroßen Verlusten von Erfolg gekrönt sein würde. Man wird also gut tun, das Pulver trocken zu halten und sich jeder Abenteuerlichkeit zu enthalten. „Si vis pacem para-

bellum!“ Das ist's, was wir auch hier beherzigen müssen, denn die Lösung der Ovambofrage läßt nur ein Resultat zu: ein entwaffnetes und sich der deutschen Herrschaft beugendes Volk! —

Vielleicht magt der Aufstand in Ostafrika einen diden Strich durch all die schönen Pläne für Südwesafrika! —

Die steigende Fleischnot in Oberschlesien hat die Bürgermeister einer Anzahl ober-schlesischer Städte dazu bestimmt, sich nochmals an den Reichskanzler mit dem Ersuchen zu wenden, die beschränkte Zahl der Schweine (1300 Stück), die allmählich aus Kurhland in Oberschlesien eingeführt werden dürfen, zu erhöhen. In der Eingabe heißt es:

„Die preussische Viehzentrale hat die Hebung der Fleischnot durch Zuführung von Schweinen in unseren Industriebezirk zwar versucht, indem sie übernahm, die an und für sich schon zu geringe Zahl von 700 Schweinen wöchentlich einzuführen; dieser Versuch ist aber als mißlungen anzusehen, denn in der Zeit vom 16. Juli bis 14. August konnten insgesamt nur 1937 Schweine geliefert werden, die nur ein Durchschnittsgewicht von 210 bis 220 Pfund hatten und vielfach (bis zu einem Viertel) tuberkulös, wässrig und minderwertig waren.“

Die Fleischnot und Fleischteuerung dauert nimmermehr schon seit drei Monaten an. Unsere erste Eingabe an den Herrn Landwirtschaftsminister ist schon am 5. Juni d. J. abgegeben, und bis heute ist für die Interessen der Konsumenten, insbesondere der minderbemittelten, noch fast nichts geschehen. Eine weitere Vergrößerung ist nicht mehr zu erwarten. Denn die Unzufriedenheit in der Bevölkerung ist schon auf das äußerste gestiegen. Der Genuß von Fleisch in unserem Industriebezirk ist besonders in unserer Arbeiterschaft um 80 bis 85 Proz. gesunken, da dieselbe nicht mehr in stande ist, die hohen Fleischpreise zu ertragen. . . . Bei der schweren Arbeit, die hier zu leisten ist, ist diese Unterernährung höchst bedenklich und gibt zu großer Gefahr in volkswirtschaftlicher Beziehung Anlaß. Alle Mittel werden versucht, um Abhilfe zu schaffen. Die Arbeiter einer Grubenverwaltung beziehen zum Beispiel bereits die Fleischabfälle aus Konservenfabriken, eine unseres Erachtens menschenwürdige Nahrung, um ihren Familien überhaupt den Fleischgenuß zu ermöglichen.

Einer Musterredaktion darf sich die offizielle „Norddeutsche Allg. Ztg.“ rühmen. Bringt es das Blatt doch fertig, in seiner heutigen Abendausgabe die Anführung der „Vorst.“, der „Vorwärts“ habe die bekannte Liste von Schmähwörtern gesammelt, ihren Lesern mitzuteilen, obgleich der „Vorwärts“ von heute früh diese unehrliche Behauptung bereits zurückgewiesen hatte. Ob es wohl wieder der Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes bedürfen wird, um das so trefflich redigierte offizielle Blatt zur Beachtung unserer Entgegnung zu nötigen? —

In den Rührer Freisinnigen will die „Deutsche Freie Presse“ offenbar nicht gern erinnert sein. Unser Hinweis, daß freisinnige Blatt brauche sich über das Effener nationalsoziale Rahenspiel nicht sittlich aufzuregen, ihr Vorbed habe es noch schlimmer getrieben, veranlaßt das Organ Eugen Richters mit dem großen Mox loszubonnern. Vorbed habe sich immer offen und ehrlich zur freisinnigen Volkspartei bekannt, und wir hätten die Strenge, ihn „einer solchen Zweideutigkeit zu verdächtigen, wie sie in dem Briefwechsel zwischen Raumann-Ray und Riemer-Jacobs in Essen zutage getreten ist. Danach hat es fast den Anschein, als ob jetzt in der Redaktion des „Vorwärts“ ein hysterischer Städtogenschner Basson sein Unwesen treibe.“

Daß sich Vorbed als Anhänger der freisinnigen Volksparteier firmierte und trotzdem mit Unterstützung des „Reichsverbandes“ in seinen Wahlreden seinen künftigen Gesellen je nach Bedarf alles versprach, daß er sich auch agrarisch und mittelständisch berief, macht eben den Skandal noch größer. Die dokumentarische Quittung über diesen freisinnigen Wahlzettel liegt ja in der berühmten Dankagung der Rührer Freisinnigen an den Reichsverband, die so schimpflich ist, daß die „Deutsche Freie Presse“ sie bis zur Stunde unterschlagen hat! —

Wegen Heiratens 45 Tage Haft! Aus München meldet uns ein Telegramm:

Wegen Verhehlung ohne dienstliche Bewilligung hatte sich heute der Leutnant im Schwere Reiterregiment Graf Edgar Wolffsteil, geb. 1875, vor dem Kriegsgericht der I. Division zu verantworten. Wegen Gefährdung der militärischen Disziplin und zur Wahrung militärischer Interessen fand die Verhandlung bis zur Verlesung des Urteils unter vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit, einschließlich der Presse statt. Graf Wolffsteil benützte seinen Urlaub im Sommer 1903, um sich am 30. Juni in England mit der Schauspielerin Tomhal, der bekannten früheren Tänzerin an der Münchener Hofbühne und nachmaligen Schauspielerin in Berlin Marietta Dill ohne dienstliche Bewilligung trauen zu lassen. Der Angeklagte wurde mit Rücksicht auf seine Jugend, und unter Würdigung seiner Angabe, er habe völlig unter dem Einfluß seiner Frau gestanden und unter großer körperlicher und geistiger Depression gelitten, zu 45 Tagen Festungshaft verurteilt.

Ein in jeder Hinsicht denkwürdiges Kulturbild!

1. Was hat es mit militärischen Interessen zu tun, daß ein Leutnant sich wegen Nichterholung des Heiratensensuses zu verantworten hat? 2. Was ist das für ein Kriegsheld, der sich weinerlich auf den Einfluß seiner Frau und die seelische Depression beruft! 3. Interessant ist aber vor allem die vergleichsweise Höhe der Strafe. Während die schwersten Mißhandlungen mit ein paar Tagen Mittelarrest abgemacht werden, muß hier ein Offizier wegen Verstoßes gegen die wahrhaft mittelalterliche Vereinträchtigung der persönlichen Freiheit, die der Heiratensensuses bedeutet, auf 45 Tage in Haft. Um wie viel billiger wäre der Leutnant und Graf davongekommen, wenn er seine seelische Depression statt an seiner Frau an seinen Rekruten ausgelassen hätte! —

Dresden, 22. August. (Fig. Ver.) Eine verunglückte Polizeifaktion in der Montignoso-Affäre bedeutet ein Urteil des sächsischen Ober-Verwaltungsgerichts. Bekanntlich hatte die Dresdener Polizeidirektion im November 1904 den hiesigen Postkartenhändlern das Aushängen von Bildern und Karten der Gräfin Montignoso bei Androhung einer Geldstrafe von 50 M. oder 3 Tagen Haft verboten. Begründet wurde das Aushängeverbot, das sofort Rechtskraft erlangte, damit, daß das Aushängen der Montignoso-Bilder in letzter Zeit einen provozierenden Charakter angenommen und öffentliches Aergernis und Anstoß erregt habe. Der hiergegen von den Händlern eingelebte Rekurs wurde von der Kreishauptmannschaft verworfen und das Verbot wurde, allerdings aus anderen Gründen, aufrecht erhalten. Die Kreishauptmannschaft bezeichnete nämlich das Gebahren der Rekurrenten als Raubherrschaftsbeleidigung und beantragte sogar die Polizeibehörde, bei der Staatsanwaltschaft die nötigen Schritte zu tun, damit gegen die Händler — es kamen 101 in Frage — wegen Vergehens gegen § 95 des Strafgesetzbuchs vorgegangen werde. Die Staatsanwaltschaft lehnte ein Einschreiten jedoch ab, da der Teilbestand der Raubherrschaftsbeleidigung weder in objektiver noch in subjektiver Beziehung gegeben sei. Die von den Händlern erhobene Anschuldigung hat vollen Erfolg gehabt, das Ober-Verwaltungsgericht hat das Verbot aufgehoben und die Gründe der Kreis-hauptmannschaft als nicht stichhaltig bezeichnet. —

Ein General über Soldatenmißhandlungen. „Er hielt es nämlich für eine Schande, daß Leute, die mit Werten und Tugenden zu tun haben, diesen Tieren mehr durch Sorgfalt, Gewöhnung und Pflege, als durch Peitschen und Daseisen Willigkeit, Zorn und Widerspenstigkeit benehmen, daß hingegen die Befehls-

haber über Menschen deren Besserung nicht vornehmlich durch Liebe und Sanftmut zu bewirken suchen, sondern härter und gewaltsamer mit ihnen verfahren als Gärtner mit wilden Feigen-, Birn- und Obstbäumen, die sie durch sorgfältige Wartung in zarte und fruchtbare Bäume umwandeln.“

Historik, Lebensbeschreibungen, über Quintus Fabius Maximus Cunctator.

Quintus Fabius Maximus Cunctator war einer der hervorragendsten römischen Feldherren, der sein Vaterland gegen die Kartager unter Hannibal mit Erfolg verteidigte. —

Eine Ordnungshilfe. Aus München wird uns geschrieben: Gelegentlich einer Revision bei der 2. Münchener Schreiner- (Meister-) Produktiv-Genossenschaft wurden Untersuchungen in der vorläufig festgestellten Höhe von 4000 M. entbedt. Der Geschäftsführer Paul Köhler, eine Ordnungshilfe erster Güte, bezog 170 M. Monatsgehalt und zirkte 1200 M. jährlich Tantieme. Verschiedene Liebeslöhne sollen den Ordnungsmann, der selbst stark verheiratet ist, auf die schiefe Ebene gebracht haben. —

Deutschtum in Freiheit. Man schreibt uns aus München: Gelegentlich der im September v. J. in der Nähe von Freising abgehaltenen Manöver nahm der Divisionskommandeur Prinz Rupprecht von Bayern im Gasthof „Zum bairischen Hof“ in Freising Absteigequartier. Der deshalb vor dem Hotel aufgestellte Doppelposten gab dem Arbeiter Josef Messerer in Freising Veranlassung mehrfache auf die Geburt und Charaktereigenschaften des Prinzen bezügliche Äußerungen zu machen. Als sich Messerer mit dem Tagelöhner Jakob Schmiedinger überwarf, denunzierte ihn dieser nach zwei Monaten bei der Polizei. Messerer erhielt für seine unbedachten Äußerungen vom Landgericht München II 6 Wochen Gefängnis. —

Ausland.

Frankreich.

Eine Bewegung unter den Postbeamten. Die gewerkschaftliche Bewegung der französischen Post-, Telegraphen- und Telefonangestellten macht, wie man uns aus Paris berichtet, große Fortschritte. In der letzten Zeit ist eine Agitation in Fluss gekommen, die sich gegen die standalöse Ueberbürdung der Angestellten richtet. Das Verlangen der französischen Post ist schon in gewöhnlichen Zeiten viel zu gering und das Publikum wie die Beamten sind dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Im Sommer oder sind die Zustände besonders arg. Da nämlich für die zahlreichen Badeorte und Sommerfrischen Arbeitskräfte benötigt werden, zieht man diese einfach aus den Städten und die Zurückgebliebenen haben dann eine Arbeitslast zu bewältigen, die umso größer ist, als gerade die Wadefaison eine sehr bedeutende Vergrößerung des Verkehrs mit sich bringt. Auch werden den Beamten gänzlich untaugliche Hilfskräfte zugeteilt, z. B. den Telegraphenanstalten Leute, die mit dem Morseapparat gar nicht umzugehen verstehen. Der Unterstaatssekretär Gérard, der Chef des Post- und Telegraphenwesens, hat zuerst versucht, dem Mangel an Arbeitskräften dadurch entgegenzuwirken, daß er die Amtsärzte aufforderte, mit Krankheitszeugnissen sparsamer zu sein. Dieses brutale und rücksichtslose Vorgehen hat eine allgemeine Erbitterung in der ganzen Beamtenchaft hervorgerufen. In der vorigen Woche fand in der Pariser Arbeitsbörse eine von 3000 Beamten besuchte Versammlung statt, an der auch der nichtsozialistische Verband offiziell teilnahm. Es wurde beschlossen, künftig einig vorzugehen und eine Bewegung zur Befreiung der Arbeitskräfte im ganzen Lande in Gang zu bringen. Es sprachen Vertreter aller Beamtenkategorien, auch Beamtinnen. Die Versammlung hat jedenfalls schon den Erfolg gehabt, daß mit den Postbeamten in einem anderen Tone gesprochen wird. Herr Gérard gibt jetzt zu, daß er zu wenig Beamte habe, und der radikale Handelsminister Dubief hat einer Deputation fest zugesagt, daß er vom Parlament eine Erhöhung des Post- und Telegraphenbudgets zum Zwecke der Vermehrung der Beamtenchaft fordern werde. —

Türkei.

Kleinasiatische Unruhen. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Konstantinopel meldet, wächst infolge der zahlreichen Verhaftungen, die die türkische Polizei unter den Armeniern wegen der Bombensünde in Smyrna vornimmt, die Erregung der dortigen muslimanischen Bevölkerung gegen die Armenier. Mehrere Konjunkt fremder Mächte suchten bei ihren Botschaftern in Konstantinopel um die Entsendung von Kriegsschiffen nach Smyrna nach, da größere Ausschreitungen befürchtet werden. —

Die Friedenskonferenz

scheint nun doch weiterzuziehen und zu einem Ergebnis führen zu sollen. Es scheint — was wir ja als sehr möglich bezeichnet haben — daß Japan seine Forderungen ermäßigen wird, worauf dann auch Rußland Zugeständnisse machen dürfte. So soll Japan bereit sein, auf die Auslieferung der in neutralen Häfen befindlichen Kriegsschiffe zu verzichten. Wie sehr sich Roosevelt bemüht, auch den Jaren zur Nachgiebigkeit zu veranlassen, beweist, daß der Zar heute den amerikanischen Botschafter in Petersburg empfangen hat.

Die Nachrichten lauten:

Portland (New Hampshire), 23. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In gut unterrichteten Kreisen hält man es für ausgeschlossen, daß die Konferenzverhandlungen heute endgültig abgebrochen werden. Man weiß, daß Präsident Roosevelts Vorschlag einerlei Japans Forderung nach einem Ersatz seiner Kriegsausgaben gerecht wird, andererseits aber auch Rußland instand setzt, der Welt gegenüber zu erklären, daß es weder einen Fuß breit Landes abgetreten, noch eine Kopfe Kriegentschädigung bezahlt hat, ferner, daß der Vorschlag des Präsidenten in Ansehung brachte, daß Rußland Sachalin ganz oder zum Teil zurückzugeben solle und zwar für eine Summe, deren Höhe falls sich die beiden kriegführenden Mächte darüber nicht einigen können, durch eine später zu bestimmende Art Schiedspruch festgesetzt werden soll. Der Kaufpreis und die Summen, die Japan von China für die Abtretung der chinesischen Ostbahn und von Rußland für den Unterhalt der russischen Gefangenen erhalten soll, würden den gesamten Kriegskosten Japans gleichkommen. Dieser Vorschlag läuft in seiner Anwendung darauf hinaus, daß Japan in Bezug auf Artikel 5 und Rußland in Bezug auf Artikel 9 nachgibt.

London, 23. August. „Daily Chronicle“ meldet aus Portland (New Hampshire) unter dem 22. August: Wenn die Friedensvollmächtigen morgen früh den zurzeit getroffenen Festsetzungen entsprechend zusammentreten, wird diese Sitzung voraussichtlich sehr kurz sein. Wie verlautet, beschäftigt die Konferenz sich bis zum 25. August zu vertagen. In diesem Tage wollen die Bevollmächtigten zusammentreten, um sich entweder in bestimmter Weise zu einigen oder ihre Nichtübereinstimmung zu bekunden.

Paris, 23. August. Dem „New York Herald“ zufolge ist für die heutige Sitzung der Friedenskonferenz in Portland ein von japanischer Seite ausgehender Vorschlag zu erwarten, nach welchem die Dschinesische Bahn unter die Kontrolle einer großen internationalen Gesellschaft gelangen soll. In der Zeitung dieser Gesellschaft würden Japan, China, Deutschland, England, Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und auch Rußland vertreten sein, vorausgesetzt, daß es die von Japan gestellten Bedingungen annimmt.

Portland, 23. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Dem Vernehmen nach wird Baron Komura in der heutigen Sitzung der Friedenskonferenz dem Kompromißvorschlag des Präsidenten Roosevelt zustimmen.

Portsmouth, 23. August. Die Japaner erklärten in der heutigen Morgenzeitung, daß sie auf die Uebergabe der russischen Schiffe in den neutralen Häfen verzichten, ebenso auf die Beschränkung der russischen Seemacht im äußersten Orient, dagegen bleibt der Wunsch auf Abtretung Sachalins und Zahlung einer angemessenen Kriegsschadigung bestehen. Der wirkliche Grund der Vertagung soll der gewesen sein, die Zeit zu lassen, um von Rußland endgültige Instruktionen zu erhalten. Die Aussichten auf den Frieden sind seit den letzten 24 Stunden erheblich gestiegen.

Der Generalstreik in Russisch-Polen.

Der allgemeine Zustand, der am vorigen Freitag als Protest gegen die Frauen- und Kindermezelei in Bialystok, in Warschau erfolgte, setzt sich als revolutionäre Demonstration gegen die Kosaken-Duma fort.

Am Freitag war, wie uns aus Warschau geschrieben wird, die Arbeitsruhe vollständig. Die Aufreize der polnischen „Nationaldemokraten“, die mit den Worten: „Nieder mit dem allgemeinen Streik!“ schloffen — blieben gänzlich erfolglos.

Auch jetzt scheint die Arbeitseinstellung radikal zu sein.

Der Eisenbahnverkehr stockt!

Es liegen uns folgende offizielle Telegramme vor:

Warschau, 22. August. Der heutige Tag ist unblutig verlaufen. Einige Versuche zu Kundgebungen wurden vereitelt. In Lodz ist der Zustand allgemein. In Pabianice fand eine große Kundgebung statt, ohne daß es zu einem Zusammenstoß kam. Die Tagesblätter sind nicht erschienen.

Warschau, 23. August. Hier fand heute ein blutiger Zusammenstoß zwischen unabhängigen Arbeitern und dem zum Dienst kommandierten Eisenbahn-Patalion statt. — Die Warschau-Wiener Bahn ist noch in Betrieb.

Kattowitz, 23. August. Wie die Eisenbahndirektion Kattowitz mitteilt, erlaubt die Betriebsdirektion der Warschau-Wiener Bahn, der österreichischen und preussischen Anschlussbahn wegen des aufgehobenen Güter- und Personenverkehrs Güter für die Zwangorobahn nicht abzunehmen. Die Verwaltung dieser Bahn lehnt jede Annahme von Gütern ab.

Die verfassungsmäßige Schreckensherrschaft.

Moskau, 23. August. 21 Offiziere, die sich in „ungebührlicher“ Weise über den kaiserlichen Beschluß betreffend die Reichsduma unterhalten haben, wurden verhaftet.

Petersburg, 23. August. Gestern Abend hat in Riga eine große Versammlung von Juden stattgefunden. Dreißig Teilnehmer wurden verhaftet. In den Straßen von Moskau und Lodz fanden gestern Abend Krawalle anlässlich der Veröffentlichung des kaiserlichen Manifestes statt.

Held und Dichter.

Rom, 23. August. Maxim Gorki fand dem „Avanti“ einen Brief bezüglich seiner angeblichen Reise nach der Schweiz und nach Italien. Gorki erklärt in dem Briefe, er habe niemals Moskau verlassen, wo er bleiben werde, um bis zum letzten Blutstropfen für die Errettung des russischen Volkes zu kämpfen.

Aus der Partei.

Parteitagberichte.

Wir beginnen in dieser Nummer mit dem Abrud der Berichte des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion für den Parteitag in Jena. Der Satz ist so angeordnet, daß die Berichte zusammengefasst und in Heftform aufbewahrt werden können.

In Beziehung zu seine Unterredung mit dem norwegischen Minister des Innern schreibt uns unser Mitarbeiter aus Göteborg vom 21. August:

In der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ lese ich soeben, daß unser Königsberger Parteiorgan wegen meiner Unterredung mit dem Staatsrat Löwland davon schreibt, daß ich nach Art der bürgerlichen Bedientenpresse den Minister angebetelt habe. Nur mich kann dieser Vorwurf treffen, da ich ohne Auftrag der „Vorwärts“-Redaktion diesen Schritt getan habe. Mit „Social-Demokraten“ Redaktion, dem Parteivorstand, dem Reichstagsmitglied, Redakteur Winterwald und dem Sekretär Tolstedt (die Redakteure Krüger und Widnes waren zurzeit nicht in Kristiania) habe ich allerdings vorher darüber gesprochen und sie waren durchaus damit einverstanden, ermunterten mich sogar noch dazu. Wir haben denn auch keineswegs den Minister um eine Unterredung angebetelt, sondern einfach gefragt, ob er zu sprechen sei, und uns der Formen bedient, wie sie unter anständigen Leuten allgemein üblich sind. Wir wurden ohne alle Feindschaft empfangen und nahmen wie der Minister Platz in den bequemen Lehnstühlen am großen Tisch. Es schien anfangs, als wolle uns Löwland in allgemeinen seine Ansicht über die gegenwärtige Lage vortragen, da griff jedoch mein Kollege Andreasen mit der Frage nach den Bemühungen um einen dänischen Bräutigam ein und dann antwortete der Minister sowohl hierauf wie später auf die Fragen, die ich an ihn stellte, in der Weise, wie bereits mitgeteilt worden ist. Löwland ist übrigens kein „Hochwohlgeborener“, sondern gewissermaßen ein solches Mademan. Ursprünglich Schullehrer und Kirchenpänger auf dem Lande, hat er sich durch eiserne Fleiß und jedenfalls auch unter Benutzung der Mittel, die der norwegische Staat ernsthaft strebenden Leuten viel leicht in reichlicher Weise als irgend ein anderer Staat und ohne Ansehen ihrer Herkunft und Parteianhängerungen zur Verfügung stellt, die Kenntnisse und die Fähigkeiten erworben, die seine jetzige Stellung erfordern.

Es ist in der Regel verfehlt, nach den traurigen politischen Verhältnissen Preußen-Deutschlands über das abzuurteilen, was in demokratischen Ländern der Sozialdemokratie taktisch richtig und zulässig erscheint. Das kam mir wieder recht zum Bewußtsein, als Andreasen und ich in Begleitung von Hornsrud am Abstimmungsstunde nach dem Gebäude gingen, wo die Auszählung der Stimmen und die Prüfung der Verfallsanmeldungen vorgenommen wurde. Wir trafen unterwegs den in Dänemark geborenen, aber seit seinem zwanzigsten Lebensjahre in Norwegen ansässigen Genossen Teppesen, einer der Parteigenossen, die sich das größte Verdienst um die Gründung der norwegischen Arbeiterpartei erworben haben. Er wechselte einige Worte mit dem Genossen Andreasen über die Lage in Dänemark und sagte unter anderem: „Früher glaubte ich auch einmal, daß Ihr in Dänemark eine Art Schweinehund wäret („nogle svinopolke“), aber nun habe ich doch eingesehen, daß Eure Taktik die richtige für die Verhältnisse Eures Landes ist.“

Man pflegt in den skandinavischen Ländern in allen Kreisen der Bevölkerung etwas kräftige Ausdrücke zu gebrauchen. Mögliche Wiedergabe dieser Worte dahin wirken, daß man nicht als Schweinehund angesehen wird, wenn man in einem demokratischen Lande etwas unternimmt, was in Preußen den Parteigenossen unmöglich erscheint.

Aus den Organisationen.

Der sechste schleswig-holsteinische Reichstagswahlkreis zählt 4985 Vereinsmitglieder und 353 zahlende Genossen, die nicht Mitglied werden können. Außerdem zählen 563 Frauen freiwillige Beiträge. Der vierte schleswig-holsteinische Kreis hat 3843 aktive Genossen. Der Stand der Parteipresse sowie der verbreitetsten Parteischriften zeigte sich im siebenten Kreis wie folgt: „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ 9761 Abon-

nementen (8032), „Neue Zeit“ 41 (48), „Wahrer Jacob“ 2423 (2747), „Süddeutscher Postillon“ 162 (214), „Gleichheit“ 707 (2). Die eingekammerten Ziffern bedeuten die Zahl der Abonnenten im Vorjahre. Die Mitgliederzahl des sozialdemokratischen Vereins für Neuh. J. L. beträgt jetzt 2010. Das Parteiblatt „Neuh. J. L. Tribune“ hatte im verflochtenen Geschäftsjahre eine Einnahme von 54446 M. und eine Ausgabe von 51 609 M.

Die „Vergifete Arbeiterstimme“ hat jetzt, wie in der Kreisversammlung des Kreises Solingen mitgeteilt wurde, 7000 Abonnenten. Sie wird vom 1. Oktober ab auf einer Rotationsmaschine hergestellt werden und täglich mindestens acht Seiten stark erscheinen.

Aus Industrie und Handel.

Die Aktiengesellschaft für Montanindustrie gedenkt ihr Aktienkapital zu vergrößern. Sie beruft eine außerordentliche Generalversammlung ein, die über Erhöhung des Grundkapitals um 2 200 000 M. auf 8 500 000 M. beschließen soll. Die Begebung der jungen Aktien erfolgt an ein Konfession zum Kurse von 115 Proz. mit der Maßgabe, daß 2 100 000 M. Aktien den Aktionären zum Kurse von 118 Proz. zum Bezuge angeboten werden (auf 3 alte 1 neue). Die Kapitalerhöhung wird durch Erweiterung des Geschäftskreises beziehungsweise durch Vorbereitung neuer Geschäfte begründet.

Minenschwindel. Unter diesem Titel bringt der „Ratgeber auf dem Kapitalmarkt“ einen Artikel, in welchem er mitteilt, daß die Firma Beltner, Duma u. Wöner, Berlin, Jägerstraße 63, welche die famousen Eureka-Dil-Shares in Deutschland unterzubringen versuchte, jetzt wiederum durch massenhaft an das deutsche Publikum versandte Flugblätter Abnehmer und zwar diesmal gleich für drei ebenso wertlose amerikanische Minenshares zu bekommen trachtet. Mit den verlockendsten, nur für das naiveste Publikum bestimmten Redewendungen werden von der Firma die Shares der „Murchi Gold Mines Consolidated“, der „Wlad Dal Gold Mines Consolidated“ und der „Empire Gold Mines Ltd.“ als „glänzende Anlage“ angepriesen. Jeder Pfennig, den man für die als so glänzend bezeichneten Shares opfert, ist verloren.

Deutsche Baumwollspinnerei. Wenngleich nicht nur die Baumwollweberereien, sondern auch die Spinnereien in den letzten Jahren vielfach über die schlechte Geschäftslage klagten, hat doch der Spinnereibetrieb in dieser Zeit eine beträchtliche Ausdehnung erfahren: ein Beweis dafür, daß in den letzten Jahren viele Lebertreibungen gewesen sein müssen. Nach einem jüngst von der Bremer Baumwollbörse herausgegebenen Verzeichnis betrug im Deutschen Reich

	die Zahl der Baumwollspinneln	der Verbrauch von Baumwolle
1887	5 054 795	1 006 988 Ballen
1892	6 036 498	1 232 804
1898	7 883 714	1 580 895
1905	8 832 016	1 716 309

Auf die hauptsächlichsten Textilstädte verteilt sich die Spinnelzahl im Jahre 1905 folgendermaßen: Rheinland-Westfalen 2 223 584, Königreich Sachsen (einschließlich 628 025 Biagocspinneln) 1 940 318, Bayern 1 578 084, Elbh. 1 511 586, Württemberg 708 585, Baden 468 784, Hannover 211 740, Schlesien 109 330, Provinz Sachsen 41 500, Oldenburg 20 000. Von den großen Spinnereibezirken hat sich in den letzten Jahren Rheinland-Westfalen am meisten entwickelt, dessen Spinnelzahl von 721 030 im Jahre 1887 auf 2 223 584 im Jahre 1905 gestiegen ist.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Schäftarbeiter und Arbeiterinnen. Die Kollegen und Kolleginnen der Schäftfabrik von Gebr. Simon, Kochstr. 13a, sind in den Ausstand getreten. Zugang ist fernzuhalten.

Die Krisenverwaltung.

Mit einem Streik der Kolkutscher und Expeditionsarbeiter scheint die Berliner Bahndirektion als einer gegebenen Aufgabe zu rechnen. Schon jetzt wird bei den Bahnarbeitern Umfrage nach Leuten gehalten, die mit Pferden umzugehen verstanden. Auch weist man die Bahnarbeiter auf den ausgedehnten polizeilichen Schutz hin, der ihnen im Falle des Streiks zu teil werden würde. Man gibt den Leuten zu verstehen, daß man eine möglichst große Zahl der sich freiwillig zum eventuellen Streikbrecherdienst Melgenden erwartet. Diese Zumutung wird jetzt in den Kreisen der Bahnarbeiter lebhaft besprochen. Soviel dürfte schon jetzt feststehen: Wenn die Bahnarbeiter durch den bekannten sonstigen Druck von oben wirklich zu Streikbrechern gepreßt werden sollten, so dürften weder die Bahnverwaltung, noch die Herren Expeditoren besondere Freude an dieser Art Zwangsfahrerei erleben. Eine derartige Arbeit läßt sich eben nur geistlich von Leuten erledigen, die auch mit voller Berufsbegeisterung tätig sind. — Sollten es die Expeditoren trotz alledem zum Streik kommen lassen, so dürften auch die gut organisierten Hausdiener und Räder die Streikenden durch Verweigerung von Streikarbeit in weitgehendster Weise moralisch unterstützen.

Deutsches Reich.

Zum Kampf im Eisenbauwerke.

Die Einigungsverhandlungen, die am Mittwochnachmittag 9 1/2 Uhr im Rathaus zu Essen begannen, sind um 8 1/2 Uhr abgebrochen worden; sie sollen jedoch um 9 Uhr wieder fortgesetzt werden. Die Sitzung wird voraussichtlich bis spät in die Nacht dauern. Nach der vorberichtigten Stimmung scheint leider wenig Aussicht auf Einigung vorhanden.

Schwarze Listen. Das Unternehmertum schreibt fortwährend über den Terrorismus der Arbeiterorganisationen, wenn dieselben alle ihnen zustehenden gesetzlichen Mittel zur Verbesserung ihrer Lebenslage in Anspruch nehmen; selbst aber scheint es sich nicht, die geheime Feinde in Gestalt der schwarzen Listen gegen die Arbeiter in Anwendung zu bringen. Unser Bremer Parteiblatt ist in der Lage, ein diesbezügliches Schriftstück zu veröffentlichen. Es lautet:

Verein Bremischer Baugewerksmeister.

Abt.: Tischlermeister.

Bremen, den 18. August 1905.

An die Mitglieder des Vereins Brem. Baugewerksmeister Abt.: Tischlermeister.
Laut Mitteilung des Hemelinger Baugewerksmeister-Vereins ist bei den Tischlermeistern Hemelingsen infolge einer nicht bewilligten Lohnerhöhung der jüngeren Gesellen ein Streik ausgebrochen und bitten wir Sie, keine der unten aufgeführten Gesellen einzustellen und sofern dieses bereits geschehen sein sollte, dieselben sofort wieder zu entlassen. (Folgen die Namen der streikenden Gesellen.)

Hochachtungsvoll

Verein Brem. Baugewerksmeister

Abt.: Tischlermeister.

J. A.

W. Kuhne, Sekretär.

Hoffentlich beweisen die Arbeiter den Herren Schwärzern, daß an der Solidarität der Arbeiter auch dieses Mittel versagen muß.

Die in der Fischindustrie beschäftigten Arbeiter in Schlutup sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Wie notwendig eine Verbesserung der Lage dieser Arbeiterkategorie ist, zeigen die gewiß bescheidenen Forderungen: Es sollen gezahlt werden 30 Pf. Stundenlohn und 35 Pf. Lohn für Ueberstunden an die Arbeiter; 22 Pf. Stundenlohn und 27 Pf. Lohn für Ueberstunden an die Arbeiterinnen. Die Arbeitszeit soll im Sommer — vom 1. Mai bis 1. Oktober — eine zehnjährige sein mit einer 1/2stündigen Mittagspause, jedoch

ohne Vesperpause. Vom 1. Oktober bis 1. Mai soll eine einstündige Mittagspause und eine halbstündige Vesperpause gewährt werden. Inkrafttreten soll dieser Tarif am 1. September d. J. — Die Antwort der Unternehmer lautete ablehnend. Sie enthält unter anderem folgende, den Herrenstandpunkt der Unternehmervereinigung charakterisierende Sätze: „Wir wollen vorweg gleich bemerken, daß wir in Zukunft solche Briefe, die außer der Unterschrift von Arbeitern oder Arbeiterinnen aus unseren Betrieben noch diejenige von uns ganz fernstehenden Leuten tragen, nicht mehr beantworten werden.“ Eine Verhandlung der Arbeiter beschloß, den Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes (Zahlstelle Schlutup) und die Kommission zu beauftragen, sich nochmals an die Fischhülle zu wenden und derselben abermals obige Forderungen zu unterbreiten. Wenn bis zum 24. August keine befriedigende Antwort erteilt ist, wird die Arbeit zum 1. September eingestellt.

In Speyer hat am Sonntag die Wahl der Generalversammlung-Berichter zur Orts-Krankenkasse stattgefunden. Diese Wahl ist insofern bemerkenswert, als sich die „Christlichen“ Gewerkschaften mit aller Energie an der Wahl beteiligten. Aber der Liebe Mühe war umsonst. Mit 740 Stimmen siegte die Liste der freien Gewerkschaften über die der „Christlichen“, die 373 Stimmen aufbrachten.

Die Holzarbeiter in Bunjedel sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Gehältern haben folgende Forderungen gestellt: 1. Abschaffung von Kost und Logis. 2. Einführung der 10stündigen Arbeitszeit. 3. Ueberstunden sollen möglichst vermieden werden, in unabwendbaren Fällen sollen pro Stunde 10 Pf. als Lohnzuschlag gewährt werden. 4. Ein Ausgleich der Löhne soll nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse geschaffen werden.

1300 Werftarbeiter in Flensburg haben die Arbeit auf der Werft wieder aufgenommen.

Kusland.

Aus der italienischen Arbeiterwelt.

Rom, den 19. August. (Eg. Ber.)

Die starke Streikbewegung dauert fort, aber sie bestätigt die in allen Ländern gemachte Erfahrung, daß die lange dauernden Streiks selten für die Arbeiter gut ausgehen.

So hat der Streik der Gasarbeiter von Florenz nach 60tägiger Dauer mit der vollständigen Niederlage der Arbeiter endete, von denen mehrere arbeitslos bleiben, um den Streikbrechern den Platz zu lassen. Auch der Streik der Werftarbeiter von Mugliano ist gestern nach 60tägiger Dauer aufgehoben worden, ohne daß die Arbeiter anderes erlangt hätten, als die Versicherung, daß alle 1500 Streikenden wieder eingestellt werden. Dagegen dauert der Ausstand der Seidenarbeiterinnen in Flegi jetzt seit 30 Tagen fort; am 16. hat die Arbeitskammer des Ortes ein Referendum unter den Streikenden angefaßt, an dem von zitta 1000 Ausständigen 822 teilnahmen. 447 von diesen beschloßen, im Streik zu verharren, die übrigen 375 rieten zur Wiederaufnahme der Arbeit. In Gampierarena haben die Arbeiter der Salpeterminerie nach kurzem Kampfe einen Sieg errungen, ebenso die Maurer in Randuria, 300 Steinhauer in Rom.

Die Aussperrung der 1500 Metallarbeiter der Firma Ratto in Bra ist aufgehoben worden, nachdem die Arbeiter sich bereit erklärt haben, vorläufig das Produktionsminimum, das zur Grundlage des festen Tagelohnes dient, zu erhöhen. Die Firma hat aus ihren Büchern bewiesen, daß sie von dieser Erhöhung nur absehen könnte, wenn sie sich an den von Otero und der Terni geführten Eisentrast angeschlossen.

An neuen Streiks sind zu erwähnen der der Seidenweberinnen in Grottamare, die die Herabsetzung des Arbeitstages von 11 auf 10 Stunden und die Erhöhung des Lohnes von 0,75 auf 1 Lire fordern; der Streik der Bäcker in Faenza für Abschaffung der Nachtarbeit und der der Flaschenarbeiter in Livorno. Ein Landarbeiterstreik steht in der Provinz Foggia bevor. In Castellina del Livorno haben die Unternehmer 250 Arbeiter eines Alabasterbruchs ausgesperrt.

Der Streik der Textilarbeiter von Gent dauert bereits die neunte Woche und noch ist ein Ende nicht abzusehen. Die Unternehmer beharren nach wie vor auf ihrem ablehnenden Standpunkte; sie wollen die geringe Forderung der Arbeiter, die bekanntlich in der Herabsetzung der Arbeitszeit um drei Stunden die Woche (eine halbe Stunde pro Tag) besteht, nicht bewilligen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Japanische Aufträge.

Essen, 23. August. (W. G.) Dem hiesigen „Generalanzeiger“ zufolge erhielt die Firma Krupp gestern einen Auftrag von der japanischen Regierung auf schmelzige Lieferung von Panzerplatten und Geschützen für die japanische Flotte im Gesamtbetrage von 45 Millionen. In allen Betriebswerken wird Tag und Nacht gearbeitet.

Braunschweig, 23. August. (W. Z. M.) Ein Berliner überfuhr heute nachmittag mit seinem Automobil einen Knaben. Dieser starb bald darauf infolge der erlittenen Verletzungen. Der Chauffeur soll keine Schuld treffen.

Folgen einer „schneidigen“ Attacke!

Darmstadt, 23. August. (W. G.) Nach hier eingelaufenen Meldungen hat gestern nachmittag auf dem Truppenübungsplatz Senne bei Baberhorn ein bairisches Manenregiment das heftige Dragonerregiment Nr. 23 in einer scharfen Attacke überritten, so daß eine große Anzahl Mannschaften und auch der Kommandeur des heftigen Regiments getötet und zum größeren Teil verletzt worden sind. Eine große Verwirrung wurde angerichtet. Einzelheiten fehlen noch.

Vom Katholikentag.

Strasbourg i. El., 23. August. (W. Z. M.) Der heutigen dritten öffentlichen Versammlung des Katholikentages wohnten außer den Bischöfen Frigen, Bengler und Weisbichler Born von Wulach auch der päpstliche Nuntius in München, Monsignore Caputo und die Bischöfe von Speyer und Lugzburg bei. Sie wurden beim Erscheinen förmlich begrüßt. Der Nuntius richtete eine Ansprache an die Versammlung, in der er die Organisation und Tätigkeit der deutschen Katholiken als Vorbild für die Katholiken der gesamten Welt bezeichnete. Er erteilte zum Schluß den apostolischen Segen. In der Versammlung sprach unter anderem Reichstagsabgeordneter Roeren über den Kampf gegen die Unfruchtbarkeit.

Die Friedensverhandlungen.

Portsmouth (New Hampshire), 23. August. (W. Z. M.) Die Friedenskonferenz tagte heute bis 12 1/2 Uhr mittags. Am Nachmittag wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Portsmouth (New Hampshire), 23. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus). Offiziell wird erklärt, in der heutigen Vormittagsitzung seien Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Wortlauts des Protokolls entstanden. Es wurde dann beschlossen, das Protokoll im Ganzen zu verlesen und über die streitigen Punkte in der Konferenz zu entscheiden. Diese Arbeit war noch nicht vollendet, als die Mittagspause eintrat. Die Nachmittagsitzung begann um 2 1/2 Uhr.

Portsmouth (New Hampshire), 23. August. (W. Z. M.) Die Nachmittagsitzung der Friedenskonferenz dauerte 1 1/2 Stunden. Sodann wurden die Beratungen bis Sonnabend vertagt.

Portsmouth, 23. August. (W. Z. M.) Der offizielle Bericht über die heutige Beratung der Friedenskonferenz besagt, daß die Protokolle in gebührender Form unterzeichnet worden sind.

Die Parteiverfassungen,

die am Dienstag stattfanden, erfreuten sich durchweg eines guten Besuchs. Diese erfreuliche Tatsache beweist, welches Interesse die Parteigenossen Berlins den inneren Parteifragen zuwenden. Die Verhandlungen in den einzelnen Versammlungen drehten sich hauptsächlich um die Organisationsfrage. Die Vertretung auf dem Parteitag müsse auf einer gerechteren Grundlage als bisher erfolgen. Anträge des I., III. und VI. Kreises verlangten eine Delegation der Fraktion auf dem Parteitag. Der zweite Kreis hingegen beantragt, daß die Abgeordneten nur beratende Stimme haben sollen. Mit Ausnahme des dritten Wahlkreises wurde von sämtlichen Kreisen beantragt, den „Vorwärts“ als Lokalorgan der Berliner Parteigenossen zu verlangen. Allgemein wurde gewünscht, die Tagesordnung des Parteitages so zeitig zu veröffentlichen, daß besondere hierauf bezügliche Wünsche einzelner Kreise noch Berücksichtigung finden können. Außer der Organisationsfrage waren es die Punkte Waisener und politischer Massenstreik, die in einzelnen Versammlungen längere Erörterungen hervorriefen.

Nachdem wir gestern bereits einen kurzen Vorbericht gegeben haben, lassen wir nunmehr die ausführlichen Berichte folgen:

Im ersten Wahlkreis referierte Genosse O p p e l. Er beschränkte sich in der Hauptsache auf die Erläuterung des neuen Organisationsentwurfs und die Begründung der Anträge der Berliner Vertrauensleute. Zunächst begründete er den Antrag, den Punkt „Die Wandlungen der Weltpolitik und die Stellung der Sozialdemokratie“ auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen. Ferner empfahl er den Absatz 4 des § 8 zu streichen. Zu § 7 soll eine Interpretation gegeben werden, die dahin geht, daß Genossen eines nicht befehligen Kreises sich einem schwächeren anschließen dürfen. Weiter soll dem § 15 Absatz 1 hinzugefügt werden: Zur Teilnahme am Parteitag sind berechtigt: die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß auf bis 1000 organisierte Mitglieder je zwei Delegierte und auf je weitere 3000 ein weiterer Delegierter zu entsenden sind.“ Der Absatz 2 soll vollständig gestrichen werden. Jedes Mitglied der Fraktion könne sich von seinem Wahlkreis delegieren lassen, aber ein Vorrecht dürfe ihm nicht verbleiben. Zu § 18 soll ein Antrag noch hinzukommen: „Jede acht Tage vor dem Stattfinden des Parteitages hat sich der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu werden.“ Damit soll erreicht werden, daß die Wünsche der Kreise in bezug auf die Tagesordnung des Parteitages noch berücksichtigt werden. Die §§ 28 und 29, welche dem Zentralorgan der Partei handeln, sollen fortfallen und ersetzt werden durch Einfügung folgenden Absatzes: Publikationen des Parteivorstandes. „Die Bekanntmachungen des Parteivorstandes sind den offiziellen Parteiorganen zuzustellen, und sind diese verpflichtet, sie wortgetreu an der herausragenden Stelle des reaktionellen Teiles zu veröffentlichen.“ Weiter empfahl O p p e l der Versammlung, sich gleichfalls dahin zu entscheiden, daß die Paragraphen vom Schiedsgericht und Ausschluß an letzter Stelle des Statuts Aufnahme finden. Im weiteren Verlauf seines Referates beleuchtete der Redner die Wichtigkeit der einzelnen Tagesordnungspunkte. In der Diskussion begründete Dr. P r o h zunächst einen von ihm eingebrachten Antrag folgenden Wortlautes: „Der erste Wahlkreis wolle beim Parteitag beantragen, daß der Parteitag Abhilfe schafft gegen das Verhalten der „Leipziger Volkszeitung“, durch das die Partei fortgesetzt geschädigt wird.“ P r o h führte aus, daß der Antrag besonders interessierten müsse, da der „Vorwärts“ am meisten angegriffen sei. Jedes Wort, das der „Vorwärts“ schreibe, gelte bei den Genossen als bare Münze, die „Leipziger Volkszeitung“ greife ihn aber in der gefährlichsten Weise an, wie es kaum die Gegner tun. In ausführlichen Erörterungen kam P r o h auf die Kaiserinsejessare, den Blödsinnprozeß, die Sühnelust und den Artikel der „Leipz. Volksztg.“: „Seht hier das Trauerspiel der kalten Bosheit“ zu sprechen, daß ihn der Vorsitzende zur Kürze mahnte. Es seien nur persönliche Angriffe von Wehring und Jaech, erklärte P r o h, deshalb dürfe man diese Leute nicht in leitenden Stellungen lassen. Auch die Vergangenheit Wehrings und Jaechs zog P r o h heran. Man könne ja Wehring eine Pension lassen, wie es eine republikanische Regierung mit einem abgesetzten General tue. Als Privatgenosse könne er schreiben was er wolle. Die Ausführungen P r o h s fanden keine Zustimmung. Die H e l e r forderte die Versammlung auf, den Antrag abzulehnen, da die Sache durch den Bericht des Parteivorstandes erledigt würde. W o h n sprach für die Anträge der Vertrauensleute und wandte sich dann gegen P r o h. Man dürfe nicht soweit gehen, eine Zensur auszuüben zu wollen. Die Entgleisungen billige er auch nicht, aber sie würden durch solche Anträge nicht aus der Welt geschafft. Man müsse den Organen doch zugute rechnen, daß sie glauben, im Interesse der Partei zu handeln, wenn sie Kritik üben. Die Genossen würden sich das Recht der Kritik auch nicht nehmen lassen. P r o h erwiderte, die „Leipz. Volksztg.“ untergrabe die Disziplin in der Partei. Wenn die Partei das Geld gebe, brauche sie solchen Leuten nicht die Ratsmittel zu lassen, sie zu schädigen. O p p e l wandte sich ebenfalls gegen P r o h. Vom Parteivorstand seien Schritte eingeleitet worden, außerdem hätten die Parteimitglieder kein Mittel als den Ausschluß. Die Leipziger besäßen doch das Recht, ihre Redakteure selbst zu wählen. Wenn P r o h gegen Wehring vorgehen wollte, könnte er ja den Ausschlußantrag stellen. Der vorliegende Antrag sei nicht geeignet, der Partei irgendwie zu dienen. W o l d e r s k i meinte, man könne die Leipziger beneiden, daß sie sich einen solchen Ton leisten können, während man in Berlin alles mit geheimräthlicher Methode behandle. Er beantragte Uebergang zur Tagesordnung. Die H e l e r erklärte, man könne der „Leipz. Volksztg.“ nicht den Vorwurf der Unwahrheit machen, wie es P r o h getan habe. Genosse Wehring sei der prinzipiellste Sozialdemokrat. G u t t m a n n beantragte Schluß der Debatte über den Antrag und fand damit allgemeine Zustimmung. In der weiteren Diskussion polemisierte K a l i s k i gegen W o l d e r s k i. Der „Vorwärts“ nehme durchaus keine „heimtückliche“ Stellung ein, sondern habe in allen Fragen einen fest umrissenen Standpunkt gewahrt. Einzelnen Stänkern habe es gefallen, den „Vorwärts“ bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten anzugreifen, darum habe er sich allerdings nicht gekümmert. Verleumdungen und Kränkereien aus persönlichen Motiven habe der „Vorwärts“ ignoriert.

W o l d e r s k i fand die Erregung K a l i s k i s deplaziert. Der „Vorwärts“ nehme vielfach erst Stellung, nachdem sich die übrigen Parteiblätter geäußert hätten. Auch die einheitliche Stellung lasse zu wünschen übrig, wie die Erklärung der drei Redakteure beweise. Der Antrag der Vertrauensleute, welcher den „Vorwärts“ zum Lokalblatt wünsche, sei deshalb sehr am Platze. P r o h warf W o l d e r s k i „Mäuschen“ vor, welchen Ausdruck der Vorsitzende als gegen den „guten Ton“ zurückwies. T ä t e r o w ist der Ansicht, daß man vielfach den Ton kritisiere und ihn selbst anschlage. Zur Stellung des „Vorwärts“ bemerkte er, daß dieser manchmal nicht anders handeln könnte. Die darauffolgende Abstimmung über die einzelnen Anträge ergab die Annahme derselben gegen vereinzelte Stimmen. Der Antrag „Publikationen des Parteivorstandes“ fand einstimmige Annahme, ebenso der Wunsch, die Paragraphen des Schiedsgerichtes an den Schluß des Statuts zu setzen. Letzteres fand dann als Ganzes einhellige Zustimmung. Ueber den Antrag P r o h wurde gegen eine Stimme zur Tagesordnung übergegangen. Die Versammlung entschied sich hierauf, nur zwei Delegierte zu entsenden. Von den vorgeschlagenen Genossen nahmen W o l d e r s k i und W o l z m a n n an und wurden nebst G e l s als Ersatzmann gewählt.

In der gut besuchten Generalversammlung des Wahlvereins für den zweiten Kreis hielt Richard Fischer das einleitende

Referat. Eine Aenderung der Tagesordnung erübrige sich seiner Ansicht nach, weil die Parteitage in erster Linie zur Kontrolle der Partei und zur Prüfung resp. Festlegung der Taktik da seien. Alles dieses werde aber in der diesjährigen Tagesordnung genau so wie in den früheren zur Genüge berücksichtigt. Es sei nun ja beantragt — gewissermaßen um die Tagesordnung nach außen hin agitatorisch anziehender zu machen —, das Thema „Weltpolitik“ auf dem Parteitag zu behandeln. Doch halte er das für überflüssig, weil zur Erörterung der veränderten weltpolitischen Lage bei der Debatte über den Massenstreik Spielraum genug gegeben sei. Bei dieser Gelegenheit könne auch gleichzeitig eine eingehende Kritik an Haupt und Gliedern der Partei vorgenommen werden. Die Frage des politischen Massenstreiks wie auch der Waisener werden auch zu behandeln sein unter den Gesichtspunkten einer Prüfung unserer Waffen, ob sie noch brauchbar oder zu scharf seien, und ferner des Verhältnisses zwischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Auch ihm scheine die Pflege des sozialistischen Gedankens in den Gewerkschaften, die Durchbringung der gewerkschaftlichen Agitation mit dem sozialistischen Geiste etwas vernachlässigt. Es sei nicht möglich, daß die Gewerkschaften getrennt oder gar im Gegensatz zur Partei marschieren. In Deutschland sei eine starke Gewerkschaftsbewegung ohne die Partei eben nicht denkbar. Auch die Gewerkschaften hätten notwendigerweise das Ziel: Verbreitung des Systems der kapitalistischen Lohnarbeit! Sollte dieses Ziel zurzeit auch etwas in den Hintergrund gerückt sein, so müsse doch auch geprüft werden, ob nicht und inwiefern die Partei selbst hierbei eine Schuld trage, ob nicht beide Teile bei der ständigen Kleinarbeit die so notwendige Fühlung miteinander bis zum gewissen Grade verloren hätten, und daher die jegige Spannung komme. Diese Fühlung müsse beiderseits wieder hergestellt werden, dann verschwinde alles Gerede von Gegensätzen zwischen Partei und Gewerkschaften ganz von selbst. Vor allen Dingen sei es erforderlich, auf dem Parteitag die strittigen Fragen nicht unter dem Gesichtspunkt des Angriffes auf die Anklagen gegen die Gewerkschaften oder einzelne Führer zu behandeln. Leider müsse man jetzt wieder die Erfahrung machen, daß von einzelnen Genossen z. B. die Frage des Massenstreiks wieder zu einem direkten Glaubensbekenntnis gestempelt werde, obwohl die Frage noch in keiner Hinsicht geklärt sei. Schon die bisherige Massenstreiksdebatte in der Presse habe bereits zum Ueberdruß gezeigt, wie eifrig verschiedene Leute an der Arbeit seien, bei dieser Angelegenheit wieder einmal die Partei „vor der Versumpfung zu retten“, und sich bemühen, daß für und Wider dieser Frage mit der Frage der Gefinnungstüchtigkeit in Verbindung zu bringen. Ebenso wie es eine Torheit wäre, sich gegen die Diskussion der Massenstreiksdebatte zu wenden, ebenso kurzfristig sei es, jeden Nichtbefürworter der Propaganda dieser Idee von vornherein als einen minder tüchtigen Genossen zu schelten. Gerade nach dem Studium der zweifellos sehr lesenswerten Moland-Holtschens Broschüre könne man über die Anwendbarkeit des Massenstreiks als politisches Demonstrationsmittel überhaupt noch stärkere Bedenken hegen wie vorher. (Redner belegte dies durch verschiedene Zitate aus der Broschüre.) Man müsse damit rechnen, daß, wenn wir den Gegnern zu einer wirklichen Gefahr werden, diese auch rückwärts alle ihr zu Gebote stehenden Nachmittel gegen die Arbeiterklasse anwenden werden. Aber gerade deswegen sei eine erneute Prüfung unserer Waffen notwendig, sollen wir anders die historischen Aufgaben der Partei erfüllen. Redner besprach dann kurz den Organisationsentwurf und die dazu vorliegenden Anträge. Er hielt es für eine Konsequenz der neuen Organisationsgrundlagen, daß die Wahlkreise entsprechend ihrer inneren Stärke auf den Parteitag zu vertreten seien; für die Entsendung einer Delegation der Reichstagsfraktion jedoch könne er sich nicht erwidern. Da sei es schon logisch richtiger, der Fraktion überhaupt das historische, aus der Sozialistengehigkeit herrührende Recht der Teilnahme an den Parteitag zu nehmen, als nach dem Muster des bekannten humanen Mannes zu verfahren, der seinem Hunde den Schwanz stückweise abbaute, damit es ihm auf einmal nicht zu wehe tun sollte. Redner, der als Referent der Vorbesprechung der Bezirksführer-Versammlung auch den Antrag der Berliner Vertrauensleute zu vertreten hatte, den „Vorwärts“ zum ausschließlichen Berliner Lokalorgan zu machen, wandte sich nach Darlegung der hierfür maßgebenden Gründe der Berliner Vertrauensleute gegen diesen Antrag, vor allem auch gegen die Art, einen solchen Antrag ohne Mitwirkung und Beratung des Parteivorstandes einzubringen; wenn er auch die Motive der Vertrauensleute, einen selbständigen Einfluß der Berliner Genossen auf die Parteiblätter auszuüben, wie das in allen anderen Orten üblich, wohl verstehe und zu würdigen wisse, so frage sich doch: Welchen Nachteil habe das bisherige Verhältnis denn schon für die Berliner Genossen gehabt? Durch Einrichtung der Bezirkskommission sei den Berliner doch ihr Einfluß auf die Haltung des „Vorwärts“ völlig gesichert und es liege nur an dieser, ihren Einfluß geltend zu machen. Eine Handhabe, der Redaktion künftig eine bestimmte Meinung vorzuschreiben, hätten die Berliner Genossen auch nicht, wenn der „Vorwärts“ seines Charakters als Zentralorgan entleidet und gleich allen übrigen Wätern Lokalorgan würde. Alle Artikel eines Blattes, ganz gleichgültig, welches Partei-Organ man nehmen wolle, gäben mehr oder weniger die subjektive Meinung des betreffenden Redakteurs wieder; und das sei auch ganz natürlich, denn ein Redakteur könne sich die, vielleicht binnen kurzem wechselnde Meinung der Genossen eines Ortes nicht einfach nach Belieben aufkommandieren lassen. Es müßten schlechte Redakteure sein, die sich vor Abfassung eines Artikels erst immer nach der Meinung der Genossen erkundigen, und er könne nur wünschen, daß die Berliner zu solchen unwürdigen Bedingungen überhaupt keine Redakteure beständen. Was aber die finanzielle Seite der Umwandlung des „Vorwärts“ in ein Lokalblatt anbelange, so glaube er sicher, daß, wenn die Berliner Genossen das ausschließliche Verfügungsrecht über die durch das Geschäft erzielten Ueberschüsse hätten, sie womöglich bestrebt seien, noch mehr Gelder an die Parteikasse abzugeben, als wie das jetzt unter der Regie der Gesamtpartei geschehe. Wenn auch den Berliner Genossen die Verwaltung und Kontrolle des lediglich von ihnen so stabil fundierten „Vorwärts“ durch die Gesamtpartei als lästig und gewissermaßen rechtswidrig empfunden werde, so sei doch ein Zentralorgan für die Partei notwendig, und das könne nach Lage der Sache eben nur der „Vorwärts“ sein. Immerhin sei es ja möglich, daß durch den Antrag der Vertrauensleute auf dem Parteitag eine den Berliner Wünschen mehr Rechnung tragende Regelung der Angelegenheit herbeigeführt werde.

Von einer Diskussion über den Vortrag Fischers wurde abgesehen.

Es gelangten hierauf die vorliegenden Anträge zur Besprechung und Abstimmung. Der Antrag der Vertrauensleute auf Streichung der §§ 28 und 29 des Parteistatuts (betreffend den „Vorwärts“ als Zentralorgan) wurde sobann ohne Debatte fast einstimmig angenommen. An deren Stelle wird folgender Passus gewünscht: Publikation des Parteivorstandes. „Die Bekanntmachungen des Parteivorstandes sind den offiziellen Parteiorganen zuzustellen, und sind diese verpflichtet, sie wortgetreu an der herausragenden Stelle des reaktionellen Teiles zu veröffentlichen.“ Zu einer längeren Debatte kam es nur bei den Anträgen, die auf eine teilweise Vertretung der Fraktion auf den Parteitag abzielten. An der Aussprache darüber beteiligten sich die Genossen K i e d l i n g e r, S t a d t h a g e n, G r o m a n n, D o s m a r, G e n s e l, F ä h n d r i c h und W u r m. Für G e n s e l war der Kostenpunkt maßgebend, gegen die Anwesenheit der ganzen Fraktion auf dem Parteitag zu votieren. D o s m a r wandte sich gegen die Ansicht Fischers von der Ausschaltung der ganzen Fraktion durch den Hinweis darauf, daß doch auf jedem Parteitag Bericht über die parlamentarische Tätigkeit erstattet werden müsse, den naturgemäß kein anderer geben könne, als ein Mitglied der Fraktion. Trotzdem halte

auch er die Anwesenheit einer Delegation der Reichstagsabgeordneten für durchaus genügend. Ihm widerspricht S t a d t h a g e n, der gleichzeitig den Antrag stellte, daß Abgeordnete, soweit sie nicht Delegierte seien, auf den Parteitag nur beratende Stimme haben dürften. Dieser Antrag wurde schließlich angenommen, die anderen Anträge dagegen abgelehnt. Zur Annahme gelangte noch der Antrag zu § 5: Die Wiederaufnahme eines aus der Partei ausgeschlossenen kann nur durch den Parteivorstand erfolgen. Vertagung an den Parteitag ist zulässig. Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag, dem § 18 folgenden Passus einzufügen: „Mindestens vierzehn Tage vor dem Stattfinden des Parteitages hat sich der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu werden.“ Ein von der Bezirksführer-Konferenz zur Annahme empfohlener Antrag, auf die Tagesordnung des Parteitages „Die Wandlungen der Weltpolitik und die Stellung der Sozialdemokratie“ zu setzen, wurde dagegen abgelehnt.

Nach der sodann vorgenommenen Delegiertenwahl erfolgte gegen 11 Uhr Schluß der Versammlung.

Die Parteiverfassung des dritten Kreises in den Arminhallen erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Genosse H o c h ging in seinen einleitenden Ausführungen des näheren auf die Tagesordnung des kommenden Parteitages ein. Das schon seit Jahren vorhandene Bestreben nach einer festeren Organisation der Partei habe zu dem vorliegenden Entwurf des Organisationsstatuts geführt. Bereits der Parteitag in Mainz habe einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt. Eine Verständigung über die Organisationsfrage sei jedoch auch auf dem Bremer Parteitag nicht erzielt und die ganze Materie einer Kommission überwiesen worden, deren Entwurf nun den Parteigenossen vorliege. Dieser bilde wohl den Hauptgegenstand der Tagesordnung des Parteitages. Was die Waisener anlange, so könne diesmal doch die Angelegenheit nicht mit einer Resolution erledigt werden, umsoweniger, als der Gewerkschaftslongren keine Lösung dieser Frage brachte und der Parteitag nicht mit Stillschweigen über die auf jenem Kongreß zutage getretenen Anschauungen hinweggehen könne. Die Frage des politischen Massenstreiks bewege schon seit Jahren die Gemüter und werde auf dem Parteitag sicher eine glückliche Lösung finden.

Zur Tagesordnung des Parteitages lagen zwei Anträge der Berliner Vertrauensleute vor, dahingehend, dieselbe durch folgende Punkte zu erweitern: Wandlungen der Weltpolitik und die Stellung der Sozialdemokratie; Arbeiterversicherung.

Nach kurzer Begründung durch Genossen H o c h erfolgte die Annahme dieser Anträge.

Ein weiterer Antrag: „Die Alkoholverfrage auf die Tagesordnung des Parteitages für 1906 zu setzen“, wurde begründet vom Genossen M ä l l e r. Wohl habe der Parteitag in Bremen einhellig der Parteipresse nahegelegt, sich mehr mit der Alkoholverfrage zu beschäftigen. Leider sei dieselbe in ihrer großen Mehrzahl diesem Wunsche nicht nachgekommen. Es sei naiv, wenn Stadthagen auf der Riederbarnumer Kreisversammlung diese Sache mit dem Aushuf- und Adenschluß auf eine Stufe stelle. Die gezielte Regelung des Adenschlusses hänge eben nicht von uns allein ab. (Sehr richtig!) Es sei bedauerlich, daß in Elsh eine parteigenössliche G. m. b. H. den Genossen empfiehlt, Karl Marx Wein zu trinken! Karl Marx als Eiszeit auf Weinflaschen — das sei unerhört. Er empfehle Annahme des Antrages.

K a h l e n stimmt dem Vortredner zu. Zweifellos spiele der Alkohol eine kolossale Rolle. Seiner Ueberzeugung nach seien Arbeiter, die dem Alkoholismus verfallen, für die Partei verloren. Diese brauche Mitglieder, die jederzeit geistig rege und schlagfertig seien. Bei Alkoholisten würden diese Eigenschaften nicht zu finden sein.

Der Antrag wird angenommen.

Zum § 2 stellt Genosse J o n a s den Antrag: Der Parteitag möge den Begriff ehelos im Statut näher definieren.

Begründend führte der Antragsteller aus, daß eine Deklaration des Begriffes ehelos, unter dem man alles Mögliche subsumieren könne, notwendig sei.

F r ö h l i c h erhebt ein Ablehnung des Antrages. Jede Versammlung werde in vorkommenden Fällen entscheiden können, ob eine Handlung ehelos sei oder nicht.

W ä h l e bedauert den Antrag, der den Parteitag provozieren. Jeder anständige Mensch wisse was ehelos sei. Der Parteitag sei zu solchen Erklärungen nicht da.

G e h r m a n n stimmt Jonas zu. Vielfach würden von der Staatsgewalt Handlungen für ehelos erklärt, die von uns gegenteilig bewertet würden und umgekehrt. Er erinnere nur an den Streik- und Postlosthbruch. Der Antrag sei berechtigt.

H o c h schließt sich den letzteren Ausführungen an. Es sei nicht so einfach, das Schicksal eines Parteigenossen einer Vollversammlung anzuvertrauen. Zur Erhöhung der Rechtsgarantie sei die Erläuterung dieses Kaufschlußparagraphen erforderlich.

Die Genossen K ü d i g e r und S t e i n c k e wenden sich ebenfalls lebhaft gegen den Antrag.

J o n a s betont, daß der Begriff ehelos wohl definiert werden könne und müsse. Injere Weltanschauung sei eben eine andere als die der bürgerlichen Gesellschaft. Es müsse klar und deutlich gesagt werden, was wir wollen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu § 8 des Organisationsentwurfes liegen folgende Anträge vor: Anträge J o n a s: Die A u s s c h l u ß b e s t i m m u n g e n am Ende des Statuts zu bringen. Der Verzicht des Schiedsgerichts erst ein Vorverfahren vorangehen zu lassen; ferner: der Vertrauensleute: Den Absatz 4 gänzlich zu streichen.

An der lebhaften Debatte beteiligten sich die Genossen J o n a s, M ä l l e r, K r ä d e r, W u s c h i d und W a d h ä u s e r.

Die Anträge J o n a s und der Antrag der Vertrauensleute wurden angenommen.

Zum § 5 stellt Genosse W u s c h i d den Antrag: Die Wiederaufnahme eines aus der Partei ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag auf Antrag einer Organisation erfolgen. Jedoch muß die Organisation, auf deren Antrag er ausgeschlossen ist, vorher gehört werden. Begründend führte der Antragsteller aus, daß dies Verlangen einfach selbstverständlich sei. Dem Parteitag sei doch eine eingehende Prüfung aller jener Verhältnisse, die den Ausschluß herbeiführten, nicht wohl möglich. Anders sei die Sache, wenn ihm gesichtetes Material seitens der ausschließenden Organisation, die gehört werden müsse, vorgelegt werde. Man bedenke nur den Fall, daß ein Spigel, der in Berlin ausgeschlossen worden sei, nach Süddeutschland gehe, dort einer Organisation beitreten wolle, um sein altes unauferbares Handwerk wieder aufzunehmen. Dem müsse vorgebeugt werden.

W a d h ä u s e r wünscht Ablehnung des Antrages, und an Stelle des Parteitages den Parteivorstand zu setzen.

Der Antrag W u s c h i d wurde angenommen.

Ein Antrag der Vertrauensleute zum § 7 verlangt vom Parteitag eine Definition des Wortes „zwingende“ Gründe.

Nach einer kurzen Begründung durch H o c h erfolgt die Annahme dieses Antrages.

M ä l l e r beantragt: Die Vorstandsmitglieder als Vertrauensleute zu wählen. H o c h wendet sich gegen diesen Antrag, der nicht hierher gehöre. M ä l l e r antwortet, daß er diesen Antrag nur aus O p p a s i t i o n gestellt, weil den Genossen keine Gelegenheit gegeben worden sei, sich über die Berliner Reorganisation auszusprechen. Der Antrag wird zurückgezogen.

Frei beantragt den § 8 zu streichen, da die Genossen in Preußen sich voraussichtlich zu einer Landesorganisation nicht zusammenschließen werden.

Wachhäuser spricht gegen den Antrag, der abgelehnt wird.

Zur Annahme gelangt ein Antrag der Vertrauensleute: daß Delegierte der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen mit der Einschränkung zu entsenden sind, daß auf 1000 organisierte Mitglieder zwei Delegierte, und auf je weitere 3000 ein weiterer Delegierter kommt.

Bezüglich der Fraktion beantragen die Vertrauensleute, 25 Proz. derselben als Vertretung auf dem Parteitag zuzulassen.

Nach längerem Hür und Wider fand der Antrag der Vertrauensleute Annahme.

Ein weiterer Antrag der Vertrauensleute zum § 18 Absatz 2: „Bis zu 8 Tage vor Stattfinden des Parteitages hat der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu werden“, wird nach kurzer Debatte angenommen.

Zu lebhafter Diskussion gab ein Antrag der Vertrauensleute bezüglich des „Vorwärts“ als Zentralorgan Anlaß.

Als erster Redner gegen diesen Antrag sprach Genosse Wättner. Er könne nicht einsehen, warum hier eine Aenderung eintreten solle. Was sei vorgefallen, um einen solchen Antrag zu rechtfertigen? Die Berliner haben den Einfluß auf den „Vorwärts“ in weitgehendem Maße (Widerpruch). Sie brauchen nur die geeigneten Leute in die zuständige Kommission zu wählen. Nun werde behauptet, daß die Haltung des „Vorwärts“ sich mit der Meinung der Berliner Genossen nicht decke und diese im „Vorwärts“ nicht zum Ausdruck komme. Was sei aber nun die Meinung der Parteigenossen? Und sei sie etwas Bestehendes? Es erscheine doch fraglich, ob die Meinung der Vertrauensleute wirklich auch die Meinung der Genossen sei. Das alles seien keine Gründe zu einer solchen einschneidenden Aenderung. Würde dem „Vorwärts“ der Charakter als Zentralorgan genommen, so bedeutete dies keine Besserung, wohl aber würde eine Schädigung des Blattes die Folge sein. Er bitte um Ablehnung des Antrages.

Erklärer findet denselben als durchaus begründet. Die Berliner wollen ihr eigenes Blatt gleich den Genossen in der Provinz. (Lebhafte Zustimmung.) Parteivorstand und Kontrollkommission hätten stets die Majorität gegenüber der Preschkommission. Das Blatt verliere nichts, wenn es den Titel „Zentralorgan“ nicht mehr führe.

Müller hält die Sache für zu wenig geklärt. Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Maas: Genosse Wättner habe den Anschein zu erwecken versucht, als wenn das Ansehen des „Vorwärts“ sinken könnte, wenn er nicht mehr Zentralorgan, sondern Blatt der Berliner Genossen würde. Wenn er meine, daß deshalb der „Vorwärts“ von den Gegnern beachtet werde, weil er Zentralorgan sei, so verwechsle er Ursache und Wirkung. In Berlin sei der Vorschlag der Arbeiterklasse und aus diesem Grunde müßten die Gegner eben auf das Berliner Parteiblatt Bezug nehmen. Er sehe daher keinen Grund dem Antrag die Zustimmung zu versagen. Dieser Schritt sei ganz gut und geeignet, künftigen und teuren Experimenten die Spitze abzubrechen. Er würde neben dem Zentralorgan ein Lokalblatt, so entständen doppelte Kosten. Der bisherige Zustand sei eine Verschwendung der Berliner gegen die Provinz. Die Meinungsverschiedenheiten in der Redaktion hätten keine Bedeutung. Das seien eben geistige Kämpfe, die ausgefochten werden müßten. Natürlich nicht in der Weise, daß man einen Teil der Redakteure herauswerfe. Das meine er nicht. Die prinzipiell Festen werden eben stehen. Die Geschäfte könnten nicht so geführt werden, daß die Redakteure ständig wechseln. Innerhalb der Redaktion würden sich schließlich die Meinungen wandeln, klären und die Masse günstig beeinflussen. (Beifall.)

Der Antrag wurde mit großer Majorität angenommen.

Zum Punkt Raifeier beantragt Kräcker gebundenes Mandat der Delegierten für absolute Arbeitsruhe. Es wird demgemäß beschlossen.

Ein Antrag der Genossen Masche und Müller: Der diesjährige Parteitag solle beschließen, auf die Tagesordnung des nächsthöchsten Parteitages zu setzen: „Erziehung der Jugend“ ersetzt nach eingehender sachlicher Begründung durch Masche die Zustimmung der Versammlung.

Damit waren die Anträge zum Parteitag erschöpft. Die Wahl der Delegierten zum Parteitag fiel, wie bereits gemeldet, auf die Genossen Busch, Fiegner und Wättner.

Die Genossen des vierten Berliner Wahlkreises, etwa 1000 an der Zahl, hatten sich im großen Saal von Kestler, Koppentstraße, versammelt. Genosse Vasner hielt das einleitende Referat. Er betonte die hohe Bedeutung des bevorstehenden Parteitages im Hinblick auf die Frage der Organisation, die namentlich von den ständig im Kleinkampf stehenden Genossen besonders empfunden werde. Wenn zur Tagesordnung beantragt sei, die Westpolitik als besonderen Punkt zu behandeln, so meine er, daß der Parteitag nicht dazu da sei, Paradespede zu reiten, sondern dazu, die inneren Organisationsverhältnisse zu festigen und Mittel und Wege zu suchen, die erträglichen, überall der heutigen Gesellschaft kampfbereit entgegenzutreten zu können. Gewiß mögen die Verhältnisse in Rußland, in Norwegen etc. Anlaß zu Erörterungen bieten; soweit ein Bedürfnis dazu vorliege, könnte das aber unter anderen Punkten, so zum Beispiel beim parlamentarischen Bericht, mitgemacht werden. Zum Parteivorstandsbereich, der noch nicht vorliege, lasse sich ja nichts sagen, inwiefern meine er, daß der Parteivorstand ein bischen aktionsfähiger nach außen sein sollte. Die vorhandenen Arbeitskräfte würden ja wohl voll in Anspruch genommen; nun, dann verstärkte man eben den Vorstand, wenn die Kräfte nicht ausreichten. Der Vorstand hätte die Initiative ergreifen können in bezug auf einen durchgreifenden Arbeiterklub, wenn er sich auch darauf berufen könnte, daß die von der Partei früher aufgestellten Forderungen immer noch nicht erfüllt seien und heute noch beständen.

Die Erörterung der Frage der Raifeier habe jetzt schon gezeigt, daß mancher Gewerkschaftsführer (z. B. v. Elm) fähig werde über den Weg, den eine Anzahl Gewerkschaften einzuschlagen drohen. Andererseits seien aber auch die Mitglieder der Gewerkschaften, wie verschiedentlich hervortrete, durchaus nicht einverstanden mit den Ausführungen der Gewerkschaftsführer, die die Raifeier zu einem Rechenexempel machen wollten. Tatsächlich habe die Feier durch Arbeitsruhe an Stärke zugenommen und sie werde sich noch mehr einleben. Klipp und Nar müsse der Parteitag erklären, daß die Raifeier durch Arbeitsruhe behauptet sei. Ueber den politischen Massenstreik, über den man schon Vorträge, für und gegen, gehört habe, brauche er sich nicht weiter verbreiten. Nur meine er, und eine große Anzahl Genossen meint es mit ihm, daß ein Massenstreik nur möglich sei, wenn eine tatkraftige und vollkommene Organisation vorhanden wäre und die Mitglieder der Organisation voll und ganz wüßten, was sie zu tun hätten sowie daß ein Massenstreik nicht bei jeder beliebigen Gelegenheit in Anregung gebracht werden dürfte. Uebrigens sei es wohl ein gut Teil Wortklauberei, wenn man jetzt den Unterschied zwischen einem Generalstreik und einem politischen Massenstreik mache.

Zu dem Punkte: „Neuorganisation der Partei“, erörterte Redner die schon bekannt gewordenen und bereits im Wahlverein IV (Südost) diskutierten Anregungen zur Abänderung des Statutenentwurfs der Vorberathungskommission.

Es wurde dann zunächst in eine allgemeinere Diskussion eingetreten, nachdem die Anträge zum Parteitag verlesen worden waren.

Genosse Jensch befragte unter Hinweis auf den Fall Hendrich vom letzten Parteitag den Antrag vom Südosten, wonach die Kosten der Delegationen von den Genossen des Kreises zu tragen wären und alle Mandate unübtig seien, deren Kosten aus den persönlichen Mitteln der Delegierten bestritten werden.

Genosse Unger ist nicht für eine Vergrößerung des Parteivorstandes. Dagegen wären in den einzelnen Bezirken tüchtige Agitatoren und Organisatoren hinzuzustellen, denen die Mittel zum Leben zu geben seien. Eine endgültige abschließende Regelung der Frage der Raifeier erscheint dem Redner recht schwierig. Wenn man beschließen würde, unter allen Umständen sei der 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, dann würde es dahin kommen, daß immer die Organisierten auf Pfahler geworfen würden und schließlich keine Opfer mehr bringen könnten. Nun besetze ja der Beschluß, daß die Arbeitsruhe da einzutreten habe, wo es möglich wäre. Das sei dann so ausgelegt worden, daß das einzelne Individuum, das da glaube, es sei nicht möglich, es für sich auch nicht nötig hielt, zu feiern. Ebenso ging es mit den einzelnen Werkstätten. So dürfte es aber nicht sein. Auf dem Gewerkschaftslongue hätte man ein gewisses Tatgefühl haben und den Parteibeschlüssen Rechnung tragen müssen. — Er sei Gegner des Generalstreiks und auch Gegner der Propagierung des Massenstreiks, was übrigens dasselbe sei. Man werde diesen nicht aufhalten können, wenn die Situation explosiv dazu führe; ihn aber vorzubereiten, sei ein Konsens. — Für die Aufhebung des Vorrechts der Fraktion zur Teilnahme an den Parteitagen sei er durchaus. Der Parteivorstand sei groß genug und habe stets Fühlung mit der Fraktion. Er könne die Wünsche der Abgeordneten auf den Parteitagen mit vertreten.

Genosse v. Voeglich findet es bezeichnend für unsere Parteiverhältnisse, daß die Anregung, die „Westpolitik“ als selbständigen Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, zu einer größeren Diskussion Anlaß gegeben habe, wo auf der einen Seite die sogenannten Revolutionäre, auf der anderen die sogenannten Revisionisten ständen. Er sei weder das eine noch das andere, sondern lediglich Sozialdemokrat und meine, daß man allerdings über diese Frage der Erweiterung der Tagesordnung verschiedener Meinung sein könne. Die Angelegenheit hätte sehr wohl, wenn man die weltpolitische Situation in allen ihren Beziehungen und Neuerungen in Betracht ziehe, eine selbständige Behandlung auf dem Parteitage verdient. Immerhin möge man sie auch unter einem anderen Punkte mit behandeln. — Eine Vergrößerung des Parteivorstandes verlange Vasner mit Recht. Was habe denn die Gewerkschaften groß gemacht? Man habe, stets folgend den drängenden Anforderungen, Beamte angestellt in Halle und Jülich. Denselben Weg müsse die Partei betreten. Der Apparat der angestellten Parteibeamten müsse vergrößert werden. Einen Schritt dazu habe übrigens schon der vorige Parteitag gemacht, indem er die Anstellung von Parteiführern zuließ. — Bei der Frage der Raifeier wäre es angebracht, den Gewerkschaftsbeamten, die nun einmal die Verantwortung tragen, mindestens zuzubilligen, daß die von ihnen vorgebrachten Gründe gegen die Raifeier ehelicher Natur seien. Und man möge nicht immer von Bureaunkräften reden und davon, daß die Leute nur auf dem Geldbeutel fäßen etc. Anerkannt werden müßte, daß bei der Raifeier die Gewerkschaftsführer doch die ungleich größere Verantwortung hätten. Einzelne Lokalverwaltungen seien durch Ausperrungen nach einer Raifeier tatsächlich so geschädigt gewesen, daß sie längere Zeit daran zu laborieren hätten. Die Gewerkschaftsführer hätten wohl ein Recht, zu fragen, ob es der Mühe wert sei, die Kassen so zu entlösen. Man könne gegenteiliger Meinung sein und brauche doch nicht anderen unehrliche Motive unterzuschreiben. — Die Frage des Massenstreiks sei noch nicht genügend geklärt. Sie müsse deshalb diskutiert werden. — Die Teilnahme der Fraktion am Parteitag, wie sie § 15 des Organisationsentwurfs wieder vorsehe, sei nicht zu beanstanden.

Zu dem Antrag, die §§ 28 und 29 des Entwurfs zu streichen, wodurch dem „Vorwärts“ der Charakter des Zentralorgans genommen werden soll, bemerkte Redner, daß durch eine solche Umwandlung in ein Lokalblatt im großen und ganzen nichts geändert würde. Sache der Berliner Parteigenossen wäre es, sich genügenden Einfluß zu verschaffen.

Genosse Hackbusch begründete darauf in eingehender Weise die Anträge, die von den Vertrauensleuten ausgehen. Was speziell die Anträge auf Streichung der §§ 28 und 29 angehe, so sei es der Wunsch der Berliner, den „Vorwärts“ als Lokalorgan zu haben. Heute, wo er Zentralorgan sei, wäre es ausgeschlossen, daß den Wünschen der Berliner Rechnung getragen werde. In der Provinz könnten die Genossen über ihr Blatt verfügen, in dem großen Berlin mit der großen Zahl Sozialdemokraten sei man außerstande, einen größeren Einfluß auszuüben. Das müßte anders werden. Wenn die Preschkommission Einfluß hätte, dürfte es nicht vorkommen, daß vier Redakteure einen Artikel aufnehmen und sich dann drei dagegen erklärten. In dem Berliner Blatte müßte geschrieben werden, wie es den Berlinern passe.

Es trat nun bei schon erheblich vorgeführter Zeit Schluß der allgemeinen Diskussion ein und es wurden die einzelnen Anträge noch einmal speziell durgegangen und darüber abgestimmt.

Abgelehnt wurde der Antrag, den Absatz 4 des § 8 des Entwurfs zum Organisationsstatut zu streichen. Angenommen wurde, daß als Absatz 3 dem § 4 hinzuzufügen sei: „Wer wesentlich falsche Beschuldigungen gegen die Parteigenossen erhebt und sich dem Schiedsgericht nicht stellt, gilt als aus der Partei ausgeschlossen.“ Zu § 7 soll den Delegierten mit auf den Weg gegeben werden, daß die Definition der „jüngenden Gründe“ gemäß § 7 dahin zu gehen habe, daß sich ein Genosse aus einem stärkeren Wahlkreis in dem benachbarten schwächeren Kreis organisieren könne. Ein weiterer angenommener Antrag geht dahin, im § 15 Absatz 2 Nummer 1 zu bestimmen, daß der Wahlkreis bei 1000 Organisierten 2 Delegierte und für jede weitere 3000 Organisierte einen Delegierten mehr zum Parteitag entsenden könne. Wo eine Organisation nicht möglich ist, sollen als Wahlkreis 15 Proz. der abgegebenen Stimmen dienen. Zu § 15 Nummer 2 (Teilnahme der Reichstagsfraktion) beantragt die Versammlung durch ihren Beschluß die Streichung dieser Stelle und daß nur Delegierte mit Mandaten zugelassen seien. (Ausgenommen natürlich Parteivorstand und Kontrollkommission.) Angenommen wurde auch der Antrag, in den § 18 aufzunehmen, daß acht Tage vor dem Stattfinden des Parteitages der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission sich endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu werden hat. Im § 20 sollen die Worte: „auf Antrag der Reichstagsfraktion“ gestrichen werden.

Der Antrag, welcher die Umwandlung des „Vorwärts“ in ein Lokalblatt bezweckt, wurde von den Genossen V. Hofmann, H. M., Stumpe, Vöchner befragt. Hofmann fürchte u. a. aus, daß der Einfluß der Genossen durch ihre Preschkommission nicht so gering sei. Stumpe bemerkte, daß andere Leute in die Preschkommission hineingemühten, wenn die jetzigen Mitglieder nicht verstanden, Einfluß zu gewinnen. Darauf wurde der Antrag (Streichung der §§ 28 und 29) von der schon etwas gelächelten Versammlung fast einstimmig abgelehnt. — Ein anderer Antrag bezweckt, daß die Bekanntmachungen des Parteivorstandes in allen offiziellen Parteiorganen alsbald an hervortretender Stelle gebracht werden. Angenommen wurde schließlich noch der Antrag, die Westpolitik als besonderen Punkt der Tagesordnung des Parteitages einzuzuerleiden, und der oben schon erwähnte Antrag Jensch bezug. Berlin IV Südost, die Kosten und Gültigkeit von Mandaten für die Parteitage betreffend, sowie folgende Resolution:

„Durch die sich immer mehr und mehr verschärfenden Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit — insbesondere durch die brutale Wahlentziehung auf die arbeitende Klasse in den einzelnen Bundesstaaten, wird das Proletariat seines Einflusses in den maßgebenden Körperschaften entbunden und durch die verkehrte Reichspolitik der Regierung und der herrschenden Klassen in eine bittere Kollage gedrängt. Diese Pressionen müssen auf die Dauer zu einer unausbleiblichen Katastrophe führen. Deshalb ist es doppelt notwendig, daß sich das Proletariat über die Form und Waffe des politischen Massenstreiks klar wird. Daher empfiehlt der vierte Berliner Reichstagswahlkreis, der Parteitag in Jena möge beschließen: den politischen Massenstreik in allen Wahlvereinen und Parteiverfassungen zu diskutieren — um ihn im gegebenen Falle als Abwehr- oder Angriffswaffe desto erfolgreicher in Anwendung bringen zu können.“

Als Delegierte gemeldet wurden die Genossen Barckhausen und Kupfer für den Osten und Genosse Jensch für den Südosten.

Die Generalversammlung für den fünften Wahlkreis tagte in den „Rustertälchen“. Nachdem die Versammlung die Anmeldungen von 56 neuen Mitgliedern zur Kenntnis genommen und das Andenken des so früh verstorbenen Genossen Johann Farr in der üblichen Weise geehrt hatte, nahm zum 1. Punkt der Tagesordnung Genosse Davidsohn das Wort.

Zunächst wandte sich der Referent der Organisationsfrage zu und begründete in eingehenden Darlegungen die von den Vertrauensleuten und dem erweiterten Wahlvereinsvorstand gestellten Änderungsanträge, die sich auf die Zugehörigkeit zur Partei, den Ausschlag, die Beitragsleistung, Vertretung der Fraktion und Wahlkreise auf dem Parteitage und die Umwandlung des Zentralorgans in das Lokalblatt der Berliner Genossen bezogen.

Die Raifeier betreffend rekapitulirte der Referent die Wünsche der diesbezüglichen Amsterdamer Resolution und betonte, daß man in keiner Weise dulden könne, daß der Charakter der Demonstration am 1. Mai abgeschwächt werde. Der Referent kam auch auf einen Antrag der Genossen von Bockum zu sprechen, wonach die Parteiangestellten auf denjenigen Teil ihres Gehalts Verzicht leisten sollen, der auf den 1. Mai entfällt. Ziehe man in Betracht, wie die nicht in Parteibetrieben beschäftigten Genossen wegen der Raifeier zum Teil ausgesperrt würden, auf alle Fälle aber mindestens ihres Tagesverdienstes verlustig gingen, so sei es durchaus nicht angebracht, über diesen Antrag mit einem Säbeln der Beringschätzung hinwegzusehen. An die Verlesung der Amsterdamer Resolution und den Massenstreik (für die in der Kommission 27 gegen 4 Stimmen votierten) knüpfte Redner die Bemerkung: „Also vom Generalstreik gleich Generalstreik ist hier nicht mehr die Rede. Man sieht die ziemlich rapiden Fortschritte der Massenstreik propagierenden Genossen, denen es in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen ist, jetzt diese Frage auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt zu haben. Können man wohl mit Sicherheit darauf rechnen, daß bei dieser Frage die Meinungen am schärfsten auseinander gehen werden, so stehe doch schon soviel fest, daß man sagen könne, diejenigen haben eine Schlappe eritten, die da sagten: eine Diskussion über den Generalstreik ist nicht nur nicht vornehm, sondern den Arbeiterinteressen direkt schädlich. — Nachdem Referent noch befragt worden hat, auf die Tagesordnung des Parteitages für 1900 die Alkoholfrage und auf diejenige des diesjährigen das von der Redaktion des „Vorwärts“ und den Berliner Vertrauensmännern vorgeschlagene Thema: „Wandlungen in der Westpolitik und die Stellung der Sozialdemokratie dazu“ zu setzen, geht er in scharfen Worten das Verfahren der „Leipziger Volkszeitung“, die es (was hier anlässlich des vom „Vorwärts“ gemachten, rein objektiven Vorschlags) fertig bekommen, einen Streifzug geradezu an den Haaren herbeizuzerren. Dagegen müsse sich der Parteitag in möglichst scharfer Rüge wenden.“

Mit dem Wunsche, daß auch dieser Parteitag, der im Schiller-Jahre in der Schiller-Stadt Jena tagt, Ersprießliches für die Partei leisten und daß seine Arbeiten zum Wohle der Arbeiterschaft ausfallen mögen, schloß der Redner unter dem lebhaften Beifall der Versammelten.

Nach Eröffnung der Diskussion gab der Vorsitzende Genosse Zucht von dem Eingang folgender Resolution und folgender Anträge Kenntnis:

Resolution Wöhrmann und Genossen: Die heutige Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den fünften Berliner Wahlkreis erwartet vom Parteitag, daß er aufs energischste dagegen einschreitet, daß Diskussionen innerhalb unserer Reihen in der Art und Weise, wie sie die „Leipziger Volkszeitung“ seit einigen Jahren in beschimpfender und entstellender Manier gegen den „Vorwärts“ und eine Reihe von Parteigenossen beliebt, geführt werden. Der Parteitag möge einen Riegel vorsehen, daß derartige, die Partei schädigende Kreibereien fortan unterbleiben und der Kampf gegen den gemeinsamen Feind das Ziel eines jeden Parteigenossen sein soll.“

Genosse Dr. Schulz beantragt: Der Parteitag erlaube dem Parteivorstand, Schritte zu tun zur Gründung eines Zentralorgans der internationalen Sozialdemokratie. Dasselbe soll zunächst in englischer, französischer und deutscher Sprache abgefaßt sein und mindestens einmal im Monat erscheinen.“

Ein Antrag von einer größeren Anzahl von Genossen besagt: Die Delegierten des fünften Kreises sind verpflichtet, für eine wirksame Durchführung der Raifeier durch Arbeitsruhe und für die Anwendung des politischen Generalstreiks als eines neuen Kampfmittels des Proletariats einzutreten bezw. zu stimmen.“

Kußerdem beantragt die 7. Gruppe unter Zustimmung des Vorstandes:

„Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages das Thema: „Die Alkoholfrage“ zu setzen.“

Hofmann begründete seine Resolution ausführlich und wendet sich scharf gegen die „L. V.“, in der das treibende Element der Mann sei, der in Dresden so schlecht abgeknitten habe. Die „L. V.“ habe sich erlaubt, die Fraktion als Vertreter der formlosen Masse hinzustellen. Er halte das für eine Beleidigung der Wähler, und es sei die höchste Zeit, daß mit dem Schmutz gründlich aufgeräumt werde. Man habe genug mit dem Abwehr der Gegner zu tun.

Auf Vorschlag Liepmanns wird hierauf zunächst über die Organisationsfrage und dann gesondert über die Raifeier und den Massenstreik debattiert.

Für Ritter hat speziell der Passus über die Vertretung der Fraktion auf den Parteitagen Interesse. Er ist der Meinung, daß 25 Proz. der Fraktionsmitglieder vollkommene genügen. Wenn auch bis heute nur etwa 40—50 Proz. der Abgeordneten auf den Parteitagen vertreten gewesen sein, so habe man doch keine Gewähr dagegen, daß künftig einmal die ganze Fraktion dort erscheine. Sei die Anwesenheit eines Abgeordneten auf dem Parteitage erforderlich, so habe er die Zuverlässigkeit, daß die Fraktion dann auch den betreffenden Genossen delegieren werde.

Liepmann will nur einseitig rekapitulieren. Ueber die Beschränkung der Vertretung der Fraktion kann er sich heute nicht näher anlassen, da ja die Vertrauensleute ihren Antrag aufrechterhalten und er aus demokratischem Prinzip nicht dagegen sprechen könne. Daß die Unorganisierten in Verwaltungstragen nicht mitzureden haben, halte er für selbstverständlich; ferner ist er der Meinung, daß dort, wo eine Parteioorganisation besteht, der Parteivorstand in erster Linie nur mit dieser zu verhandeln habe, und nur da, wo Landesgesetzliche Bestimmungen entgegenstehen, könnten die Vertrauensmänner in Betracht kommen. Der Kontakt mit der Masse müsse unbedingt beibehalten werden. Die Umwandlung des „Vorwärts“ in ein Lokalblatt sei ja eine alte Forderung und sein Standpunkt sei: der „Vorwärts“, unser Organ — den Berlinern! — umjome, als von den 93000 Abonnenten des „Vorwärts“ 90000 auf Berlin entfallen. Auch er wendet sich gegen die „L. V.“ und erklärt sich mit der gestellten Resolution einverstanden.

Chrlisch findet den Ton der „L. V.“ durchaus nicht so überwiegend, wie man es hier schildere. Er möchte daran erinnern, daß der „Vorwärts“ seinerzeit einen Artikel von Debel abgelehnt habe. (Zuruf: Oke Kamellen!) und neuerdings erst habe er Kautsky gegenüber in gleicher Weise verfahren. Der Ton der „L. V.“ hindere nicht, daß das Blatt wegen seines wissenschaftlichen Wertes in wissenschaftlichen Kreisen und auch sonst sehr geschätzt werde. Was habe Eisner nicht alles geschrieben! In seinen beiden Artikeln im „Vorwärts“ sei zwar kein Schimpfwort enthalten, aber was an indirekten Beleidigungen gesagt werde, könne kaum übertroffen werden. Die übrigen Ausführungen des Redners gehen infolge der entsetzlichen Unruhe größtenteils verloren.

Der folgende Redner, Umrath, bedauert, daß es sein Vortrager verstanden hat, die Unruhe der Versammlung zu erregen, jedoch entschuldigt bei seinen Ausführungen, die gleichfalls in einer Abschwächung des Innern über die „L. V.“ und in einer abfälligen Kritik der prinzipiellen Haltung des „Vorwärts“ gipfeln, noch eine größere Unruhe, die von wiederholten Schlußrufen durchsetzt ist.

Ein weiterer Augenblick ist es, als nach Beschränkung der Redezeit auf fünf Minuten als erster Redner der Vertreter des Kreises,

Robert Schmidt, das Wort ergreift, der in Kürze die Behauptungen umrathet und dann erklärt, er habe den Einbruch, als wollten die Genossen in Deutschland die Einwürde der Gewerkschaftsführer hinsichtlich der Raiffeiser nicht verstehen und für durchschlagend erachten. Bei diesem Widerspruch läßt sich eine Aenderung in der Raiffeiser nicht durchsetzen. Redner werde auf dem Parteitage dafür eintreten, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht nur gewünscht, sondern nunmehr zur Pflicht für die Parteigenossen gemacht wird. Dann muß aber auch die Partei für die entfallenden Kosten zur Hälfte herangezogen werden nach dem Grundsatz: Mit-raten, aber auch mitarbeiten! (Zustimmung.)

Scholz tritt dafür ein, daß die Fraktion sich nur durch ihren Vorstand vertreten läßt.

Nachdem Dr. Stulz seinen Antrag kurz begründet hat, tritt Weis für die Berechtigung zur vollständigen Vertretung der Fraktion auf den Parteitag ein. Bezüglich des Massenstreiks zitiert Redner eine Aeußerung Liebnachts, die sich in treffenden Worten gegen den Massenstreik richtet.

Nach einer kurzen persönlichen Bemerkung Hermanns wird sodann ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen und zur Abstimmung gebracht.

Die Resolution wie sämtliche aus der Versammlung gestellten Anträge werden angenommen. Ueber den Antrag betreffend Raiffeiser und Massenstreik wird getrennt abgestimmt. Der Passus betreffend der Raiffeiser wird angenommen, der Passus über den politischen Massenstreik aber abgelehnt.

Wenn es gelangen sämtliche Vorschläge der Vertrauensleute und des erweiterten Vorstandes zum Organisationsstatut mit Ausnahme des § 15 Absatz II (25 Proz.) zur Annahme. Letzgenannter Absatz wird nach dem Antrage des Vorstandes abgelehnt.

In erregter Stimmung über das Hineinziehen einzelner Momente mehr persönlicher Natur schreitet die schon stark gelichtete Versammlung sodann zur Wahl der Delegierten, wobei Davidsohn mit 192, Weis mit 100 Stimmen gewählt werden. Auf Philipp Bernstein entfielen 84, auf Wilhelm Thiele und Weise je 4 Stimmen.

Die Genossen des sechsten Kreises berieten die Parteifragen in einer stark besuchten Generalversammlung des Wahlvereins. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Freythaler dem am Sonntag zu Grabe getragenen Genossen Johann Pfarr einen herzlichen Nachruf, worauf die Versammelten das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sigen ehrte. Gen. Ledebour ging in seinem Vortrage über die Tagesordnung des diesjährigen Parteitages zunächst auf das dort zur Veratung stehende Organisationsstatut ein. Die Regelung der Vertragsleistung an die Zentralkasse sei zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden, denn bisher habe man von einer finanziellen Leistung an die Parteikasse in einer großen Anzahl Wahlkreise wenig oder gar nichts gehört. Mit der erhöhten Tätigkeit des Parteivorstandes durch die Zentralisation und durch die so notwendige vermehrte Agitationsarbeit wird sich wohl eine Verstärkung des Vorstandes über die vorgesehene Zahl hinaus als notwendig erweisen. Eine seit Jahren verlangte Regelung der Vertretung auf dem Parteitage läßt der Entwurf des Organisationsstatuts unberücksichtigt. Auch nach dem neuen Entwurfe habe jeder Kreis das Recht, drei Delegierte zum Parteitage zu entsenden. Wenn es schon eine ungeheure Ungerechtigkeit sei, daß beispielsweise der sechste Kreis bei einer über siebenmal so starken Einwohnerzahl, wie die Wahlkreise nach dem Wahlsystem haben sollten, nur einen Vertreter in den Reichstag entsenden kann, so dürften wir als Partei doch wenigstens diese Ungleichheit der Vertretung der Wahlkreise der Regierung nicht nachmachen. 14 000 organisierte Genossen eines Kreises müssen daher mehr Delegierte entsenden können, als vielleicht 200 bis 300 in einem anderen Kreise. Weiter ist seit Jahren seitens der Berliner Genossen der Wunsch geäußert, den „Vorwärts“ als Berliner Organ zu erklären und wird der Parteitag wohl dazu Stellung nehmen müssen. Es liegt in den Händen der Redaktion, auch wenn der „Vorwärts“ Berliner Organ ist, dem Blatte die führende Rolle in der Partei zu geben. Ueber die Vertretung der Fraktion auf dem Parteitage will Redner sich eines persönlichen Urteils enthalten, da seine Tätigkeit als Abgeordneter ihn als Partei erheben lasse. Ledebour führt jedoch die Gründe an, die Befürworter wie Gegner dieses Antrages leiten. Die Stellung der Gewerkschaften zur Partei wird, wenn auch nicht direkt, so doch bei den Tagesordnungspunkten Raiffeiser und politischer Massenstreik einer eingehenden Erörterung unterzogen werden. Es ist eine Pflicht beider Glieder der Arbeiterbewegung, in den nächsten Jahren dafür zu sorgen, daß eine dauernde engere Fühlung zwischen Partei und Gewerkschaften erreicht werde. Beschlässe, die in das Wesen der gesamten Arbeiterbewegung eingreifen, können nur bei gemeinsamer Verständigung gefaßt werden. Sollten wir uns einmal entschließen, den politischen Massenstreik als Kampfmittel zu gebrauchen, kann es nur in vollem Einverständnis mit den Gewerkschaften geschehen. Darum ist es notwendig, alles Trennende zu beseitigen. Wir müssen in vollem Maße auch in den Gewerkschaften unsere Schuldigkeit tun, dieselben mit sozialistischem Denken und Fühlen erfüllen. Zum Schluß seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen gibt Ledebour der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Parteitag sowohl den neugewonnenen Genossen wie den noch fernstehenden zeige, daß nur innerhalb der Sozialdemokratie ihre politischen Interessen vertreten werden.

Die beim Vorstände eingegangenen Anträge beziehen sich ausschließlich auf den Organisationsentwurf. Von Freythaler wird zunächst der von der Kreisversammlung gestellte Antrag, die Wandlungen der Parteipolitik und die Stellung der Sozialdemokratie auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, begründet. Dieser Antrag wird debattiert gegen einzelne Stimmen angenommen. Der von der Bezirksführerkonferenz gestellte Antrag, den Absatz 4 des § 8 im neuen Organisationsstatut zu streichen, ruft eine lebhafteste Debatte hervor. Freythaler begründet den Antrag damit, daß nicht in allen Fällen der Ausschluß aus der Wahlvereinsorganisation

den Ausschluß aus der Gesamtpartei bedinge. Es kommen Fälle von Disziplinbruch z. B. bei Lokalsperren vor, die wohl die Wahlvereine zwingen, die Sünden eine Zeit aus der Organisation auszuflechten, aber nicht den Ausschluß aus der Partei rechtfertigen, da ein solcher laut Organisationsstatut nur bei groben Verstößen gegen das Parteiprogramm oder wegen Verübung einer ehrlosen Handlung erfolgen kann. Gegen diesen Antrag wenden sich die Genossen Meyer, Berg und Gertz, die die Befürchtung haben, es könne dadurch die Möglichkeit geschaffen werden, daß ausgeschlossene sich in einem Nachbarbezirk als Mitglieder aufnehmen lassen und dadurch den Ausschluß illusorisch machen. Der gestellte Antrag wird gegen eine große Minderheit abgelehnt. Philippsohn beantragt, im § 7, der von der Verpflichtung der Angehörigkeit zur Wahlvereinsorganisation spricht, den Passus „sowie ihn nicht zwingende Gründe daran hindern“ zu streichen. Antragsteller ist der Meinung, daß durch diesen Absatz die Unfähigkeit der Genossen gefördert wird, denn er könne eine Anzahl Fälle, wo Genossen aus dem bisherigen Wahlkreis verzogen sind, Mitglied in dem Wahlverein des alten Wohnortes bleiben und nun nichts für die Partei leisten, da sie zu Varietätarbeiten nicht herangezogen werden können. Freythaler und Dannenberger wenden sich in kurzen Ausführungen gegen den Antrag, der denn auch abgelehnt wird.

Zum § 15, Absatz I empfiehlt die Bezirksführerkonferenz eine Staffellung in der Form vorzusehen, daß bis 1000 organisierte Genossen zwei Delegierte zu wählen sind, auf je weitere 3000 Mitglieder ein Delegierter mehr. Dieser Antrag wird ohne Diskussion gegen eine Stimme angenommen. Zu dem Absatz 2 desselben Paragraphen liegen mehrere Anträge vor. Seitens der Bezirksführer wird vorgeschlagen, eine Vertretung der Reichstagsfraktion von 25 Proz. zuzulassen, ein anderer Antrag wünscht eine Vertretung von 20 Proz., die Bezirke 545 und 710 stellen den Antrag, daß die auf dem Parteitage stimmberechtigten Genossen von organisierten Genossen gewählt und delegiert sein müssen. Ausgenommen davon sollen sein der Parteivorstand, die Kontrollkommission und das Zentralorgan. Meyer wendet sich gegen die vorliegenden Anträge. Wenn wir als höchstes Ehrenamt die Verleihung eines Reichstagsmandats betrachten, müssen wir auch diesen Genossen das Recht auf Sitz und Stimme auf dem Parteitage geben. Mit einer Beschränkung der Vertretung werden natürlich die Abgeordneten von ihren Kreisen delegiert und dadurch die sonstige Vertretung zurückgedrängt. Scholz tritt für eine Vertretung von 25 Prozent ein und ist der Ansicht, daß nicht immer die Inhaber von Reichstagsmandaten sich nur von sachlichen Momenten leiten lassen, wie uns Dresden gezeigt hat. Werden die Abgeordneten von ihren Wahlkreisen delegiert, müssen sie denselben mehr wie bisher über ihre Abstimmungen usw. auf dem Parteitage Rede und Antwort stehen. Guttman ist der Auffassung, daß wir die Pflicht haben, allen Anträgen, die eine Beschränkung der Rechte der Fraktion gegenüber den Mitgliedern darstellten, zuzustimmen. Raming wendet sich gegen die ausgesprochene Auffassung, daß die Fraktion den Parteitag majorisieren könne. Es breche sich doch darum, daß unser innerstes Parteileben sich auf den Parteitag abspiele. Wir haben die Pflicht, den Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, die Wünsche der Genossen zu hören. Hoffmann tritt für den vom 545. Bezirk gestellten Antrag ein. Nach einem angenommenen Schlusssatz wird der Antrag auf Vertretung von 25 Proz. mit 443 gegen 288 Stimmen angenommen.

Ein Antrag, die vom Parteivorstande vorgeschlagene Tagesordnung den Genossen zeitiger als bisher bekannt zu geben, damit eine Möglichkeit geschaffen wird, etwaige Wünsche der Organisationen berücksichtigen zu können und die vorläufige Tagesordnung dann in gemeinsamer Beratung des Vorstandes mit der Kontrollkommission festzusetzen, wird angenommen. Für den § 25 verlangt ein Antrag, an Stelle des Wortes „Reichstagslandparlament“ „öffentliche Parteiamter“ zu setzen. Dieser Antrag erhielt gleichfalls die Zustimmung der Versammlung. Der von den Bezirksführern empfohlene Antrag, die §§ 28 und 29, die vom Zentralorgan der Partei sprechen, zu streichen und dafür zu setzen: „Publikationen des Parteivorstandes: Die Bekanntmachungen des Vorstandes sind den offiziellen Partei-Organen zuzustellen und sind diese verpflichtet, sie wortgetreu an hervorragender Stelle des reaktionellen Teiles zu veröffentlichen“, wird von Freythaler begründet und gegen fünf Stimmen angenommen. Bei der Wahl der Delegierten werden von der Kreisversammlung die Genossen Ernst, Freythaler und Kröhn vorgeschlagen. Die Generalversammlung stimmt diesem Vorschlage zu. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Soziales.

Das prämierte Sparsystem der Firma Louis Levin.

(Es war nicht sehr schön, aber noch kein Verstoß wider die guten Sitten im Rechtsinne.)

Der Zuschneider H. sagte beim Gewerbegericht gegen die Firma Louis Levin, Anaben- und Herrenkonfektion, indem er außer 2,24 M. rückständigen Lohn eine Prämie von 11,20 M. beanspruchte. Nach der Verhandlung und Beweisaufnahme vor der Kammer I hat es mit den Prämien der Zuschneider von Louis Levin folgende Bewandnis: Im Oktober vorigen Jahres veränderte der Firmeninhaber Adolf Levin dem versammelten Zuschneiderkollektiv, daß für jeden Meter Stoff, den künftig der Zuschneider beim Zuschneiden erspare, ihm eine Prämie von 20 Pf. gut gerechnet werde. Diese Prämie werde aber immer nur Weihnachten ausgezahlt und nur der bekomme sie, der Weihnachten noch im Geschäft sei. Wer im Laufe des Jahres freiwillig austrete oder entlassen werde, habe in keinem Falle Anspruch auf die ihm bis dahin gutgeschriebene Sparprämie. Später, aus Anlaß des Ausscheidens einer Zuschneiderin, hat Herr Levin dann bestimmt, daß deren Prämien Guthaben zu Weihnachten an die dann vorhandenen Zuschneider beziehungsweise Zuschneiderinnen verteilt werden solle. — Die Firma stellt fest, wieviel der Stoff ergibt und durch die Prämie werden die Zuschneider angereizt, alle Geschäftslücken und allen

Scharfsinn darauf zu richten, mehr aus dem Stoff herauszubringen, als nach den Messungen des vom Geschäft damit betrauten Angestellten festgestellt worden ist.

Der Kläger hatte nun bis zu der vor einiger Zeit erfolgten Lösung seines Arbeitsverhältnisses auf diese Weise 58 Meter Stoff „gespart“, was eine Prämie von 11,20 M. ausmacht. Die Summe wird auch gar nicht bestritten. Der Vertreter der Firma Louis Levin wandte einzig und allein ein, daß nach dem erwähnten Erlass des Herrn Adolf Levin dem Zuschneider H. sein Verdienst um die Stoffersparnis nicht in Form der Prämie zugute komme, weil er nicht bis Weihnachten im Geschäft bleibt. Die Prämie habe auch den Zweck, den Wechsel der Zuschneider zu verhindern. Man sage sich, daß der Zuschneider, der eine Prämie zu erwarten habe, bis Weihnachten dableibe, wenn sie ihm nur unter der Voraussetzung ausgezahlt werde.

Dieses Sparprämienystem machte einen großen, wenn auch keinen guten Eindruck auf sämtliche Mitglieder des Gerichtshofes; das bewiesen die sich häufenden Aeußerungen des Erstaunens und der Mißbilligung, die anfänglich um so schärfer ausfielen, als man selbst nach einer Erklärung des Vertreters der Firma annehmen mußte, daß die Prämien der vor Weihnachten entlassenen oder selbst gegangenen Zuschneider der Firma selber verblieben. Der in dem großen Betriebe — etwa 200 Beschäftigte — sonst einflußreiche Vertreter der Firma mußte nämlich selber noch nichts von der erst am Schluß der Verhandlung durch eine Zeugin konstatierten Tatsache, daß die Prämie einer aus dem Geschäft ausgetretenen Dame den „hinterbliebenen“ Zuschneiderkräften zu Weihnachten zuzuflehen solle. Es wurden durch den Vorsitzenden Le Bisieur wie durch die Weisner Vergleichsverläufe gemacht, mit der Motivierung, daß das ganze System zum mindesten nicht schön sei. Der Vertreter der Beklagten bestand aber auf seinen Sätzen.

Der Kläger verwies noch auf die im Lebinschen Betriebe üblichen Strafen. So werde über den Zuschneider schon eine Strafe von 50 Pf. verhängt, wenn nur ein kleiner Fehler im Aufzeichnen usw. vorkomme, auch dann, wenn fast gar kein Schaden daraus erwachse. „Und da wird sicher nicht mit dem Abzug der Strafe bis Weihnachten gewartet“, bemerkte hierzu spöttisch ein Mitglied des Gerichtshofes, das nicht zu den Arbeitervertretern gehörte.

Es wurde weiter noch die Frage aufgeworfen, ob nicht gerade solch Sparsystem dazu beistehe, beim Zuschneiden außerordentlich zu knapsen, wenigleich nach Auslassungen gearbeitet werde. — Der Kläger bestätigte diese Vermutung. — Eine solche Knapserei und somit jedes System, das sie fördert, ja, n der Gerichtshof sehr gefährlich, da in vielen Prozessen aus der Konfektion der knappe Zuschneider eine hervorragende Rolle spiele.

Das Gericht unter dem Vorsitz des Gewerberichters Le Bisieur sprach am 21. August dem Kläger gemäß einem Zugeständnis nur den rückständigen Lohn von 2,24 M. zu und wies den Prämienanspruch ab. Zur Begründung wurde ausgeführt: Allerdings sei das Verfahren der Firma den Zuschneidern gegenüber nicht sehr schön, und es gebe andererseits zu schmerzlichen Bedenken Anlaß, indem mindestens objektiv der Verfall zwischen großen Firmen und ihren Arbeitern durch ein derartiges Sparsystem erschwert werde, was die Sitzung für Sitzung vorkommenden Prozesse bewiesen, wo dem knappen Zuschneider die Schuld gegeben wird. Diese Wirkung sei nun einmal damit verbunden, wenn man auch Herrn Levin natürlich nicht vorwerfen wollte, sie zu beabsichtigen. Was nun die rechtliche Seite angehe, so habe man es hier mit einer Art Ausübung, einer Art Sühnung für den Fall zu tun, daß der Zuschneider sich ganz besondere Mühe gebe, Stoff zu ersparen usw. Eine weitere moralische Wirkung könne unterbleiben, denn jedenfalls verstoße eine solche Ausübung nicht gegen die guten Sitten im Rechtsinne, wenn gesagt werde, wer bis Weihnachten weggehe oder entlassen werde, habe kein Anrecht darauf, und wenn die in solchen Fällen gesparten Prämien nicht der Firma verblieben, sondern den Weihnachten vorhandenen Zuschneidern zuflehen. Letzteres sei das einzig Gute an der Sache. — Somit könne Kläger seine Prämie nicht fordern.

Versammlungen.

Die Straßensreiner (Sektion des Verbandes der Gemeinde-Arbeiter) waren am Donnerstag in den „Arminhallen“ versammelt, um den Bericht des Arbeiterausschusses entgegenzunehmen. Die Vertretung hat die recht sonderbare Bestimmung getroffen, daß die dienstfreien Arbeiterauschussmitglieder nicht in Zivil erscheinen dürfen, sondern stets in Uniform zu erscheinen haben. Als hiergegen von den Arbeitern eingewendet worden sei, daß der Direktor doch kein Recht zuziehen könne, über die dienstfreie Zeit der Arbeiter zu bestimmen, sei entgegnet worden: „Sie stehen doch (auch jetzt) im Dienste der Straßensreinigung.“ Wer die Anordnungen der Direktion nicht befolgt, hat Lohnabzug von mindestens 25 Pfennigen für vierzehn Tage lang. Entschädigung für Arbeiterauschussitzungen gibt es nicht.

Anträge betreffend Lohnregelung werden der Deputation übermittelt. Danach wird gefordert 4 M. Anfangslohn bei 8 Arbeitstagen, 25 Proz. Zuschlag auf Ueberstunden und Sonntagsarbeit, Gewährung von 30-tägigen Ruhepausen. Für 7 Tage Arbeit erhält der Straßensreiner einen Lohn, der von anderen Kategorien in 8 Tagen verdient wird. Eine Ungerechtigkeit, daß die Arbeiter einzelner Abteilungen bedeutend mehr Sonntagsarbeit verrichten als andere und keinen Pfennig Entschädigung erhalten, würde durch die Neuregelung verschwinden.

Die beiden Ausschussmitglieder des Ortsvereins glauben die beantragte Lohnerhöhung nicht unterschreiben zu dürfen.

Nach eingehender Diskussion gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, nach welcher sich die Versammelten mit dem Verhalten des Ausschusses einverstanden erklären. Diefelben erwarten von der Deputation Anerkennung ihrer Wünsche. Eine erfolgreiche Tätigkeit des Arbeiterausschusses kann nur dann eintreten, wenn die Versammelten für die Stärkung der Organisation eintreten.

für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 24. August.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Chernhaus. Lothengrün. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Im stillen Schönen.
Neues königl. Operntheater. Die Hedermaus.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Geschlossen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Der Postillon von Lonjumeau.
Besing. Rollenmontag.
Kleines. Abschied vom Regiment. Angele.
Schauspielhaus. Der Herr Substitut. Der dankbare Julien. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Central. Die Weissa.
Thalia. Amor in New York.
Reichens. Eine Hochzeitsnacht.
Carl Weiß. Im Hause der Sünde.
Welle-Milner. Der All Beg.
Metropol. Die Herren von Ragim.

Hypok. Ein Abend in einem amerikanischen Angel-Tempel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Trianon. Die Rotbrüde.
Herrnsfeld. Die Reiterbahn.
Wintergarten. Loie Fuller. Spezialitäten.
Berliner Vater-Theater. Zwischen Himmel und Erde.
Passage. Madame du Lion.
Fernande Robertine. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sängerkorps.
Urania. Taubentrake 48/49.
Tierleben in der Wildnis.
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtstraum. Freitag und folgende Tage:
Ein Sommernachtstraum.
Kleines Theater. Anfang 8 Uhr.
Angele.
Vorher: Abschied vom Regiment. Freitag: Die Neuvermählten. Abschied vom Regiment. Sonnabend, Sonntag: Nachtschl.

Urania Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165.

Neu! Minister Witte, Baron Komura, die japanisch-russischen Friedensunterhändler. Präsident Roosevelt!!!

Carl Weiß-Theater. Dr. Frankfurterstr. 182. Täglich 8 Uhr:
Im Hause der Sünde. Dr. Senjationskomödie v. W. Arnim. Im Sommergarten täglich 5 Uhr neue Spezialitäten-Programm. Theater und Konzert. Um 10 Uhr: Anfang der Ringkämpfe.

Neues kgl. Opern-Theater. Anfang (Kroll.) 7 1/2 Uhr. Der Zigeunerbaron. Operette in 3 Akten v. J. Strauß. Freitag: Die Bohème. Sonnabend: Neu einstudiert: Der Wasserträger. (Zwei geschnitzte Tage.)

Lustspielhaus. Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Herr Substitut. Der dankbare Julien.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert. Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo-Theater. Ganz Berlin spricht von: 10 Uhr
Ein Abend in einem amerikanischen Singel-Tempel. Hochzeitsabend p. Linsko und das gr. August-Spezialitäten-Programm.

Passage-Theater. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr, nachm. Sonnt. 3, Wochen. 5 Uhr.
Madame

du Dion! in dem Nimo-Drama „Die Hand“.

Fernande Robertine. 14 sensationelle Nummern. Reiz eingefleht: Numerierte Plätze.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage:
Die Nothbrücke. Anfang 8 Uhr.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater. Zum 123. Male:
Die Meyerhains. Komödie in 3 Akten mit den Autoren.

Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen. Anfang 9 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. Vor der Vorstellung und während der Pausen:
Promenaden-Konzert im Garten.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
 Donnerstag und Freitag:
 Geschlossen.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
 Eröffnung der Schauspieler Saison.
Ein Wintermärchen.
 Schauspiel in 5 Akten v. B. Schaffpeare.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
 Jugend.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
 Oper.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
 Gastspiel Heinrich Büchel.
 Der Postillon von Lonjumeau.
 Kom. Oper in 3 Akten v. Adol. Adam.
 Freitag, abends 8 Uhr:
 Popul. Operngesellschaft bei Halb. Preisen.
Die verkaufte Braut.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Afrikanerin.
 Im Garten täglich:
Großes Militär-Konzert.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 3. September: Metropol-Theater
I. Serie.

Als Erstauflagen für Deutschland
 mit besonderer Genehmigung des Verfassers:

Nummer Achtzig.

Eine Skizze für das Volk von Hermann Heyermans,
 Deutsch von Regina Ruben
 und

Der Panzer.

Romantisches Soldatenspiel in 3 Akten von Herm. Heyermans.
 Deutsch von Franziska de Graaf. In Szene gesetzt
 von Karl Waldow.

II. Serie im Carl Weiß-Theater:

Egmont.

Trauerspiel in 5 Aufzügen von Wolfgang v. Goethe.
 Musik von Ludwig v. Beethoven.
 In Szene gesetzt von Karl Waldow.

Heft 1 unserer Monatsschrift erscheint am
 1. September und ist in allen Zahlstellen erhältlich.
 Alle neuen Mitgliedskarten müssen aus den
 Zahlstellen abgeholt werden und müssen 2 Markon a 80 Pf.
 enthalten.

Neue Meldungen können nur berücksichtigt
 werden, soweit etwa Karten freigeblieben sind.

Der Vorstand.

Die Geschäftsstelle und Kassenverwaltung: G. Winkler.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. Kritische Leitung: Paul Milbitz.
 Täglich: **Gr. Konzert, Theater und
 Spezialitäten-Vorstellung.**
 Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**

Fernsprecher IV. 8891.

Max Kliem.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation.
 Täglich: **Gr. Konzert, Theater und
 Spezialitäten-Vorstellung.**

Ob schön! Täglich Ob Regen!

Im herrlichen Garten oder Saal:

Konzert und Vorstellung.

Vollständig neues Programm,

das größte und beste.

Ohne jede Konkurrenz!

Die drei Megalls!

Kraftakt in der Schmiede.

Eintritts-Bogen 20 Pf., Sonntags

30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein

Kind unter 10 Jahren frei, ältere

zahlen halben Eintrittspreis.

Metropol-Theater

Bender x Giampietro

Massary x Frid Frid.

Zum 291. Male:

Die Herren von Maxim.

Große Ausstattungsgeselle mit Gesang

und Ballett in 5 Bildern.

Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.

Heute: **Großer Elite-Tag.**

Der Fluch des Goldes.

Vollständiges mit Gesang und Tanz in

3 Akten von Felsch.

W. Dieck mit seiner

Götterfahrt und Todesprung.

Außerdem 15 Kunststücke.

Im Saal: **Großer Elite-Tag.**

Anfang 4 1/2 Uhr.

Eintritt 30 Pf. Num. Platz 50 Pf.

Saisonkarten haben Giltigkeit.

Schweizer-Garten.

Am Königstor. Am Friedrichshain.

Täglich: **Theater**

und

Spezialitäten-Vorstellung.

Volksbelustigungen.

Jeden Abend 10 Uhr:

Arbeit schändet nicht.

Vollständiges mit Gesang in 3 Akten.

Jeden Mittwoch: **Kinderfest**

mit Großverkauf.

Neue Welt.

Hasenheide 108-114. Arnold Scholz.

Donnerstag, 24. August 1905:

Großes bayrisches Volksfest

Kongreß der Großen.

" " Kleinen.

" " Dicken.

" " Dünnen.

Der Größte, der Kleinste, der Dickste u. der Dünnste werden
 mit einer Prämie von je

25 Mark

ausgezeichnet.

Die Prämierung erfolgt um 10 Uhr

Doppel-Konzert

der oberbayrischen Bauernkapelle,
 Dir. Baron Muckl,
 u. d. 40 Mann starken Hauskapelle,
 Dir. Berth. Sothe.

100 bayrische Madeln zur Bedienung.

Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.

PREMIERE

„Aber Herr Herzog“

Ältere Väter mit Gefang aus dem

Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akte.

von Ad. Philipp.

Gastspiel Adolf Philipp

PREMIERE

„Aber Herr Herzog“

Ältere Väter mit Gefang aus dem

Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akte.

von Ad. Philipp.

Gastspiel Adolf Philipp

PREMIERE

„Aber Herr Herzog“

Ältere Väter mit Gefang aus dem

Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akte.

von Ad. Philipp.

Gastspiel Adolf Philipp

PREMIERE

„Aber Herr Herzog“

Ältere Väter mit Gefang aus dem

Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akte.

von Ad. Philipp.

Gastspiel Adolf Philipp

PREMIERE

„Aber Herr Herzog“

Ältere Väter mit Gefang aus dem

Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akte.

von Ad. Philipp.

Gastspiel Adolf Philipp

PREMIERE

„Aber Herr Herzog“

Ältere Väter mit Gefang aus dem

Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akte.

von Ad. Philipp.

Gastspiel Adolf Philipp

PREMIERE

„Aber Herr Herzog“

Ältere Väter mit Gefang aus dem

Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akte.

von Ad. Philipp.

Gastspiel Adolf Philipp

PREMIERE

„Aber Herr Herzog“

Ältere Väter mit Gefang aus dem

Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akte.

von Ad. Philipp.

Gastspiel Adolf Philipp

PREMIERE

„Aber Herr Herzog“

Ältere Väter mit Gefang aus dem

Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akte.

von Ad. Philipp.

Gastspiel Adolf Philipp

PREMIERE

„Aber Herr Herzog“

Ältere Väter mit Gefang aus dem

Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akte.

von Ad. Philipp.

Gastspiel Adolf Philipp

PREMIERE

„Aber Herr Herzog“

Ältere Väter mit Gefang aus dem

Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akte.

von Ad. Philipp.

Gastspiel Adolf Philipp

PREMIERE

„Aber Herr Herzog“

Ältere Väter mit Gefang aus dem

Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akte.

von Ad. Philipp.

Gastspiel Adolf Philipp

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Stat. der Hochbahn.

Direkt.: Wilhelm Reimer.

Jed. Montag, Donnerstag, und Sonntag im glänzend

renov. u. elektr. beleuchteten

Stablfestament:

Hoffmanns

Norddeutsche Säng.

Nach der Vorstellung:

Tanz.

Ostbahn-Park.

Am Kötterplatz, Rüdigerdörferstr. 71.

Hermann Imbs.

Täglich:

Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-

Vorstellung.

Wochentags: Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also

kein Entree.

Paul Schwarz' Sommer-Theater

Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.

Täglich: **Konzert.**

Große Spezialitätenvorstellung.

Das großart. August-Programm.

Anfang 5 Uhr.

Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Otto Pritzkwos Berliner

Abnormitäten-Theater

Münzstr. 16.

Jocki Tocki

the Elastic Skin Man.

Der englische Gummi-Schlauchmann

Mne-Mno-Mni ???

Entree 20 Pf.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.

Auf die letzten 10 Tage!

Zum unwiderstehlich letzten Male:

Die Bettlerin

oder: Die vom Blitz erblind. Mutter.

Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Bei schlechtem Wetter Vorstellung im Saal.

ELYSIUM.

Kommandantenstr. 3-4.

Vollständig neu renoviert.

Auftreten v. 36 erstklassigen

intern. Spezialitäten.

Geöffnet von 10 Uhr früh bis

12 Uhr nachts.

Dresdener Casino.

Empfehle den geehrten Ber-

einern und Fabrikanten, wie zu

Verfammlungen meine herr-

lichen, circa 800 Personen fassenden

Räume. Sonnabende noch frei.

A. Maxfeld.

Amt IV 8666.

Für Dampfer-Ausflüge empfehle

mein herrliches „Zeglerischlo“-

Schmuckstück.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuheit-Katalog

in Empf. viel. Geräte u. Prof. grat. u. fr.

H. Unger. Gumminarenfabrik,

Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Greift zu! dem

Besten

Monats-Anzüge v. 8,50 Mk. an

Abonnements-Anzüge 9,50 . .

Partie-Anzüge, teils mit

unverwundbaren Seidern . . . 10,50 . .

Reise-Anzüge 15,- . .

Anzüge, Ertrag für Rah. 20,- . .

Kamm- u. Jod. od. Jodetts 3,- . .

Gebirgskleidungsstücke von

Qualitäten. Helenden, aus den feinsten

Berliner Stoffen, teils von

Lieferanten, kolossal billig. 20/17*

Bitte **Zentral-Keller, Berlin,**

35 Neanderstr. 35, an der

3. Minut. v. Stadtbahn Bannewitzbrücke

Havelocks

von Loden, einreihige Form, ohne

Aermel, mit voller, vorn abgefitteter

Pelerine, marengo, grau, bräunlich oder

grünlich meliert

8,50, 12, 15, 18, 20, 22,50, 25, 30 und 35 Mark.

Wetter-Pelerinen

von wetterfestem Loden,

mit u. ohne Kapuze, grau,

marengo oder olive meliert

10,50, 12, 15, 18, 21,

24 u. 27 Mark.

Herbst-Paletots

einreihige Form, von

Cheviot, Satin oder Covort-

Coat, meliert, gestreift

oder kariert

20, 25, 30, 35, 40,

45 und 50 Mark.

Große Weiten für extra

starke Herren stets vor-

rätig.

Der Verkauf findet nur

gegen Barzahlung und

zu streng festen Preisen

statt.

Carl Stier

</

Aus der Frauenbewegung.

Eine öffentliche Frauenkonferenz für den 6. Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreis fand am Sonntag in Glückstadt statt. Genossin Frau Bartenberg führte aus, daß sie früher das Gefühl gehabt hätte, als wenn man die Frauenbewegung in den Kreisen der Genossen nicht gern sehe. Dieses sei seit dem Bremer Parteitag ja anders geworden. Mit Lust und Liebe würde jetzt unter den Frauen für unsere Sache gearbeitet, wozu die jetzige Organisationsform ja auch Gelegenheit biete. Die Erfolge seien günstige gewesen. In Ottensen befänden sich jetzt 850 zahlende Frauen und in den anderen Orten des Kreises 250. An freiwilligen Beiträgen a 10 Pf. für die Partei seien in Ottensen 102 M., in den anderen Orten des Kreises 75,40 M. zusammengebracht. Diese Gelder wie ein Kassenbestand von 70 M. vom Vorjahre und 20 M. Ueberschuß von der „Gleichheit“ seien dem Wahlkreisassessor überliefert worden. Außerdem seien für Frauen-Agitationsmarken a 5 Pf. 52,50 M. zusammengebracht und nach Berlin abgehandelt worden. Für unsere Presse sei eine eifrige und erfolgreiche Agitation getrieben worden. Beschlüsse wurden, zum deutschen Parteitag sowohl wie zum Provinzialparteitag eine Frau als Delegierte zu entsenden und diese in öffentlichen Versammlungen wählen zu lassen.

Briefkasten der Redaktion.

Taglich. Carpe diem: nütze den Tag! — G. M. Diese Kontore haben keinen guten Ruf. Viel Schmutz fählet nach Holland wegen der dem Schwindel günstigen gesetzlichen Bestimmungen. Ob Sie das Geld unter den Umständen einlösen wollen, müssen wir Ihrer Entscheidung überlassen. — Schneider. Stellen Sie das selbst fest durch ein Kurzbuch, das Ihnen auf dem nächsten besten Postamt zur Verfügung steht. Preise, Bahn- und Dampferlinien, alles ist darin genau verzeichnet. — G. F. Der Vorsitzende der Arbeiter-Bildungsschule, Herr D. Kamrad, gibt Auskunft. Kreuzbergstraße 36. — H. S. Für den Briefkasten nicht geeignet. So etwas macht sich mündlich besser. Sprechen Sie in Stuttgart auf der Redaktion der „Schwab. Tagwacht“ vor, Kirchbachstr. 12. — G. G. 3. 1. Bürger-Rechtungs-Institut. 2. Friedrich-Wilhelms-Anstalt für Arbeitsjame. 3. Biedersee-Erftung. Alle drei im Berliner Rathaus. — W. R. A. Benutzen Sie die Adresse: Bau- und Sparverein, hier NW, Südfingerstr. 7. — G. 100. Gibt es nicht. Vielleicht ermitteln Sie etwas durch das Berliner Adreßbuch, 2. Band, Teil 4, Seite 221. Fragen Sie auch an bei dem Auto-Ausstellungsbureau, hier NW, Prinz-Louis-Ferdinandstr. 1. — G. F. 15. 1-5. Alle Einzelheiten können Sie in Erfahrung bringen durch den Vorstand des Schiffschiffersvereins in Bremen. Benutzen Sie diese Adresse mit Angabe Ihrer Wünsche und Ziele sowie unter Einreichung eines kurzgefaßten Lebenslaufes. — 339. Rein. — 457. Ja. — Toffe. Rein.

Witterungsüberblick vom 23. August 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Windrichtung, Windstärke, Wetter. Lists weather conditions for various stations like Eutin, Hamburg, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 24. August 1905. Küdler, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich frühen westlichen Winden.

Wasserstand am 23. August. Elbe bei Ruffig — 0,20 Meter, bei Dresden — 1,02 Meter, bei Magdeburg + 1,09 Meter. — Ua Krut bei Straßfurt + 1,06 Meter. — Oder bei Rathow + 0,06 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,50 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,85 Meter, bei Frankfurt + 0,50 Meter. — Elbe bei Bruchmünde + 2,26 Meter. — Rache bei Uch — Meter. — Barthe bei Josen — Meter.

Neue Freie Volksbühne

Die Kunst dem Volke!

Das neue Spieljahr beginnt künftigen Monat mit folgenden Vorstellungen:

I. Serie.

Sonntag, den 3. September 1905, nachmittags 2 1/2 Uhr (1. Abteilung) Neues Theater

Ein Sommernachtstraum.

Komödie in 5 Aufzügen von W. Shakespears. — Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy.

II. Serie.

Sonntag, den 10. September, nachm. 3 Uhr (6. Abteilung) Schiller-Theater N.

Fuhrmann Henschel.

Schauspiel in 4 Akten v. Gerhard Hauptmann.

Für die folgenden Serien sind in Aussicht genommen: „Cranquebille“, Lebensbild von Anatole France. „Musotte“ von Guy de Maupassant. „Morgenröte“, Komödie aus dem Jahre 1848 von Josef Rüdiger. „Das Leben ein Traum“, Schauspiel von Grillparzer. „Zapfenstreich“, Schauspiel von Franz Adam Beyerlein. „Ein Volksfeind“, Schauspiel von Ibsen. „Der Revisor“, Komödie von N. Gogol. „Aschenbach“, ein thüringisches Bauerndrama v. Armin Gimmorthal (Novität). „Der Graf von Charolais“, Trauerspiel von Rich. Beer-Hoffmann.

III. Serie.

Sonntag, den 24. September, nachm. 3 Uhr (1. Abteilung) Schiller-Theater O.

Das Käthchen von Heilbronn.

Romantisches Ritterschauspiel v. H. v. Klot.

Die Monatsschrift des Vereins „Die Kunst dem Volke“ wird den Mitgliedern gratis durch die Post zugestellt.

Zwei neue Abteilungen

werden mit Beginn des neuen Spieljahres eröffnet. Mitglieder-Anmeldungen werden an allen Zahlstellen entgegengenommen. Das einmalige Einschreibegeld beträgt 1 M., der jeweilige Vorstellungsbeitrag 50 Pf. mit Ausnahme der „Sommernachtstraum“-Vorstellung, für die in Anbetracht der sehr hohen Inszenierungskosten, des Orchesters usw. ein Zuschlag von 20 Pf. erhoben wird.

Die bereits angekündigte Vereinsgeschichte wird unter dem Titel: „Die Neue Freie Volksbühne“, Geschichte ihrer Entstehung und Entwicklung, herausgegeben vom Vorstande, erscheinen. Das 60 Seiten starke Heft ist zum Preise von 20 Pf. vom 1. September ab an allen Zahlstellen zu haben.

- Zahlstellen: N.: Fischer, Veteranenstr. 6. A. Knapp, Grünthalerstr. 5. U. Schöngalla, Weißburgerstr. 60. R. Kanapke, Brunnenstr. 122. K. Kleinau, Gerichtstr. 4. G. Blume, Chausseestr. 26. R. Hirschka, Graunstr. 12. NO.: W. Schrolle, Landwehrstr. 3. M. Probst, Lindenstr. 8. NW.: H. Becker, Gatzkowakstr. 2. W. Wendschek, Schiffbauerdamm 6. SW.: H. Landgraf, Bergmannstr. 101. J. Pech, Teltowerstr. 37. O. Martiansen, Belle-Alliancestr. 7. S.: H. Bobsien, Kommandantenstr. 62. W.: O. Thiele, Potsdamerstr. 28. E. Neumann, Tauentzienstr. 20. SO.: H. Köhn, Nannynstr. 83. H. Kaufhold, Wrangelstr. 52. III. A. Strangfeld, Britzerstr. 24a. U. Stangenberg, Köpenickerstr. 20a, pt. O.: W. Tabert, Markusstraße 14. H. Hirsch, Littauerstr. 22. A. Gorn, Boxhagenerstr. 2. L. Grubert, Fruchtstr. 55. C.: O. Pimofsky, Neue Jakobstr. 8. E. Neumann, Weinmeisterstr. 18. Schöneberg: P. Arendt, Kolonnenstr. 43/44. III. Friedenau: C. Danz, Kirchstr. 15. Stf. III. Rixdorf: O. Heinrich, Münchenerstr. 19. Charlottenburg: E. Schäfer, Schillerstr. 102 u. Osnabrückerstr. 3. Friedrichshagen: C. Stegmann, Seestr. 107.

Die Geschäftsstelle des Vereins befindet sich Berlin NW., Bremerstraße 59, vorn II. Fernsprecher: Amt II No. 4241.

Der Vorstand. I. A.: Heinrich Neff.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg.

Sonntag, den 27. August, mittags 12 Uhr:

General-Versammlung

in Teltow, Restaurant Pickenhagen, Berlinerstr. 16.

Tages-Ordnung:

- 1. Der Parteitag in Jena. Referent: Reichstags-Abg. Fritz Zubell. 2. Diskussion über die zum Parteitag gestellten Anträge: a) Anträge zum Organisationsstatut; b) Sonstige Anträge zum Parteitag. 3. Wahl von Delegierten zum Parteitag. 4. Wahl von Delegierten zur Brandenburgischen Provinzialkonferenz. 5. Resolution betr. den „Vormärz“. 6. Verschiedenes. Laut Statut ist jeder Wahlverein berechtigt, drei Delegierte zu entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandat versehen sein. Parteigenossen haben als Gäste Zutritt.

Der Vorstand. S. A.: W. Eberhardt.

Brauerei-Handwerker.

Sonnabend, den 26. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal I):

Versammlung

aller in den Berliner Brauereien beschäftigten Handwerker.

Tages-Ordnung:

- 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen A. Körsten: Die Tarifverordnungen in den Berliner Gewerkschaften. 2. Bericht über den Stand unserer Tarifbewegung. 3. Verschiedenes. 182/1. 4. Wahl eines jeden Brauerei-Handwerkers ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. In derselben kommt die Statistik über die Zahl und Organisationsverhältnisse der Handwerker der einzelnen Berliner Brauereien zur Verteilung. Mit Gruß Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Möbelpolierer.)

Montag, 28. August, abends 8 1/2 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

- 1. Vortrag des Genossen Max Schütte: „Sophie, Gräfin v. Dohlsfeld“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. Die Kollegen werden ersucht, recht rege für den Besuch der Versammlung zu agitieren.

Mittwoch, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Kubat, Blumenstraße 38:

Branchen-Kommissions-Sitzung. Der Obmann.

Donnerstag, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Versammlung für die Küchenmöbel-Branche.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Einberufer.

Achtung! Königs-Wusterhausen Arbeiter-Radfahrerverein „Brüderschaft“.

Am Sonntag, den 27. August, feiern wir im Lokal des Herrn Max Wedhorn („Altes Schützenhaus“) unser

Zweites Stiftungsfest,

bestehend in Konzert, Korfahrt, Reigenfahren und großem Ball. Alle mitglieder Vereine, nicht Vereins und Bekannten werden hiermit freundlich eingeladen und bitten wir, uns an diesem Tage durch zahlreichem Besuch zu unterstützen.

Anfang 2 Uhr. Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Ortsverwaltung Berlin.)

Freitag, den 25. August 1905, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Preuß, Trostow, Neue Krug-Allee 59:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Berichtsstattung vom Verbandstage in Magdeburg. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verhandlungsangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand. S. A.: Ernst Obst.

Achtung! Gewerkschaften und Vereine. Achtung! Pracht-Säle des Ostens. Eröffnung: Frankfurter Allee 151/152 Anfang November. Empfehlung: den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine neu erbauten Pracht-Säle 100, 500, 1000, 1500 Personen fassend, mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattet, wie elektrisches Licht, Zentralheizung, zu allen Festlichkeiten, Hochzeiten unter hübschen Bedingungen. Vereinszimmer und Kegelbahnen sind noch einige Tage zu vergeben. Auch sind noch Sonnabende im November, Dezember etc. und Januar, Februar und März 1906 frei. Bestellungen zur Abhaltung von Festlichkeiten usw. werden jetzt schon entgegengenommen beim Besitzer 150/13 O. Cranz, Badstr. 12.

Zentral-Verband der Steinarbeiter (Berlin I). Donnerstag, den 24. August 1905, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15: Mitglieder - Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Der Streik der Steinarbeiter in Kirchheim und Leidingfeld. 2. Die Beförderung des „Steinarbeiter“. 3. Abrechnung vom Sommerfest. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Gewerkschaften und Vereine. Achtung! Pracht-Säle des Ostens. Eröffnung: Frankfurter Allee 151/152 Anfang November. Empfehlung: den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine neu erbauten Pracht-Säle 100, 500, 1000, 1500 Personen fassend, mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattet, wie elektrisches Licht, Zentralheizung, zu allen Festlichkeiten, Hochzeiten unter hübschen Bedingungen. Vereinszimmer und Kegelbahnen sind noch einige Tage zu vergeben. Auch sind noch Sonnabende im November, Dezember etc. und Januar, Februar und März 1906 frei. Bestellungen zur Abhaltung von Festlichkeiten usw. werden jetzt schon entgegengenommen beim Besitzer 150/13 O. Cranz, Badstr. 12.

Maler, Anstreicher

und alle im Berufe tätigen Personen!

Donnerstag, 24. August, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppensstraße 29:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

Tarifverlängerung oder Kündigung des Tarifs?

Kollegen, wir erwarten, daß Ihr vollzählig erscheint!

Der Gehülfen-Ausschuß. V. V.: Wilhelm Wendel, Witzgeßstraße.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Freitag, den 25. August, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Stellung des „Berliner Betonvereins“ zu unseren zur Vertragsverhandlung gestellten Forderungen. 2. Die Abrechnung vom zweiten Quartal und vom dritten Stichtagsfest. 3. Die Regelung des Gehalts für die in unserem Bureau tätigen Kollegen. 4. Die Anträge der Gruppe der Röhrenarbeiter zum Regulativ des Arbeitsnachweises. 5. Verschiedenes.
Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß die Mitglieder in dieser Versammlung vollzählig erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Achtung!

Achtung!

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 28. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Zusammenbruch der Firma Reumeyer. Referent A. Siockfeld. 2. Diskussion. 3. Der Sturz der Pianofabrikanten in Koblenz. 4. Verschiedenes.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet zahlreiche Erscheinung.

Die Branchenkommission des Holzarbeiter-Verbandes.

Jedes 5 Pfennig.

Wort: 5 Das erste

Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen

für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstraße 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Steppdecken billigt Hobert Große

Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Teppiche mit farbigen Seiden- und

Wollstoffen Große Frankfurterstraße 9,

parterre. +37*

Teppiche! (schonste) in allen

Größen für die Hälfte des Wertes

im Teppichlager Brunn, Godesche

Markt 4, Bahnhofstraße. 251/119*

Gartenhaus Große Frankfurter-

straße 9, parterre. +37*

Fahrräder, Teilzahlungen. Un-

validen 148 (Eingang Ver-

straße), Große Frankfurterstraße 56,

Stalgerstraße 40. 7098*

Sofas, größte Auswahl, von

21 Mark an, direkt in der Fabrik

Andreasstraße 38. 7058*

Abfrierbrunnen, 8,00 bis 100,00,

gebraucht 5,00 an, Gummischläuche,

Peter 0,40, Werkzeuge umsonst. Wolff,

Adlerstraße 81. 7436*

Deckbett, Unterbett, Kissen mit

glattrottem Anlett, zusammen 10,50,

nur (Wandliche) Andreasstraße 38. *

Metzger-gestrichenes Deckbett, Unter-

bett, zwei Kissen, 18,00, Andreas-

straße 38. 7628*

Baumwoll-Baumwoll, Deck-

bett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00,

Großes Kissen, Stück 1,00, Wandliche

Andreasstraße 38. Elektrische nach

überall. 7638*

Gelagenheitskäufe: Paletten, An-

züge, Hosen, Koffer, Revolver,

Teleskope, Uhren, Goldschmuck, Kessel,

Spottbillig. Lude, Oranienstraße 131.

Reifeblätter, Operngläser, Reife-

zeuge, Regulatoren, Freischwinger,

Harmonikas, Geigen, Klaviers, Betten,

Teppiche, Spottbillig. Lude, Oranien-

straße 131. 9026*

Herrenanzüge, Ueberzieher, wenig

getragene Herrenanzüge von 5

Mark an, große Auswahl, für jede

Figur, auch neue, elegante, nicht

abgeholte Sachen, man kann man

billigsten aus erster Quelle direkt

nur beim Schneidermeister Hartenstein,

Reifenstraße 15, III. Kein

Sachen! Fernsprecher III, 2393. *

Wannentische von 6,00 an,

Sommerpaletten von 5,00 an, Hosen

Kanarienvögel 6,00, Vorkläger,

Seifenlampe, Schloßplatz 2, 27/5*

Beitenlagerer Wandblechhaus,

Weidenweg neuzug, heute großer

Beitenverkauf spottbillig. 45*

Gutzügende Blusen, Kostümröcke,

Jackets, aus guten Stoffen selbst-

gefertigt, verkauft, da keine Roh-

stoffe, zu ausfallend billigen Preisen

Altauer, Brunnenstraße 4, I. 8896*

Kinderwagen, Kinderbetten,

Sportwagen, gebrauchte, zurückge-

kauft, Spottbillig. Schneider, Kurfür-

straße 172. 8996

Hochelegante Herrenanzüge und

Paletten aus feinsten Stoffen 25-40

Mark. Verkauf Sonnabend und Sonn-

tag. Verkaufsbüro Germania, Unter

den Linden 21. Keine Illusionen.

Regulatore, Freischwinger, e-

legante, 11 Mark. Gubenstraße 3,

Wandliche. 745*

Bett 17,00, bessere spottbillig.

Nigel, Dresdenstraße 38. 9175*

Freitische, große Auswahl. Schnei-

der, Große Frankfurterstraße 13. 2912*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf

Teilzahlung, ohne Anzahlung. Kang-

schell, hochartig, komplett, mit

allen Apparaten. Elegante Aus-

stattung, drei Jahre reede Garantie.

Wolmann, Gollnowstraße 26, nahe

der Landsbergerstraße. Alte Maschinen

nehme in Zahlung. 6688*

Wäbelschende, Brausefäule,

empfehle meine Wäbelschender für

Bahnungs-Einrichtungen (sowie

einzelne Möbel. Rante Küche. Eng-

lische Schlafzimmer. Große Auswahl.

Kein Laden. Nur Keller und Hinter-

räume Teilzahlung. Gornsdorf, Zeh-

meister, Dresdenstraße 124. 7198*

Widdergeschäfts-Einrichtungen,

Widder, Rannen, Wahe, Wid-

der, Wiedergeladen, Untermarktstr.

billig. Jordan, Widderstraße 21.

Bronzegastromen! dreifachmig!

6,00! Gasgampel 9,00! Salom-

onstrumen! 15,00! Gaslösen 17,1!

Schäufelherd! spottbillig! Wollauer,

Balmerstraße 32. (Gaslo-

cherhaus) 7488*

Schleifler, Turmstraße 85, ist

ein reelles Herren- und Knaben-

konfektionsgeschäft, wo nicht vor-

geschlagen, gehandelt oder abge-

Ringschiffchen, Bobbin, Schnell-

näher, ohne Anzahlung, Höhe 1,00,

gebraucht 12,00, Köpferstraße 60/61,

Große Frankfurterstraße 43, Preng-

auerstraße 59/60. 789*

Rekulturation, Vereinszimmer für

Gewerkschaften, am Spittelmarkt,

billig. Kunstst. erstellt Keitner, Ob-

stegstraße, Neumarktstraße, Kronen-

straßen-Gäß. 952b

Waldparzellen jeder Größe, noch

von 10 Mark an. An der Straße, her-

renliche idyllische Lage in Birkenwerder,

nur Wald, Wasser, nur noch beim

hulanten Otto Jores, Pantom-

enstraße 10. 9586

Rekulturation, Nähe Kottbus,

7 Jahre bestehend, wegen anderer

Unternehmen billig veräußert. Er-

stragen Schlichter, Algenbrun-

nenstraße 47. 27/6

Bettenverkauf, spottbillige Ein-

zelstücke. Springer, Damm-

straße 25. 9906

Kanarienvögel, Vorkläger,

Seifenlampe, billig. Rahnke, Gdr-

überstraße 32, II. Hausstr. III. *

Widdergeschäfts veräußert sofort

oder 1. Oktober. Zu erfragen Hoch-

dammstraße 22, Lokal Agenten

Papierhof. 795

Betten, zwei, guter Stand, einige

früher Gardinen, Teppich, zwei

Steppdecken, spottbillig. Hoffmann,

Reumannstraße 52. 9065

Grünrängeschäft, wenig gut-

gehend, wegen Übernahme säter-

lichen Grundstücks zu verkaufen Lö-

wenstraße 12. 745

Zigarrengeschäft, Riete 696,

Lagedasse 16, verkauft Grunertstr. 8

(Wollnapph). 7147

Rekulturation, Seltenes Angebot,

billige Riete. Schöne Räume. 30/2

Umzug. Anderen Unternehmens wegen

sofort. Ullig, Schilkestr. 23. 7147

Herrenrad, Damenrad, schones

modernes, paar mal gefahren,

umhandelt, sämtlicher Zubehör

45,00. Große Frankfurterstraße 14,

Hof geradeg. 7107*

Fahrradrepaturen. Fahrrad-

zubehör sehr billig Große Fran-

furterstraße 14. 7107*

Uhr als Zugabe erhält diese Woche

Käufer einer Nähmaschine, ohne An-

Kunsttyperei von Frau Kolosch,

Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Duchführung. Stenographie,

Schreibmaschine, Sprachen. Salomon,

Kochstraße 26. 664*

Teilzahlung. Anfertigung e-

leganter Herrengarderobe. Marcus,

Landsbergerstraße 75. 7125*

Vereinszimmer 25, 40, Saal

150 Personen, Piano, zwei Regel-

bahnen, vergibt Ladewig, Alte Jakob-

straße 33. 6558*

Ausstellungen, geschickte Re-

anfertigung; niedrige aber reelle

Preise. Scholz, Kapteiner, Guben-

straße 40. 9646*

Wäsche wird sauber gewaschen, im

Freien getrocknet. Laten, Reibwische

0,10. Abholung Sonnabends. Emil

Wankat, Köpenick, Müggelseimer-

straße 40. 9226

Geschäftsvermittlung. Allen Freun-

den und Genossen zur Nachricht, daß

ich ein Schankgeschäft in der Doppel-

straße 6 eröffnen habe. Vereinszim-

mer zu vergeben. Achtungsdool Hermann

Scholz, Doppelstraße 6. 740

Räderverleihung. Tandems und

Dreiräder billigst Große Frankfurter-

straße 14. 7107*

Maurern, Zimmerer erstellt

Rechenunterricht, tags, abends,

Sonntags. Kräftest, Wittenber-

gerstraße 7 II. 27/8

Ein Kind gibt in Pflege Reimden-

dorferstraße 43a. Unter Seltensiegel

links. 7114

Wohnungen.

Herrenstraße 62, Nizdorf, zwei

Zimmer mit Balkon und Ein-Zimmer-

Wohnungen billigst im neubau-

teile. 7038*

Kleinwohnungen, gesunde, aller-

billigst, sofort, später, Nizdorf, Köp-

ferstraße 15, Bangsstraße 12 (Her-

mann-Platz). 26/9*

Gubenstraße 36, 37, 38, ein,

zwei, drei Stuben und Küche, Balkon

billigst. 8265*

Soldinerstraße 16. Wohnungen

von 1-2 Zimmer zum 1. Oktober

zu vermieten. 745*

Stube, Küche, 16 Mark, Nizdorf,

Jägerstraße 15. 9535

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlaf-

Stellengesuche.

Schmelzer, Volkshumorist, auch

mit Gesellschaft, Stettinerstraße 57.

Volkshumorist Gerhards, Brangel-

straße 115. 720

Komiker, Soubretten, Duettisten

steht zu haben bei Palm, Brangel-

straße 109 I. 720

Gedicht, Volkshumorist (auch mit

Gesellschaft), Fennstraße 1a. 7114*

Bauschloßer sucht sich für Instal-

lation vorläufig als Helfer einzu-

arbeiten. Offerten abzugeben bei

Wengels, Frankfurter Allee 70, unter

„Ankündigung“. 745

Blinder Stuhlflüchtler bietet um

Arbeits. Stühle werden abgeholt und

zurückgeführt. U. Götter, Rulad-

straße 27. 14685

Stellenangebote.

Klavierpieler und Geiger sucht

Sonntags Friedensgarten, Nieder-

Schönhausen-Nordend. 9575

Tätige Schloßer auf Operations-

möbel. Louis u. G. Loewenstein,

Riegelstraße 28. 253/20

Tätiger Radierer auf Operations-

möbel. Louis u. G. Loewenstein,

Riegelstraße 28. 253/19

Einem Vater für Goldleisten ver-

langt H. Beckmeier, Schmidstr. 8a.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Eichwalde. Sonntag, den 27. d. M., hält der Männer-Turnverein im Lokale von Widert ein Vergnügen ab. Da versucht wird, in Arbeiterkreisen Villetts umzusetzen und das Lokal uns nicht zur Verfügung steht, weist man die Karten zurück. Die Lokalkommission.

Berliner Nachrichten.

Von der Heilsarmee.

Diese merkwürdige Organisation macht neuerdings wieder vielfach von sich reden. Es scheint, daß die Gemisch von Religion und Melange nur bestehen zu können vermag, wenn es immer lauter die Trommel rührt, sich immer energischer in der Öffentlichkeit bemerkbar macht. Daher die mit allerhand Beiwert verzerrten Versammlungen, daher der Umzug, der dieser Gesellschaft letzten Sonntag vollständig gefallt worden ist, während Arbeiterkreise eines abschlägigen Bescheides sicher sein können. Immerhin sind wir tolerant genug, auch die Heilsarmee treiben zu lassen, was ihr beliebt. Gewissensfreiheit für jedermann, selbst auf die Gefahr hin, daß er sich durch Uebung dieser Freiheit bei anderen Menschen lächerlich mache. Auch stehen wir gar nicht an, zu erklären, daß uns der Idealismus in der Heilsarmee Respekt abnötigt. Es gehört immerhin ein starkes Stück Opfermut für ein junges Mädchen dazu, Abend für Abend in Anzeihen den „Kriegsruß“ zu verbreiten und bei jeder Abwehrlust und Unfähigkeit dummer Bengel ruhig und geduldig zu bleiben. Dergleichen sind die Wohltätigkeitsanstalten der Heilsarmee mindestens nicht geringer einzuschätzen, wie andere Institute dieser Art auch.

Was uns dennoch nötigt, uns mit dieser Gesellschaft zu befassen, das ist die soziale Lage ihrer Angestellten. Wie es diesen geht, zeigt folgende Mitteilung: „In den Regeln und Bestimmungen“ der Heilsarmee kann man lesen, daß ein Leutnant, also der unterste Beamte, nach erfolgter Ausbildung acht Mark, ein Kapitän neun Mark wöchentlich erhält. Außerdem hat er freie Wohnung. Das wäre immer noch angängig; aber wann erhält ein Offizier so viel? Daß ihm die etwaige Summe ausbezahlt wird, ist vielleicht seit Bestehen der Gesellschaft noch nicht vorgekommen. Der Offizier darf nämlich nur dann Gehalt einbehalten, wenn er von den Soldaten nicht zu essen bekommt und wenn alle anderen Ausgaben, wie Miete, Gasrechnung etc., gedeckt sind. Hat nun, was in Berlin allerdings zumeist der Fall ist, das Corps viele Soldaten und Freunde, dann können die beiden Offiziere, Kapitän und Leutnant, leidlich auskommen. Sie müssen eben die Reste der Mahlzeiten anderer vertilgen. An anderen Orten, wo nur knapp die Mittel aufgebracht wird, können die armen Menschen verhungern. Zumal im Winter ist der Notstand groß. Oft müssen die Leute in ungeheizten, zugigen Wägen schlafen, nur mit einer Pferdebedeckung bedeckt. Allerdings verspricht das Hauptquartier auszuhelfen, wenn Not vorhanden. Aber schreibt so ein Offizier, dann erhält er als Antwort den Rat, er möge fleißiger arbeiten und vor allen Dingen beten. So sieht man denn oft Offiziere der Heilsarmee herumlaufen, denen man das Vaterunser durch die Waden lesen kann. Führt nun so ein Mann in seiner Not den Entschluß, wieder zu seinem früheren Handwerk zu greifen, so wird er bald gewahrt, daß er viel zu enträtelt ist, um diesen Schritt wagen zu dürfen. Immerhin muß anerkannt werden, daß es mitleidige Menschen gibt, die einem Heilsarmee-Soldaten den Weg bereiten, auf dem er wieder zu einem geordneten Leben zurückkehren kann.

Während ihrer etwa fünfzehnjährigen Tätigkeit in Deutschland hat die Heilsarmee im Durchschnitt alle Jahre 65 Offiziere ausgebildet. Kaum zehn davon sind Führer der Organisation geblieben und diese wohl auch nur, weil sie ihre ganz besonderen Grände hatten. Man mag einwenden, daß die Leute, die zur Heilsarmee gehen, dies von innerem Drange getrieben tun, und die Öffentlichkeit daher keinen Anlaß habe, sich mit ihrem selbstgewolltem Schicksal zu befassen. Wo aber ein schwerer sozialer Notstand vorliegt, hat die Bevölkerung immerhin Anlaß, sich das Wirken der mit Wohltätigkeit und Nächstenliebe operierenden Heilsarmee aus der Nähe zu betrachten.

So die an uns gerichtete Zuschrift. Auf einen ähnlichen Ton sind Mitteilungen der „Volk-Zeitung“ gestimmt. Danach werden Offizieren im Kandidatenformular Verträge vorgelegt, in denen sie sich zugunsten des Kommandeurs der Heilsarmee aller Rechte und Ansprüche begeben, Verträge also, die den guten Sitten zuwiderlaufen. Im Gegensatz zu diesen Hungerlöhnen der unteren „Chargen“ der Heilsarmee, so schreibt die „Volk-Zeitung“, beziehen die oberen und obersten, die merkwürdigerweise ausschließlich Engländer oder Amerikaner sind, mit alleiniger Ausnahme des sogenannten „Sozialsekretärs“, sehr anständige Jahresentlohnungen. Sie erscheinen auch im Gegensatz zu den Inhabern der niederen Offiziersstellen für gewöhnlich nicht in der Heilsarmee-Uniform, sondern als komplette „Gentlemen“ gekleidet. Wollen die hohen Herren etwa nicht auffallen? Das Blatt bemängelt dann noch, daß über die Einkünfte der Heilsarmee keine öffentliche Rechnungslegung erfolgt. Vielleicht beschäftigt sich nach allem die Öffentlichkeit etwas mehr mit dem Wirken der Heilsarmee.

Was die deutsche Polizei sich heutigen Tages herausnimmt, zeigt die folgende von einem hiesigen Geschäft an uns gerichtete Zuschrift:

Wir verlangen von unseren Organen, sofern dieselben angestellt zu werden wünschen, ein polizeiliches Zeugnis. Es liegt uns ein solches der Polizeibehörde in Kreuzburg vor folgenden Wortlaut:

Dem Kaufmann A. wird hiermit amtlich bescheinigt, daß über denselben während der Dauer seines Aufenthaltes am hiesigen Orte etwas Nachteiliges nicht bekannt geworden ist und derselbe in seinen bisherigen Lebensverhältnissen sich achtbar und unbescholten geführt und an ordnungsförderlichen Vereinen und Bestrebungen nicht beteiligt hat. Ausweislich der diesseitigen Melderegister hat sich der Genannte zu nachgenannten Zeiten hierorts aufgehalten: (Folgen Daten.)

Vorstehende Bescheinigung wird dem Genannten zum Zwecke der Verwerbung um eine Anstellung erteilt. Kreuzburg O.-S., den 6. August 1903.

Die Polizeiverwaltung. J. W. gez. Krndt.

Wir wundern uns darüber, so schreibt uns der Geschäftsführer noch, daß sich eine Behörde in einem solchen Zeugnisse ein Urteil über die politische Gesinnung des Antragstellers erlaubt und wir bitten Sie von vorstehendem, sofern es von Interesse für Sie sein sollte, gelegentlich in Ihrem werten Blatte Gebrauch zu machen.

Wir raten einem Arbeiter, der in Kreuzburg in Beschäftigung treten will, — es könnte ja ein Berliner sein, — sich als Bedanche vorher bei der Polizei zu erkundigen, ob der Unternehmer, dem er seine Arbeitskraft widmen will, auch ein reputierlicher Mann sei, der keinem ordnungsförderlichen Verein, insbesondere keinem Scharfmacherverband oder Pokersklub angehört. Auf diese Weise kann der Polizei am Ende der komische Aberglaube ausgehoben werden, daß es ihre Aufgabe sei, sich um die politische z. B. Gesinnung der Staatsbürger zu kümmern, von deren Größeren sie unterhalten wird. In Berlin schließt sich dieser und jener Unternehmer den Kopf darüber, daß die Polizei ihre Zeit mit Arbeiten hinbringt, die sie nichts angehen; zumeist ist aber heutigen Tages ja noch im Unternehmertum die Ansicht in Geltung, daß die Polizei ihm Kommissdienste zu leisten habe.

Noch ein „Anten durch“. Zur Frage des Straßenbahubetriebs am Brandenburger Tor wird mitgeteilt: Die unangenehmen Betriebsstörungen, welche, wie auch der Dezernent der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde, Geh. Raurat Vort, in seinem jüngst erwähnten Vortrage anerkennt, auf den Unterleitungsstrecken der Straßenbahn unvermeidlich sind, haben, wie seinerzeit gemeldet, die Große Berliner Straßenbahn veranlaßt, ein Projekt auszuarbeiten zu lassen, welches bezweckt, die Straßenbahnwagen am Brandenburger Tor durch einen Tunnel zu führen, so daß dieselben von diesem bevorzugten Plage gänzlich verschwinden, was ja aus verkehrspolitischen und auch ästhetischen Gründen recht wünschenswert erscheint. Daran, hier den Oberleitungsbetrieb zu verlagern, hat wohl niemand ernstlich gedacht und es ist daher der „Großen Berliner“ auch gar nicht eingefallen, die Zulassung desselben zu beantragen. Die geplante Tunnelanlage ist so gedacht, daß die Wagen in der „Königgräber“, nahe der Kennstraße, in eine neben dem Reitweg gelegene Rampe einschwenken, den Platz vor dem Brandenburger Tor im Bogen unterfahren und jenseits desselben, auf einer Rampe, die an der Grenze des Tiergartengeländes, zwischen Friedens-Allee und Simonstraße liegt, das Straßenniveau wieder gewinnen. Die Wagen der Charlottenburger Straßenbahn müssen dann, um die Tunnelbahn im Niveau kreuzen zu können, von der Dorotheenstraße durch die Friedens-Allee nach der Charlottenburger Chaussee geführt werden, was keinerlei Schwierigkeiten begegnet. Weiterhin, durch die Sommerstraße und über den Königsplatz würde die Straßenbahn allerdings Oberleitung erhalten müssen, diese wird aber, von Bäumen und Gebäuden verdeckt, wohl kaum in die Augen fallen. Nach wiederholten Beratungen und Abänderungen ist dies Projekt, dem der Kaiser sehr sympathisch gegenübersteht, von den Aufsichtsbehörden genehmigt worden, es hängt aber mit dem Plan der Untertunnelung des Opernplatzes zusammen, der, wie wir seinerzeit meldeten, wegen des Neubaus des Opernhäuses auf unbestimmte Zeit vertagt worden ist. Auch über den Opernplatz sollen sich die Aufsichtsbehörden im Prinzip bereits schlüssig gemacht haben; sobald der Plan für das neue Opernhaus definitiv feststeht, werden danach beide Projekte, der Straßenbahntunnel am Opernplatz und der vor dem Brandenburger Tore, dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt werden können. Daß diese — für beide Projekte — erteilt werden wird, gilt in unterrichteten Kreisen für sicher. Danach kann von der angeleglichen Ablehnung des einen Projekts — Untertunnelung des Platzes vor dem Brandenburger Tor — keine Rede sein.

In den Stadtverordneten-Wahlen.

die im Herbst kommen, trifft allmählich der Freisinn seine Vorbereitungen. Die erste öffentliche Agitation ist bei Gelegenheit eines Dampferausfluges versucht worden, den der „Vereinsverein des Köpenicker Stadtviertels“ in dieser Woche gemacht hat. Aus einem Bericht der „Freien Deutschen Presse“ („Freis. Ztg.“), des unentwegtesten Organs des Berliner Kommunalfreisinn, ersieht man, daß der Stadtverordnete Rosenow, der Vorsitzende dieses Vereins, in seiner Rede „einen Appell an die liberalen Bürger richtete“ bei den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen „die liberalen Mandate gegen die Sozialdemokraten und Konservativen zu verteidigen“. Herr Rosenow hat allerdings allen Anlaß, sein nicht mehr allzu großes Gefolge zu doppeltem Eifer anzuspornen. Er, der bisher den 19. Bezirk dritter Abteilung (westliche Strede der Köpenickerstraße nebst Querstraßen) vertrat, muß diesmal selber sich seiner Haut wehren; denn auch sein Mandat läuft ab. Die Wähler dritter Abteilung werden nicht vergessen haben, wie sehr Herr Rosenow in der Stadtverordneten-Versammlung um die Interessen des privaten Unternehmertums besorgt war, als die Stadt Berlin durch einige Fürsorge für ihre eigenen Arbeiter mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Es schmerzte ihn, daß das gute Beispiel der Stadt den bösen Sitten privater Arbeitgeber schaden könnte.

Die Reuter-Stiftung, deren Haus in der Schulstraße zur Aufnahme alter und bedürftiger Kaufleute und Handlungsgehilfen bestimmt ist, hat in neuerer Zeit wieder manche Zuwendung erhalten. Die neueste Nachweisung des Magistrats über die bei ihm eingegangenen Geschenke und Vermächtnisse, die über den Juli berichtet, führt eine Spende von 16000 M. auf, die der Reuter-Stiftung überwiesen worden ist. Außerdem sind in den vorhergehenden Monaten einige kleine Beträge für die Stiftung gezahlt worden. Auch im vorigen Jahre wurde der Reuter-Stiftung eine Zuwendung in Höhe von 16000 M. gemacht, ferner Geschenke von 5000 M., von 3000 M., einige von je 1000 M. und mehrere kleinere Beträge. Insgesamt 16000 M. sind jedesmal zur Verlegung einer neuen Stelle im Stifthause erforderlich; der Zinsbetrag dieser Summe reicht aus, um die Kosten der Stelle zu decken. Die Reuter-Stiftung wurde im Jahre 1888 für 84 Stellen eingerichtet, doch konnten damals wegen Mangel an Mitteln zunächst nur 15 dieser Stellen besetzt werden. Erst in den folgenden beiden Jahrzehnten ist es nach und nach gelungen, aus den Zinsen geschenkter Kapitalien auch die übrigen Stellen fast sämtlich zu besetzen. Dem Stifter hatte freilich eine Anstalt mit etwa 60 Stellen vorgeschwebt.

Die Berliner Feuerwehr.

Nachdem wir wiederholt schon uns mit den Zuständen im Berliner Feuerwehrkorps beschäftigt und dabei die „Schönheiten“ des Feuerwehrdienstes beleuchtet haben, können wir nunmehr unseren Lesern mitteilen, daß mit dem Wechsel in der Leitung erfreulicherweise bereits viele Erleichterungen und Verbesserungen eingetreten sind. Billig doch Branddirektor Reichel mit aller Kraft auf eine Vereinfachung des Feuerwehrdienstes hinwirken, um die überlasteten Mannschaften nach Möglichkeit zu schonen, ohne dabei ihre Leistungsfähigkeit herabzumindern. Schon bei seiner Einführung erklärte er, daß er kein Freund der Vießschreiber sei und verschaffte dieser Ansicht auch vom ersten Tage seiner Wirksamkeit an Geltung, indem er den Bureau-dienst bedeutend vereinfachte. Durch Abteilungsbesehl ist bereits die Arbeitszeit der Mannschaften im inneren Dienst verfürzt worden. Früher mußten die Mannschaften an den Wochentagen bis 7 Uhr abends und am Sonntage bis zum Mittag hin in den Depots arbeiten, was nicht gerade zur Zufriedenheit der Feuermänner beitrug. Künftig dauert der Dienst an den Wochentagen nur bis 6 Uhr und am Sonntage bis zur Frühstückspause. In bezug auf den Theaterwache-dienst ist vieles anders geworden. Die besondere Theaterkompanie wurde, wie wir schon mitteilten, aufgelöst. Jetzt werden die Theaterwachen wieder wie früher von den einzelnen Löschzügen gestellt, doch erstrebt Herr Reichel noch eine weitere Erleichterung an. Während die Mannschaften nämlich jetzt noch an den Tagen, wo sie auf Theaterwache ziehen, vom Theater aus wieder ins Depot zurückkehren müssen und erst am darauffolgenden Tage früh ihren freien Tag antreten dürfen, sollen sie späterhin sofort vom Theater nach Hause begeben dürfen, so daß auf diese Weise ihr freier Tag um ein beträchtliches verlängert wird. Die zahlreichen Vorstellungen der einzelnen Löschzüge auf der Hauptwache in der Lindenstraße, wie sie in den letzten Jahren an der Tagesordnung waren, sollen künftig auf das notwendigste Maß beschränkt werden. — Im übrigen unterzieht Branddirektor Reichel auch die Gerät-

schaften einer genaueren Prüfung. So werden augenblicklich die sogenannten „Gassprizen“ umgebaut, da sie in ihrem langen Bau mit dem hochliegenden schweren Kessel zu sehr während der Fahrt schleudern. Der Kessel wird aufrecht gestellt und auch sonst am Wagenbau manches geändert werden. Der seit mehreren Jahren bei starken Verqualmungen benutzte Giersbergische Rauchapparat ist ganz und gar aus-geschaltet worden, weil er sich schlecht bewährt und bei seinen Trägern mehrfach Erkrankungen herbeigeführt hat. Er wird vorläufig durch die Mülhlersche Rauchapparat ersetzt, doch wird höchstwahrscheinlich in nächster Zeit der verbesserte Königliche Rauchapparat eingeführt werden. Dieser wird augenblicklich schon probeweise auf den Fahrzeugen mitgeführt und übertrifft die Mülhlersche Rauchapparat infolgedessen, als er Verteilung und Sprechvorrichtung hat, durch welche sich der in den verqualmten Raum vorgeschickte Dampf mit den Mannschaften, die den Blasebalg bedienen, verständigen kann. Die neuen Feuermelder mit der aufgesetzten Pa'el, von denen zwei bereits am Spittelmarkt und am Dönhofsplatz aufstellung gefunden hatten, sind wieder entfernt worden, da ihre allgemeine Einführung zu kostspielig wäre, ohne daß dabei ein wesentlicher Vorteil für die Feuermeldungen herausspringen würde.

Die neue südliche Heimstätte für Geseufende in Buch i. d. Mark, welche zur Aufnahme kranker Männer bestimmt ist, hat einen Bestand von 150 Betten, wovon jedoch am 19. d. M. bereits 86 besetzt waren, so daß noch 64 Betten frei waren. Alle übrigen Heimstätten sind voll besetzt.

Unseren geplagten Hausfrauen droht ein neuer Angriff auf ihre Wirtschaftskasse, indem nun auch die Butterhändler daran gehen, ihre Verkaufspreise zu erhöhen. Nach einem Inserat des Vereins Berliner Butterkaufleute, dem wohl fast alle nennenswerten Firmen dieser Branche angehören, und auf das wir hiermit verweisen, sollen die Engrospreise eine derartige Höhe erreicht haben, daß es nicht mehr möglich ist, seine Tafelbutter unter 1,30 bis 1,40 M. und gute Kochbutter unter 1,10 bis 1,20 M. pro Pfund in den Detailgeschäften zu verkaufen. Daß auch hierbei der hohe Eingangszoll eine nicht unwesentliche Rolle spielt, beweist, daß z. B. in Danemark feinste Butter etwa 1,17 M. pro Pfund kostet, während Hamburg für die gleiche Gattung 1,28 M. und Berlin 1,24 M. pro Pfund notiert. Dieser Preisunterschied genügt aber den Herren Agariern noch nicht, und so haben sie es durchgesetzt, daß der jetzt 8 M. pro Zentner betragende Zoll noch eine Erhöhung von 26 Proz. erfahren hat. Arbeiterfamilien ist es also unmöglich, noch Butter zum Brot zu kaufen.

Dem Feuertode gerettet wurde gestern nachmittags in der Ritterstraße 22 eine Frau mit zwei Kindern. Im dritten Stock des Vorderhauses und hinter Seitensängels befindet sich die Beleuchtungsartifel-Fabrik von G. Vegin u. Berner, G. m. b. H., die neben Glasbläsern die neuerdings in den Handel gekommenen kleinen Selbstzündler für Zigarettenraucher fabriziert. Hierbei wird Weichhol-Alkohol verwendet. Angehlich ist nun in einem Arbeitsraum durch Unvorsichtigkeit eine mit dieser Flüssigkeit angefüllte Flasche zerfallen worden, wobei sich der ausgelassene Inhalt entzündete und im Raue den ganzen Raum in Flammen hüllte. Etwa 20 Arbeiterinnen, die beim Ausbruch des Feuers in dessen Nähe waren, konnten sich mit genauer Not über den vorderen und hinteren Ausgang retten, dagegen war der Portierfrau Wah n, die sich mit ihrem 7jährigen Amaben und ihrer 4jährigen Tochter in ihrer Dachwohnung über dem Brandherde befand, jeder Ausweg abgeschnitten. Da die Flammen bis zu ihrer Wohnung empor-schlugen, schwebte sie mit den Kindern in größter Lebensgefahr. Ueber die Treppen war ein Vordringen durch die Hausbewohner nicht möglich und die Feuerwehr war noch nicht zur Stelle. In diesem kritischen Augenblick sprang der 17jährige Klempnergehilfe Hermann Procopius, Dresdenstr. 88 wohnhaft, der auf dem Dach des Nachbarhauses Brandenburgerstr. 88 arbeitete über die Dächer und drang bis zur Portierwohnung vor. Dann zog er laut um Hilfe rufende Frau Wahn durch ein Fenster aufs Dach hinauf und ebenso die beiden Kinder. Mit Hilfe des 18jährigen Klempner-lehrlings Hans Herzog, Horkstr. 75, brachte er dann die gerettete Frau mit den beiden Kindern über das Dach hinweg in Sicherheit. Die mittlerweile eingetretene Feuerwehr ging unter Leitung des Brandmeisters Dannehl mit zwei Schlauchleitungen vor und begrenzte das Feuer auf zwei Arbeits- und Lagerräume sowie auf ein Wohnzimmer, die alle drei total ausbrannten. Der entstandene Schaden ist somit erheblich.

Die Wirten auf der Oberspreewäldchen scheinen bei ihren Diebstählen eine unglückliche Hand zu haben. Trotzdem es ihnen wiederholt mißlang, sich Boote anzueignen, verjuchten sie bei dem Berliner Ruderklub „Gellaa“ ihr „Glück“. Sie stahlen dort mitten in der Nacht den Trainingsdampfer „Greif“, den schnellsten Dampfer auf der Oberspreewäldchen. Aber trotz dieses Vorzuges des Fahrzeuges gelang es den Wirten nicht, ihre Beute in Sicherheit zu bringen. Die Strompolizei und die Mitglieder des bestohlenen Ruderklubs machten den Flüchtlingen das Wetterkommen recht schwer. Schließen durften sie überhaupt nicht passieren, wenn sie den Hüttern des Gesesches nicht in die Arme laufen wollten. Die Wirten verjuchten ihr Glück daher auf Umwegen. Doch sie haben dabei die Rechnung ohne den recht komplizierten Wasserfessel des Dampfers gemacht. Die Füllung dieses Kessels kann nur auf eine ganz besondere Art, die nur den Mitgliedern des Ruderklubs bekannt ist, geschehen. Vergeblich bemühten sich die Diebe, das „Geheimnis des Kessels“ zu lösen. Es gelang ihnen jedoch nicht, und bald war die vorhandene Kraft ausgezehrt. In der Nähe von Tabberts Waldschloßchen bei Rieder-Schöneweide verjagte dann plötzlich der Dampfer den Dienst. Er rührte sich nicht von der Stelle. Die Wirten sahen nun fest; sie hatten sich selbst gefangen. Kurzerhand sprangen sie in die Seepe hinein und schwammen ans Ufer. Gatten sie ihre wertvolle Beute nicht in Sicherheit gebracht, so hatten sie sich doch wenigstens vor der drohenden Verhaftung gerettet. Mitten auf dem Wasser treibend wurde gestern der verlassene Dampfer von Mitgliedern des Ruderklubs „Gellaa“, die auf der Suche nach dem gestohlenen Fahrzeug gewesen waren, angetroffen.

Durch einen neuen Schwindler suchen mehrere Gauner die Gasi-wirte in der Umgebung Berlins hereinzulocken. Sie sprechen bei Hotels und Gastwirten vor und geben sich als Vertreter einer Berliner Gesellschaft zur Einrichtung von Radfahrerstationen aus und zeigen auch dementsprechende Anknüpfungen vor. Dann wissen die Schwindler durch allerlei Versprechungen und der Angabe, daß sie im Einverständnis mit den Organisationen der Radfahrer handeln, die Gastwirte dazu zu bewegen, in ihren Lokalen Radfahrerstationen einzurichten. Ein Plakat mit diesbezüglicher Aufschrift erhalten die Gastwirte sofort ausgehändigt und haben dann 16 M. für weitere Ausstattungsgegenstände, die ihnen zugeandt werden sollen, zu zahlen. Die überhandten Ausstattungsgegenstände haben nur einen ganz geringen Wert. In Luckenwalde wurden dieser Tage zwei von den Schwindlern, die an einem Tage 18 Bestellungen angenommen hatten, festgenommen. Aus den bei ihnen vorgefundenen Papieren ging hervor, daß sie einer größeren Schwindlergesellschaft angehören, die allertwärts im Lande verteilt ist. Postanweisungsabzähnte usw. liegen auch erkennen, daß die Leute recht ansehnliche Geldbeträge eingenommen hatten.

Ein Großstadtentwässer, das vor einigen Tagen ein reicher Amerikaner hier erlebte, hat jetzt zur Festnahme zweier seiner nächst-liebenen Führer zur Folge gehabt. Der Amerikaner wohnte in einem der ersten Hotels unter den Linden und trat auf einem Spazier-gang gegen Mitternacht in der Friedrichstraße drei seiner jungen Taugenüsse, die dort herumzulungern pflegen. Da er nicht ganz nüchtern war, so hatten die gefährlichen Durschen leichtes Spiel mit ihm. Sie erleichterten ihm um seine sehr beträchtliche Barschaft

und um seine Nadel und Schlimmeres wurde nur dadurch ver-
hütet, daß der Droschkenführer, der die Gesellschaft nach Schönholz
fahren sollte, bei einem Wirt in der Panstraße verkehrte. Die
Aufmerksamkeit dieses Gastwirts lieferte die Burschen wider Er-
warten schon jetzt in die Hände der Kriminalpolizei. Der Mann
ging gestern mit seinem als Pfand ihm gelassenen Unterpfand,
den beiden Ringen, zum Juwelier, um es auf seinen
Wert prüfen zu lassen. Zufällig sah er dabei zwei
der nächsten Führer und ließ sie schleunigst festnehmen. Es sind
stellungsgelose Hausdiener, wuschon von 18 und 19 Jahren. Der
eine hatte die Nadel, der andere den Stoch des Amerikaners.
Die Diebe sind gefänglich und wurden gestern mittag dem Unter-
suchungsrichter zugeführt; der dritte im Bunde ist noch nicht ergriffen.
Er besitzt wahrscheinlich Uhr und Kette und das Scheidbuch. Die
Ringe hat der Gastwirt der Kriminalpolizei ebenfalls zur Verfügung
gestellt. Diese weiß aber nicht, wie sie sie dem Amerikaner nebst
Nadel und Stoch zustellen soll, weil sie seine Adresse nicht kennt.
Das Abenteuer zeigt wieder einmal, wie gefährlich es ist, sich bei
Nacht in der Siedrichstraße umbekannten Leuten anzuvertrauen.

Zu dem gestrigen Bericht aus der Sitzung des Schlachthaus-
Kuratoriums ist berichtend nachzutragen, daß ein Banien an-
genommen worden ist und nicht wie von sozialdemokratischer Seite
beantragt, alle vier Banien. Uebrigens gehört nur ein Sozial-
demokrat dem Kuratorium an. Für den Probenehmer wurde das
nach 15 Jahren erreichbare Höchstgehalt auf 1800 M. festgesetzt.

Lohn für treue Liebe. Der 63jährige Rentner Wilhelm Böhre,
Pulowitz, 79 wohnhaft, gab gestern abend gegen 9 1/2 Uhr auf dem
Mittelweg der Pulowitzstraße vor dem Hause Nr. 80 auf die ledige,
41 Jahre alte, Wittwenwaise, 2 wohnhafte Kontoristin Anna
Bogel drei Revolvergeschosse ab ohne sie jedoch zu verletzen. Passanten
hielten den Täter fest und liehen ihn durch einen Schutzmann zur
Wache bringen. Böhre hatte mit der Bogel ein Liebesverhältnis
unterhalten, das jetzt von ihm gelöst war, weil er sich mit einer
anderen verloben wollte. Diesem Vorhaben stellte sich die B. in
den Weg, weshalb Böhre sie zu töten suchte.

Auf frischer Tat ergriffen wurde gestern ein gewerbmäßiger
Fahrradieb in der Schwedterstraße Nr. 238. Dort ließ jemand,
der im Hause zu tun hatte, sein Rad auf einen Augenblick auf dem
Hofe stehen. Zufällig sah das der oft bestrafte Fahrradieb Ludwig
Szklinski, ein Mensch von 30 Jahren, der sich hier obdachlos umher-
treibt. Er schwang sich auf das Rad und wollte mit der guten
Beute von dannen fahren. Arbeiter jedoch beobachteten sein Unter-
nehmen, holten ihn ein und übergaben ihn der Polizei. Hier legte
sich der Ertrappte den falschen Namen Denmin bei und stellte sich
ganz unschuldig. Er sei so sehr in Gedanken gewesen und habe
geglaubt, sein eigenes Rad vor sich zu haben. Selbst nach seiner
Entlassung wollte der Dieb, der als gewerbmäßiger bereits mit
seinem Bild im Verbrecheralbum steht, den „Tritium“ noch glaub-
haft machen und mit Trunkenheit entschuldigen. Erst kürzlich stand
Szklinski mit mehreren anderen vor Gericht, wußte sich aber heraus-
zuschwindeln, während seine Freunde zu schweren Strafen verurteilt
wurden. Der Fahrraddiebstahl steht übrigens in Berlin trotz aller
Warnungen nach wie vor in voller Blüte. Durchschnittlich
kommen den Monat gegen 300 solcher Diebstähle zur Anzeige. Ver-
hät werden noch mehr.

Unter dieäder eines im schärften Trabe um die Ecke der
Eisenstraße in die Hauptstraße zu Schöneberg einbiegenden
Verkehrswagens geriet gestern abend nach 8 Uhr Frau Emma Mitta,
Widowsch. 19 wohnhaft, als sie mit ihrem Manne von der Arbeits-
stätte auf dem Wege nach Hause fuhr. Tropfen der Wagen über die
Frau hinwegfuhr und sie auch von den Pferdehufen verletzt wurde,
raste der Kutscher, von einer großen Menschenmenge und zwei
Radlern verfolgt, in wilder Flucht durch die Hauptstraße, über den
Kaiser Wilhelmplatz durch die Colonnen- und Herber- in die Ebers-
straße, wo er endlich festgesetzt wurde. Er führte einen Wagen
der Firma Kom Weyer u. Cie., Hauptstr. 25. Frau Mitta wurde
nach der Unfallstation in der Herberstraße gebracht. Die Ver-
letzungen scheinen nicht lebensgefährlich.

Theater. Neues Igl. Opern-Theater (Kroll) In
der heutigen „Rigeunerbaron“-Aufführung singt Herr Karl Wet-
schneider den Jupan, die übrige Besetzung bleibt die alte. — Am
Donnerstag, den 31. d. Mts., findet die letzte Vorstellung im dies-
jährigen Spiel-Opern-Zyklus statt. — In den beiden Schiller-
Theatern hat die Ausgabe der Abonnementhefte für das
erste Quartal der neuen Spielzeit bereits begonnen. Die
Feste, die fünf Eintrittskarten enthalten, werden in den
Villentraktoren beider Theater in den üblichen Bureaustunden
ausgegeben. — Im Gebrüder Herrnsfeld-Theater findet
am morgigen Freitag die 125. Aufführung von A. und D. Herrns-
felds lustiger Repertoriumkomödie „Die Weperhains“ statt. — Freitag
ist im Lustspielhause die 25. Aufführung der Lustspiele „Der
herr Substitut“ und „Der dankbare Julian“. — Im Apollo-
Theater erregen Steidl und Kettner, sowie die amerikanische
Burlesque-Compagnie nach wie vor die Laclust der Besucher.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Eine wilde Jagd zwischen einem Fuhrerkliebe und drei Stad-
fahrern entspann sich gestern abend gegen 8 Uhr in Schöneberg von
der Feuerstraße aus nach Friedenau zu. Während der Aufscher
eines Destillationsgeschäfts-wagens etwas abzug, schwang sich ein
Individuum auf den Wagen, ergriß die Zügel und jagte davon.
Einige Männer nahmen sofort seine Verfolgung auf und glaubten
ihn an der scharfen Wiegung der Ebersstraße stellen zu können, un-
sowohl, als man annehmen konnte, daß bei dem rasenden Tempo das
Pferd zu Falle kommen müsse. Jedoch der wilde Aufscher entkam
und erst aus Furcht vor drei ihm nachsehenden Radfahrern sprang
er kurz vor Friedenau vom Wagen und lief davon.

Reinickendorf.

Sittlichkeitsdelikt in der Schönholzer Heide. Als in der letzten
Nacht die Frau des Tischlers N. von ihrer Arbeitsstelle in einem
Schönholzer Lokal den Heimweg nach Rosenthal-Reinickendorf an-
treten wollte, wurde sie auf der Straße von einem unterfertigen, etwa
30 Jahre alten Manne belästigt. Die Frau ging in das Lokal zurück
und bat einen Angestellten, sie den Wald entlang zu begleiten.
Nachdem der Begleiter den Rückweg zum Lokal angetreten hatte,
hörte er plötzlich laute Hilferufe. Er lief sofort nach dem am
Schönholzer Wege belegenen Wohnhause der Frau N. und fand diese
ohnmächtig auf der Straße vor dem Hause
liegen. Der Bursche, welcher die Frau schon in Schönholz be-
lästigt, war ihr heimlich gefolgt und als der Begleiter sie verlassen
gab, er ihre plötzliche Hintersinnlichkeit in so starkem Schalg auf den Kopf,
daß die Frau N. zusammenbrach. Sie hatte noch Kraft genug, um
Hilfe zu rufen, und dies veranlaßte den Unhold, die Flucht zu er-
greifen. Die Verfolgung wurde sofort von mehreren Männern aus-
genommen, aber ohne Erfolg. Der Polizei ist ebenfalls Anzeige ge-
macht worden.

Gerichts-Zeitung.

Als Reformator der Zuschneide- und Bekleidungskunst betrachtet
sich der Zuschneider Friedrich Jallas, der gestern unter der An-
klage des wiederholten Betruges vor der Ferienstrafkammer stand.
Der Angeklagte, der 1903 dauernd nach Berlin gekommen ist und
als Heimarbeitler sich sein Brot verdient, beschäftigt sich schon seit
Jahren in seinem Hause- und Nachmittags mit einer Vereinigung
der Zuschneiderei und glaubte schließlich, sich der Welt als Direktor
der „Ersten Berliner Bekleidungs-Akademie“ präsentieren zu können.
Diese „Akademie“ gehört zu den „Schwärmern die im Monde liegen“.

Der Angeklagte besaß nichts als eine ganz kleine Wohnung in der
Rastanienallee, in seinem Kopfe hatten sich aber die Einzelheiten
einer solchen Akademie schon so festgesetzt, daß er die Zukunfts-
mit der Wirklichkeit verwechselte und in überaus markt-
Annoncen die „Erste Berliner Bekleidungs-Akademie, Direktion
Hr. Jallas“ als das Dorado aller derjenigen anpries, die in die
Bekleidungs- und Zuschneiderei einzubringen den Wunsch haben.
In den Inseraten, die eine ganze Menge Geld verschlangen, wurde
dieses erst in der Phantasie des Angeklagten bejubelt, „Bekleidungs-
Akademie“ als bedeutendste fachwissenschaftlich-technische Lehranstalt
der Zuschneiderei angepriesen, in großen Prospekten der Lehrplan
der Akademie in ihren anglichen sieben Abteilungen entwickelt, die
Anzahl als „erste europäische Fachhochschule fondergleichen“ hänge-
stellt und den Interessenten der Glaube beigebracht, daß es sich um
ein großartiges Institut handelte, mit dem jeder angehende Zu-
schneider, dem es um seine Ausbildung und seine Zukunft zu tun
wäre, in Verbindung treten sollte. Der „Direktor“ bezeichnete sich
selbst als der „Erfinder des über die ganze Welt verbreiteten
Universal-Einheitsystems“, angeblicher Herausgeber der Zeitschrift
„Die moderne Fachwissenschaft“, Vorsitzender einer Vereinigung von
„meidermeistern usw. usw.“ Als das Konplustrum wurde aber die
dem Angeklagten erfindene Methode vom Selbstunterricht an-
gepriesen, bei welcher in der einfachsten Art jeder Laie im Hand-
umdrehen, ohne die Kurse der Akademie durchlaufen zu brauchen,
ein perfekter Zuschneider werden sollte. Und das sollte nur 2,50 M.
kosten. Es meldeten sich darauf eine Menge Leute, die aber sehr
erkaut waren, als sie nach Einfindung des Betruges nichts weiter
erhielten, als ein Schnittmuster mit allerlei Berechnungen. Auf die
von verschiedenen Seiten hiergegen erhobenen Beschwerden erfolgte
in mehreren Fällen die Rückgabe des Geldes. Die Anklage erblühte
in diesem Vorgehen des Angeklagten die Kriterien des Betruges,
da es seinem Laien möglich sein dürfte, mit Hilfe dieses Bogens die
Aufgaben der Zuschneiderei zu erfüllen. Der als Sachverständiger
bernommene Obermeister Krause, Leiter der städtischen Fach-
schule, erklärte den ganzen Bogen für wertlos, ein System sei absolut
nicht da und die Tabellen seien selbst für den gewiegtesten Zu-
schneider schwer verständlich. Dem gegenüber behauptete der Ange-
klagte fest und fest, daß der von ihm hergestellte Bogen die höchste
Erzengung für den Selbstunterricht sei. Die Anklage legte dem
Angeklagten weiter zur Last, daß er sich in Annoncen so hingestellt
habe, als sei er imstande, Zuschneidern, Direktorinnen usw. gute,
dauernde Stellen zu verschaffen. Wenn die Leute die verlangten
2,50 M. eingekandt hätten, erhielten sie nichts. Die Annoncen er-
weckten den Anschein, als ob der Angeklagte eine ganze Menge
solcher Stellen hinter sich habe, tatsächlich wollte er aber, wie er
selbst vor Gericht zugab, nur in öffentlichen Bescheiden eine große
Anzahl von Zeitungen um etwa vorhandene Balancen durchsehen.
Auch hier hat der Angeklagte den Schaden in der Wehrzahl der Fälle
wieder gut gemacht. — Der Staatsanwalt hielt ihm im Sinne der
Anklage für schuldig und beantragte 6 Monate Gefängnis. Rechts-
anwalt Brugsch führte dagegen aus, daß der Angeklagte höchstens
in den Fällen der Stellenvermittlung sich schuldig gemacht haben
könnte. Wegen der bizarren, markt-
Annoncen an sich sei er nicht strafbar, und was den Bogen zum Selbstunterricht
betreffe, so sei er zweifellos von der Güte desselben fest überzeugt.
Der Angeklagte sei ein phantastischer Grubler, der in praktischer
Arbeit scheitert und die Nachstunden dafür opfere, um ein von ihm schon
seit Jahren aufgebautes System des Unterrichts in der Zuschneide-
kunst auszubauen. Er habe alles, was er eingenommen, dazu ver-
wendet, um die teuren Annoncen zu bezahlen und seiner Idee alles
geopfert, so daß er schließlich seine Miete nicht mehr bezahlen konnte
und erzwungen werden mußte. — Der Gerichtshof hielt nur in den
Fällen der Stellenvermittlung einen Betrag für vorliegend und
verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht darauf, daß er den an-
gerichteten Schaden wieder gut zu machen bestrbt war, zu 60 M.
Geldstrafe eventuell 6 Tagen Gefängnis. — Es gibt eine Reihe von
„Akademien“ verschiedenster Art, die ihre gemeingefährlichen Pra-
tiken leider ungestrift betreiben.

Die Geschichte einer Verlassenen. Zu dem Gerichtsbericht in
Nr. 193 unseres Blattes teilt uns Herr Loeser mit, daß er Hrl. N.
nur flüchtig kennen gelernt und ihr nie die Ehe versprochen habe.
Auch die Angabe, daß er Hrl. N. in der Trunkenheit verführt hätte,
sei unrichtig. Herr L. glaubt, in der Berufungsinstanz den weiteren
Entscheidungsbeweis erbringen zu können.

Vermischtes.

Warum und wie das Großkapital Wohlthätigkeit übt. Durch ein
Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts sind die Wohlthätigkeitspraktiken
der Herren Großunternehmer einmal amtlich festgesetzt — und
sanktioniert worden. Die „Post. Ztg.“ berichtet: Eine große Aktien-
bank hatte einen größeren Betrag für die Kollektanden in Indien
gestiftet und dann behauptet, jener Betrag sei zu den Betriebskosten
zu rechnen und müsse daher steuerfrei gelassen werden. Die
Steuerbehörde rechnete aber jene Summe zum Gewinn der Aktien-
gesellschaft, der von der Steuer nicht freibleiben könne. In der Be-
schwerde beim Ober-Verwaltungsgericht hatte die Aktiengesellschaft
betont, große Bankinstitute seien verpflichtet, durch solche Zuwen-
dungen unsere Beziehungen zu England zu verbessern. Keine Bank
von einiger Bedeutung hätte ohne Schädigung ihres Geschäftsbetriebs
eine solche Zuwendung betreiben dürfen. Die Anregung
zu jener Zuwendung habe in höherem Auftrage des Präsidenten der
Reichsbank gegeben. Das Ober-Verwaltungsgericht
erkannte im Sinne der Aktiendank und hob hervor,
bei Feststellung des Ertrages seien alle Betriebskosten in Abzug zu
bringen; zu den Betriebskosten seien alle Kosten zu rechnen, die mit
dem Betriebe des betreffenden Jahres in ursächlichen Zusammen-
hange stehen. Vorliegend sei die Zuwendung nur gemacht worden,
weil die Aktiendank sich im Hinblick auf ihre Geschäft für verpflichtet
erachtete, der Anregung des Reichsbankpräsidenten Folge zu geben.
Die Zuwendung gehöre zu den Betriebsaus-
gaben, da sie im Interesse des Betriebes und
zum Zwecke, Gewinn zu erzielen, gemacht sei.

Die Sammlungen für die Kollektanden in Indien wurden
durch eine Spende Wilhelms II. eröffnet, die von dem Spruch:
„Wut ist wider als Wasser“, begleitet wurde. Da man sich wohl
die tiefgegründete Freundschaft Deutschlands mit England zum Aus-
druck gebracht werden. Wenn nun die Großindustrie und die Banken
sich gleichfalls plüsch der hungernden Indier erbarmten, so geschah
es, wie sie selbst und das Ober-Verwaltungsgericht erklären, um durch
ihre Warmherzigkeit ihren Gewinn zu erhöhen. Es sei nur noch
richtig gestellt, daß diese Gewinne nicht etwa durch Geschäfte mit
England erzielt werden sollten. Es kam in diesem Falle — wie
auch sonst — nur darauf an, eine auf den Wink dressierte fronts-
erhaltende Gesinnung zu belunden, die dem Großkapital allerdings
Wucherzinsen bringt und außerdem steuerfrei bleibt.

Der Bruder der Frau Krupp. Aus Buenos Aires wird
dem „Zeit. Parisis“ geschrieben: Der Tod des Barons Arnim
vom Ende, eines Bruders der verewitweten Frau Krupp, bildet
hier den Gegenstand aller Unterhaltungen und gibt wegen der noch
nicht genügend aufklärten Umstände, unter denen er erfolgt ist, zu
den verschiedensten Kommentaren Anlaß. Ehemaliger Hauptmann
im siebennten preussischen Garderegiment, wurde Baron vom Ende
gezwungen, seinen Abschied zu nehmen. In Buenos Aires, wo er
sich niederließ, traf er den Doktor Lehmann, den er schon von der
Universität Jena her kannte. Seine Schwägerin hatte ihm eine
Jahresrente von 100 000 M. ausgesetzt. Im Jahre 1904 etward
er eine Besingung im Werte von 200 000 M. Er unterzeichnete vier
Wechsel von je 50 000 M. Der erste sollte ihm am 2. August vor-
gelegt werden. Leghin verlor der Baron, der als großer Spieler
in allen Spielereisen bekannt war, eine sehr hohe Summe.

Der frühere Offizier hatte oft Anfälle von Melancholie und irug
sich in solchen Stunden mit Selbstmordgedanken. Sein größter
Kummer war, daß er nicht nach Deutschland zurückkehren konnte.
Seine Schwägerin hatte nämlich die Unterstühungen, die sie ihm

zuteil werden ließ, von der Bedingung abhängig gemacht, daß er
nicht mehr nach Europa kommen dürfe. Diese harte Bedingung
soll sie jedoch in der letzten Zeit preisgegeben haben und damit ein-
verstanden gewesen sein, daß der Bruder sich in Berlin niederlasse.
Hat nun v. Ende Selbstmord verübt, oder ist er das Opfer eines
Verbrechens geworden? Zwei Verge, die mit der Leichenschau be-
traut wurden, erklärten, daß sie nicht begreifen könnten, wie v. Ende
die Kraft gehabt haben sollte, sich eine zweite Kugel in die Brust zu
schließen, nachdem er sich eine erste, die nach ihrer Ansicht sofort den
Tod herbeigeführt haben mußte, in den Kopf gejagt hatte. Außer-
dem wurde festgestellt, daß der bei der Leiche gefundene Revolver
niemals Eigentum des Verstorbenen gewesen war. Die Unter-
suchung ergab ferner, daß v. Ende noch einige Stunden vor seinem
Tode in sehr heiterer Stimmung gesehen worden war, daß er sich
für die Abreise vorbereitet und Herrn Lehmann ersucht hatte, ihm
eine bestimmte Geldsumme zur Verfügung zu stellen. Die Unter-
suchung wird eifrig fortgesetzt.

Feuer im Altenbeker Tunnel. Bei den Arbeiten im Altenbeker
Tunnel entstand gestern nacht zwischen 12 und 1 Uhr wahrscheinlich
infolge Kurzschlusses der elektrischen Beleuchtungsanlage ein Brand,
der den größten Teil des Baugerüsts einäscherte. Während des
Brandes stürzte der zum Teil wiederhergestellte Tunnel ein, ge-
waltige Schuttmassen mit sich reisend. Auch das im Tunnel
liegende Sprengpulver explodierete. Die Bauarbeiten sind ein-
gestellt.

Soweit die Rettung, aus der nicht herborgeht, ob bei der neuer-
lichen Katastrophe Menschen verunglückt sind oder nicht. Wie man
sich erinnern wird, ist der Tunnel seit dem schweren Unglück im
vorigen Monat dem Verfall entzogen. Nach jener Katastrophe vom
23. Juli waren vielfach Stimmen laut geworden, die sich gegen eine
Wiederherstellung des Tunnels aussprachen mit der Begründung,
daß er auch in Zukunft unzuverlässig bleiben würde. Früher als
man ahnen konnte, haben diese Skeptiker recht behalten.

Bau-Unfall. Bern, 23. August. Von dem im Bau be-
griffenen Kuffen- und Dekorationsmagazin des Stadttheaters
stürzte heute abend zwischen 6 und 7 Uhr der mittlere Teil ein als
noch, wie man annimmt, etwa 8 Arbeiter sich darin aufhielten. Es
sind bereits drei Leichen und mehrere Schwerverwundete geborgen.
Die genaue Anzahl der Opfer ist noch unbekannt.

Eine Feuersbrunst ist an Bord des Dampfers „Oceanic“ aus-
gebrochen. Der Dampfer liegt im Hafen von Liverpool. Der
Schaden ist noch nicht bekannt.

Zentralverband der Friseur-Geheulenen Deutschlands, Zweigverein
Eberlottenburg. Heute abend 10 Uhr Versammlung im Volkshaus,
Rosinenstr. 8. Vortrag des Kollegen Wll.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das
47. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben
wir hervor: Der Kampf um den Stillen Ocean. Von R. Beer. (Schluß.)
— Zur Taktik der Sozialdemokratie. Betrachtungen eines Lohnarbeiters.
Von Otto Gelbner. — Politischer Klassenkampf und politische Kritik. Von
Paul Lensch. Leipzig. — Die Arbeitergesetzgebung und die Gerichte in den Ver-
einigten Staaten. Von Josef Herzfeld. — Eine Frage der Handlungs-
geheulenenbewegung. Von Max Cohen. Frankfurt a. M. — Der oberflächliche
Industriebericht. Von Julius Bruns. Altsprache Rundschau: Wissenschaft,
Das Behalten und seine Bekämpfung. Von Dr. J. H. —
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch-
handlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 2,25 M. pro
Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal
abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.
Probenummern stellen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitenden
(Stuttgart, Verlag von Paul Singer) ist und soeben die Nr. 17 des
15. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir
hervor: Gegen den Reichsanwalt. — Jugend und Sozialismus: III. Von
A. Trabinger. IV. Von Gm. Stod. V. Von Emil Unger. — Getrauert
oder Volksbildung? Von M. H. — Arbeiterinnenorganisation in Frankreich.
Von ad. br. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den
Organisationsfragen. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche
Rundschau. — Reizmittel: Der Kampf in der völkisch-kämpfenden
Textilindustrie. — Frauenbewegung. — Verschiedenes. — Cultus.
— Feuilleton: Geheul und Rot. Spruch von Wolfgang Goethe. — Der Holzer-
danzl. Eine einjähige Geschichte aus dem Gebirge. Von Hermann Haber.
Beilage: Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands
von Anfang August 1904 bis Ende Juli 1905. — Adressenverzeichnis der
weiblichen Vertrauenspersonen in Deutschland.

Frauen-Beilage: Wundersamer Nachlied. Von Wolfgang Goethe. (Ge-
dichte.) — Neuland. II. Von A. Jendrich. — Ueber mein Kind bezeugt.
Von Franz Dieberich. (Gedicht.) — Wonne der Liebe. Von Wolfgang
Goethe. (Gedicht.) — Chemie der Nässe: Das Wasser. Von Dr. Ch. —
Die Mutter als Erziehlerin. — Für die Hausfrau. — Hygiene. — Der
Schüler. Von Wolfgang Goethe. (Gedicht.)
Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer
10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement
2,00 M.

Der „Wahre Jakob“ hat soeben die 17. Nummer seines 22. Jahrganges
erschienen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden
farbigen Bilder „Eine Vision des Jaren“ und „Von den Bürgerzügen nach
Rom“, sowie die Illustrationen „Der Jor und Venenlicht“, „De engsten
Schech in de Offee“, „Der Ausperrungstiger“, „Die fünf Sinne des
Minister Ruchtrat“, „Fremdenjast“, „Der Bauer vom Reichstag“, „Die
offene Tür in Etschen“, „Die Toleranten“ und „Rehmann rodivimus“.
Außerdem bietet die Nummer ein Porträt des verstorbenen Parteigenossen
Dr. Curt Grottelow, nebst einer kleinen biographischen Skizze über den-
selben. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Der erste
Sieg“, „Aus Lippe“, „Von Erich Mühsam“, „Rosenkampf“, „Die Studien-
reise“, „Hörst“, „Bedauerlich“, „Gladan Bälom“, „Hulan“, „In der
Berkschall“, von Josef Hoffbauer und außer zahlreichen kleineren Beiträgen
noch die humorvolle „Nächtliche Seelensorge“, eine wahre Dorgeschichte von
B. Bromme und die satirischen Feuilletons „Wie es wirklich war“,
„Monarchenbewegung“ und „Härten aller Länder vereinigt Euch“. Der
Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends
von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geschäftsabend 7 Uhr.

G. 41. 1. Die Verjährungsfrist beträgt in Ihrem Falle drei Jahre
2. Rein. — Reinickendorf. 1. Eine Frist besteht nicht. Sie müssen Ihre
Forderung einlangen und dann das Pfand verkaufen lassen. 3. Ob 65 oder
85 M. ein angemessener Preis wäre, hätte der Sachverständige zu ent-
scheiden. Es dürfte, falls Ihr Sohn vollständig oder Sie Miltäufer, ge-
raten sein, auf den Vorfall einzugehen. 3. Wenn Sie keine erbschaften
Kinder haben, ja. 4. Die Großjährigkeit wird mit dem vollendeten 21. Jahre
erreicht. Auf Antrag kann das Amtsgericht vom 18. Jahre für großjährig
erkären. Beschwerden über den Vormund sind an das Amtsgericht zu
richten. 6. Anmeldung (nicht Konzession, Erlaubnis und dergl.) des Ge-
werbes bei der Verwaltung der direkten Steuern ist erforderlich. — **G. 2.** 1999.
1. M unmäßig. 2. Ja. 3. Reineswegs. 4. Offenbacher Krankenkasse, Oing,
Prinzestr. 66. — **Sofa 01.** 1. Ja. 2. Wie er zu pfänden berechtigt ist,
ergibt der Wortlaut des Urteils. Haben Sie den Vertrag etwa nicht ge-
schlossen, sondern Ihre Frau, so würde Abweilung der Klage gegen Sie zu
erfolgen haben. — **G. 2. Pantoff 44.** Der Wert kann durch Zahlungsbefehl
oder durch Klage (eine Rechte geltend machen. Erben Sie gegen
den Zahlungsbefehl innerhalb einer Woche keinen Einspruch, so wird
dieselbe in gleicher Art wie ein Verläumdungsurteil vollstreckt. — **B. Ja.**
— **Martha.** Mit dem Ablauf eines Jahres nach der Anzeige des Bundes
bei der Polizeibehörde erwirkt der Finder des Eigentums an der Sache,
falls ein Empfangsberechtigter sich nicht gemeldet hat. — **Wuttmanstr. 2.**
Wegen der von Ihnen charakterisierten Beleuchtung kann auf Ihren Antrag
der Staatsanwalt Klage erheben. Er kann Sie aber auch auf den Weg
der Privatklage verwelfen. Strafmaßigkeit 3 bis 600 M. oder ein Tag bis
zu einem Jahre Haft oder Gefängnis. — **B. R. 10. §. 8. 1000.** Rein.
— **H. B.** Wenn der inhaltlich nicht mittellose Garantieren aus den
Nichtendruck umgeht, so legen Sie auf Erfüllung auf Grund des Schines
oder auf Ersatz der von Ihnen vorausgelagten Kosten. — **R. R. 58.** 1. Rein,
oder Ihre und nicht mitgeteilten mündlichen festen Abreden. 2. Bis am
15. zum Ersten. — **Kort 23.** 1. Wahrscheinlich. 2. Ja, wenn Sie Wasser
auf die Straße gießen.